



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



V. l.: Alois Rainer, Dorothee Bär, Stefan Rößle, Jörg Kunstmann und Georg Huber. Bild: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

## Verkehrspolitik und Digitalisierung

Ein ebenso informatives wie angeregtes Gespräch mit Dorothee Bär, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, zu aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Verkehr und Digitalisierung stand im Mittelpunkt der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung in München. Zuvor allerdings skizzierte Vorsitzender Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) die aktuelle Lage in der Flüchtlingskrise.

Wie Rößle darlegte, „hat die KPV gut daran getan, sich rechtzeitig beim Thema Asyl zu positionieren“. So habe man bereits in der Vergangenheit für Grenzkontrollen, beschleunigte Asylverfahren und eine konsequente Abschiebung plädiert. Auch hätten die CSU-Kommunalpolitiker Probleme beim Sozialen Wohnungsbau sowie die gerechte Verteilung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge zur Sprache gebracht. Zudem richte sich der Fokus auf die Sprachförderung, einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt sowie ein einheitliches und wirksames Registrierungssystem.

### Personalkosten

„Die Kommunen kommen auch in Zukunft nicht umhin, die notwendige finanzielle Unterstützung einzufordern“, unterstrich Rößle. Tatsache sei: „Der Freistaat handelt verantwortungsbewusst. Das ist nicht in allen Bundesländern so. Jedoch

bleiben wir in Summe auf den Personalkosten sitzen und dies nimmt mittlerweile Dimensionen an, die sich negativ im Kreishaushalt auswirken“, erläuterte der KPV-Vorsitzende.

### Verfahren beschleunigen!

In seinem Heimatlandkreis Donau-Ries beispielsweise sei-

en 30 neue Stellen für die Jahre 2015/16 geschaffen worden, was Personalkosten in Höhe von 2 Mio. Euro nach sich ziehe.

Tatsache sei aber auch, „dass wir erst am Beginn eines Prozesses stehen“, erklärte Rößle. Er hegte die Befürchtung, „dass wir das Tempo des Zuzugs nicht lange durchhalten werden“. Im Hinblick auf den Verfahrensablauf müsse dringend etwas geschehen. Zwar seien im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) 4.000 neue Stellen geschaffen worden, doch merke man davon noch nichts. Rößle zufolge „muss die Behörde nun schnellstens in die Gänge kommen, damit Verfahren endlich zügig abgewickelt werden können“.

Darüber hinaus gelte es, das

### Deutscher Bürgerpreis 2015:

## Kulturelle Werte stärken

Zum 13. Mal hat der Deutsche Bürgerpreis der Initiative „für mich. für uns. für alle.“ ehrenamtliches Engagement in Deutschland gewürdigt. Unter dem Jahresthema „Kultur leben – Horizonte erweitern“ wurden in Berlin insgesamt zehn Preisträger mit der begehrten Auszeichnung geehrt, darunter zwei Projekte aus Bayern. Die Initiative ist ein Bündnis aus engagierten Bundestagsabgeordneten, den Sparkassen, den Städten, Landkreisen und Gemeinden.

In der Kategorie „Engagierte Unternehmer: Integration durch Musik“ ging der 1. Preis an Erik Berthold aus Weßling in Oberbayern. Der Inhaber eines Musikladens gibt kostenlose Workshops für Kinder mit oder ohne Behinderung. Darüber hinaus organisiert er regelmäßig Konzerte mit Profi- und jungen Musikern. Die Erlöse gehen an die Künstler selbst oder werden gespendet. Bereits 2007 begann der Folk-Musiker, eine Kleinkunstszene zu etablieren. Bertholds Preis ist mit 5.000 Euro dotiert. Er will von dem Geld die erste öffentliche E-Ladestation in Weßling einrichten.

Das Video von „Wolle, Wiwi und Wawa auf der Suche nach Wuwu“ überzeugte das Publikum im Internet: Mit weit über 2.000 Stimmen entschied das Projekt aus Bayern den Publikumspreis Video Award für sich.

Das gleichnamige Kinderbuch

wurde von Kindern der Elisabethschule der Lebenshilfe Aichach-Friedberg – einer Schule für Kinder mit speziellem Förderbedarf – gestaltet. Das Buch war solch ein Erfolg, dass sich insgesamt rund 100 Ehrenamtliche, darunter 80 Schüler von drei Schulen sowie Künstler, Choreographen und Schauspieler daran machten, das Buch zu vertonen und ein Musical daraus zu entwickeln.

Sie organisierten sich in verschiedenen Arbeitsgruppen, beispielsweise im Bereich Technik, Bühnenbild, Orchester, Tanz und Gesang. Das Musical hatte Ende Juni Uraufführung und war restlos ausverkauft.

Zu den Erfolgen zählt, dass Schüler anderer Schulen, aber auch beteiligte Erwachsene Berührungsängste gegenüber Menschen mit geistiger und/oder körperlicher Beeinträchtigung abbauen konnten und zu einer festen Gruppe

einheitliche Registrierungssystem baldmöglichst in den Griff zu bekommen. Sorge bereitet dem Vorsitzenden auch das Anreizsystem: „Rechtlich müssen wir die Gelder auszahlen, was aber auch dazu beiträgt, dass der Zuzug nicht eingedämmt wird.“

### Bundesverkehrswegeplan

Aufgrund sich ändernder politischer und verkehrlicher Rahmenbedingungen sind die Instrumente der Bundesverkehrswegeplanung kontinuierlich zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Daher wurde im Koalitionsvertrag 2009 die Aufgabe formuliert, eine neue Grundkonzeption für die Bundesverkehrswegeplanung zu erarbeiten und Kriterien zur Priorisierung von Verkehrsinfrastrukturinvestitionen zu entwickeln.

„Die Arbeiten dazu münden in einen neuen Bundesverkehrswegeplan (BVWP), der die Version von 2003 ablöst und - etwas zeitverzögert - im Februar 2016 vorgelegt wird und bis 2030 gelten (Fortsetzung auf Seite 4)

### Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags:

## Kommunen nicht überfordern!

Seit Monaten leisten Städte hierzulande hervorragende Arbeit, um Menschen bei sich aufzunehmen und zu versorgen, die vor Krieg oder politischer Verfolgung nach Deutschland fliehen. Gleichzeitig sind vielerorts Unterbringungsmöglichkeiten erschöpft und Grenzen der Leistungsfähigkeit erreicht. Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages forderten deshalb in Hamburg, die Flüchtlingszuwanderung Richtung Deutschland müsse besser gesteuert und insgesamt deutlich verringert werden.

Hierzu wurde folgender Forderungskatalog verabschiedet:

1. Die Zuwanderung von Flüchtlingen nach Europa wird erst dann deutlich nachlassen, wenn es gelingt, die kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien, im Irak, in Afghanistan und anderen Ländern zu beenden. Bis es dazu kommen kann, muss die sichere

Schritte zu einem frühzeitigen Abschluss unbegründeter Asylbegehren und zu einer effektiveren Rückführung der betreffenden Personen gesehen. Positiv ist die Bereitschaft der Bundeswehr, im Rahmen der Aktion „Helfende Hände“ auch die Kommunalverwaltungen wirkungsvoll bei der Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung zu unterstützen und in umfassender Weise bei der Registrierung und Bereitstellung von Ersterunterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen zu helfen.

3. Dreh- und Angelpunkt bei der raschen Klärung des Bleiberechtsstatus von Asylbewerbern und Flüchtlingen bleiben die Entscheidungskapazitäten beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nachdem die dringend erforderliche Aufstockung der Personalkapazitäten des BAMF (Fortsetzung auf Seite 4)

Liebe Leserinnen und Leser!

Zu Weihnachten wünschen wir Ihnen frohe, besinnliche Festtage und für das neue Jahr das Allerbeste!

Redaktion und Geschäftsleitung der Bayerischen Gemeindezeitung

Aufnahme in den Nachbarländern Vorrang vor jeder Weiterleitung von Flüchtlingen behalten (Stabilisierung vor Ort). Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, ihren Einfluss geltend zu machen, dass eine für die Flüchtlinge annehmbare Unterbringung in den relevanten Nachbarländern gesichert ist. Des Weiteren muss es dringend zu einer Verständigung über eine wirksame Steuerung und Reduzierung des Flüchtlingszustroms auf der Westbalkanroute und über eine angemessene Verteilung der Flüchtlinge in der Europäischen Union kommen.

2. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages begrüßt die in den Asylpaketen 1 und 2 auf den Weg gebrachten Maßnahmen zu einer wirksamen Steuerung und Reduzierung der Zuwanderung von Flüchtlingen auf nationaler Ebene. Darin werden geeignete



2015 war ein ereignisreiches Jahr mit vielen Krisen - von Griechenland über die Ukraine bis zur Flüchtlingssituation. Doch gerade auf diesem Feld erschließt sich dem Beobachter eine neue Perspektive auf Deutschlands Stärke in Europa und welchen positiven Effekt diese Kraft bringen kann. Wenn der politische Wille vorhanden ist. Seite 15

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Nachtragsetat 2016 verabschiedet	Seite 2
Gerechtere Regelung des Länderfinanzausgleichs	2
<b>GZ-Kolumne Gabriele Bauer: Wir brauchen eine kommunale Wärmewende</b>	<b>3</b>
Zeugnisse für die Landratsämter	3
Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung	4
<b>GZ-Fachthemen: Bauen für Kommunen</b>	<b>5-8</b>
<b>EDV · IT · Kommunikation</b>	<b>9-10</b>
<b>Kommunale Finanzthemen</b>	<b>11-13</b>
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Nachtragsetat 2016 verabschiedet

**Kommunen erhalten 8,56 Milliarden Euro Finanzzuweisungen**

Mit den Stimmen der CSU-Regierungsfraktion hat der Landtag in der vorletzten Plenarsitzung des Jahres den Nachtragshaushalt 2016 verabschiedet. Er sieht eine Erhöhung der staatlichen Gesamtausgaben auf den Rekordwert von 55,7 Milliarden Euro vor. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 9,2% gegenüber dem aktuellen Haushalt. Davon entfallen jetzt 3,3 Milliarden Euro auf die Flüchtlingspolitik. In die Kassen der Kommunen fließen 8,56 Milliarden Euro, 273 Millionen mehr als 2015.

In seiner Erläuterung des Zahlenwerks verwies Finanzminister Markus Söder auf die enormen Herausforderungen im nächsten Jahr, die der Freistaat aus eigener Kraft ohne die Aufnahme neuer Schulden bewältigen könne. Bei den Aufwendungen für die Flüchtlingspolitik würden 1,3 Milliarden Euro aus den Rücklagen entnommen. Aufgrund der vernünftigen und

soliden Haushaltspolitik könne man auch einen substanziellen Beitrag für die Integration von Flüchtlingen leisten.

### 5.449 neue Stellen

Darüber hinaus schaffe der Freistaat 5.449 neue Stellen, vor allem in Schulen und in der Verwaltung. Der Wohnungsbau werde mit 650 Millionen Euro

unterstützt. Ebenso nehme das Sicherheitspaket eine ganz zentrale Rolle im Nachtragsetat ein.

### Strukturschwäche

Der Finanzminister verwies erneut auf die große Bedeutung der Kommunen die nächstes Jahr mit der Rekordsumme von 8,56 Milliarden Euro bedacht würden. Dies sei ein emsthafter, wuchtiger und richtiger Beitrag für die Bevölkerung Bayerns, mit dem man auch den Menschen in den strukturschwachen Regionen helfe. In der Flüchtlingspolitik sei der Freistaat von Anfang an Partner der Kommunen, betonte Söder. Beim kommunalen Finanzausgleich sei eine Neustrukturierung der Gemeinde Finanzen vorgenommen worden. Damit bringe man die Infrastruktur im ländlichen Raum voran.

### Massive Unterstützung

Der CSU-Haushaltsexperte Martin Bachhuber lobte den Nachtragshaushalt und bezeichnete ihn als „massive Unterstützung“ der Kommunen. Fast 6,2 Milliarden Euro könnten diese für freiwillige Aufgaben verwenden, 3,23 Milliarden Euro stünden in 2016 für Schlüsselzuweisungen zur Verfügung. Der Ansatz der Bedarfszuweisungen werde auf 150 Millionen Euro erhöht. Schließlich würden die Bezirke mit 650 Millionen Euro an Zuweisungen bedacht. Eine derartige Unterstützung der Kommunen sei beispiellos im Bundesvergleich, erklärte Bachhuber abschließend.

### Integration

Bei der Opposition erntete der Nachtragsetat unterschiedliche Kritik. Für die SPD hielt Haushaltssprecher Volkmar Halbleib die Kurskorrektur der Staatsregierung hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen und der Stärkung des Zusammenhalts grundsätzlich für richtig. Dabei würden die Kommunen und die Ehrenamtlichen jedoch vernachlässigt. Sein Parteikollege Günther Knoblauch bemängelte ebenfalls die zu geringe Berücksichtigung der Kommunen im Nachtragshaushalt. Diese müssten durch den Finanzausgleich eine Milliarde Euro mehr erhalten.

### Unbegleitete Jugendliche

Alexander Muthmann (FW) sieht die Flüchtlinge und Asylanten angemessen berücksichtigt. Die Integration von Menschen sei in Bayern besonders gut gelungen. Der FW-Politiker mahnte jedoch zu einer wirtschaftlichen Haushaltsführung. In diesem Zusammenhang führte er die zu hohen Kosten für ca. 14.000 unbegleitete Jugendliche an. Hier müsse der Freistaat zusammen mit den Kommunen ein vernünftiges System entwickeln. Darüber hinaus gelinge Integration vor Ort nur mit Hilfe von Ehrenamtlichen.

Die Grünen-Abgeordnete Claudia Stamm übte heftige Kritik an den viel zu hohen Staatsausgaben, die sich seit 2008 um 60% erhöht hätten. Die Staatsregierung mache eine unzulässige Politik zu Lasten der Schwachen. Dies geschehe auch auf Kosten der Städte und Gemeinden, die bei der Verteilung der Steuereinnahmen nicht ausreichend beteiligt würden. Außerdem sei der Haushaltsentwurf nicht generationengerecht aufgestellt.

Bei der Verabschiedung des im federführenden Haushaltsausschuss an acht Sitzungstagen ausführlich beratenen Nachtragshaushaltsgesetz 2016 mit 297 Änderungsanträgen wurden sämtliche Vorschläge der Opposition von der CSU abgelehnt. Das Gesetz tritt am 1. Januar in Kraft. **rm**

## Gerechtere Regelung des Länderfinanzausgleichs

**Beschluss der Länderchefs bringt dem Freistaat Entlastung**

Der schon seit einigen Jahren umstrittene Länderfinanzausgleich soll jetzt neu geregelt werden. Aufgrund eines einstimmigen Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Dezember erhalten die Bund-Länder-Finanzbeziehungen eine Neuordnung. Die bisherigen Regelungen werden abgeschafft und der Umsatzsteuervorwegausgleich fällt weg. Dadurch soll der Freistaat Bayern als größtes Geberland im Finanzausgleich deutlich entlastet und ein einfacheres, transparenteres und leistungsgerechteres System zum Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder geschaffen werden. Der Länderbeschluss muss nun noch auf Bundesebene umgesetzt werden.

In der letzten Vollsitzung dieses Jahres erläuterte Ministerpräsident Horst Seehofer die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz, die zu einer vernünftigen Lösung mit einem Interessenausgleich aller 16 Bundesländer geführt hätte. Er verwies darauf, dass der Länderfinanzausgleich von 2001 viele Jahre funktioniert habe, die wirtschaftliche Entwicklung der Länderstrukturen jedoch nicht mehr berücksichtige. Dabei habe sich Bayern in den letzten Jahren sehr stark fortentwickelt und fungiere als größtes Zahlerland.

Seehofer erklärte, dass er vor diesem Hintergrund bereits seit 2011 in zahlreichen Gesprächen mit seinen Länderkollegen für eine gerechtere Lösung eingetreten

sei. Die jetzt gefundene Neuordnung sei solidarisch und helfe allen Parteien. So bekomme der Freistaat bis 2020 ca. 1,3 Milliarden Euro zurück und auch die Kommunen würden dabei wesentlich beteiligt. Der Länderanteil an der Umsatzsteuer werde grundsätzlich nach der Einwohnerzahl bemessen. Durch die vorgesehene Entlastung werde ein Haushalt ohne Neuverschuldung und die Fortführung des Schuldenabbaus bis 2030 ermöglicht. Der Ministerpräsident meinte abschließend, der deutsche Föderalismus funktioniere und sei ein Segen für das ganze Land.

Der SPD-Haushaltssprecher Volkmar Halbleib begrüßte die Umwandlung des Länderfinanz-

ausgleichs in ein gerechteres System. Die Einigung der Bundesländer gehe aber auf Kosten des Bundes. Für die Freien Wähler zeigte sich ihr Vorsitzender Hubert Aiwanger zufrieden mit der Lösung. Durch das Verhandlungsergebnis werde jedoch keine Wirtschaftskraft gestärkt und kein Anreiz für strukturschwache Länder gegeben. Eine Schuldenfreiheit Bayerns bis 2030 sei reines „Illusionsmarketing“. Auch Claudia Stamm (Grüne) begrüßte grundsätzlich das Verhandlungsergebnis der Länderchefs. Gemessen an den Ankündigungen der CSU sei der Kompromiss ein absoluter Nichterfolg.

### Neuordnung

Der Diskussion zugrunde lag ein Dringlichkeitsantrag der CSU-Landtagsfraktion, wonach sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Neuordnung einsetzen soll. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Mehrheitsfraktion angenommen die Opposition enthielt sich geschlossen. **rm**

### Nachtragshaushalt 2016:

## Mehr Geld für Wohnungsbau und Sicherheit

**Innenminister Herrmann begrüßt Etaaufstockung um 732 Millionen Euro**

Zur Bewältigung der stark gestiegenen Herausforderungen in seinem Ressort hat Innen- und Bauminister Joachim Herrmann die im Nachtragshaushalt 2016 enthaltene Erhöhung seines Budgets ausdrücklich begrüßt. Vor dem Hintergrund des enormen Flüchtlingszustroms sowie zum Schutz vor islamistischem Terrorismus bekommt sein Ministerium rund 1900 neue Stellen und mehr als 732 Millionen Euro zusätzlich. Ein Großteil davon soll für den Wohnungsbau und die Wohnungsbauförderung verwendet werden. Dabei steht die Schaffung von mehr preisgünstigen Unterkünften im Vordergrund.

Bereits auf der Wohnungsbaukonferenz Anfang des Monats in München hatte Herrmann mehr Wohnungsbau für alle gefordert. Seine Worte galten vor allem den Akteuren der Bauwirtschaft, die er neben den Vertretern von Staat, Kommunen, Verbänden und Investoren anlässlich der Präsentation des „Wohnungspakt Bayern“ in Oberbayern eingeladen hatte. Zur Ankerbelagerung der Bauaktivitäten stelle der Freistaat bis 2019 rund 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung mit dem Ziel, 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen zu errichten (s. GZ Nr. 21 v. 5.11.15).

Einen weiteren wesentlichen Punkt stellt für den Innenminister die Verstärkung der Polizei im Interesse der Sicherheit dar. Im kommenden Jahr erreiche man durch 925 zusätzliche Stellen mit 41.370 den höchsten Personalstand. Ausserdem erhöhten sich die Sachausstattungsmittel der Polizei um 56,8 Millionen auf 351 Millionen Euro. Für Baumaßnahmen an Gebäuden zur Modernisierung von Einsatztrainingszentren und zur Verbesserung der Barrierefreiheit bei Polizeidienststellen gebe es weitere 23 Millionen Euro. Darüber hinaus werde das Landesamt für Verfassungsschutz mit 9,46 Millionen Euro und 97 neuen Stellen verstärkt, Feuerwehren und Katastrophenschutz erhielten zusätzlich 7,45 Millionen Euro, führte Herrmann weiter aus. Zur Bewältigung der „Herkulesaufgabe“ Flüchtlingsströme würden ausserdem 755 neue Stellen bei den Zentralen Ausländerbehörden der jeweiligen Bezirksregierungen geschaffen. So könne man abgelehnte Asylbewerber schneller wieder in ihre Heimat zurückführen. Ergänzend hierzu werde

sowie 18 zusätzliche Stellen für das Innenministerium geben.

Abschließend erklärte der Bauminister, dass zur zielgerichteten Unterstützung finanzschwacher Gemeinden, z.B. bei der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude sowie Maßnahmen des Barriereabbaus, 289,2 Millionen Euro aus Mitteln des Kommunalinvestitionsprogramms „KIP“ des Bundes von 2016-2019 zur Verfügung stünden. **rm**

### EU-Programme für die ländliche Entwicklung:

### Hauptempfänger in Deutschland ist Bayern

Alle EU-Programme für die ländliche Entwicklung in den 28 Mitgliedstaaten sind verabschiedet. Jüngst hat die EU-Kommission das letzte der 118 Programme für den Zeitraum 2014 bis 2020 genehmigt. Für diese Mehrjahresprogramme stellt der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bis 2020 EU-Mittel in Höhe von insgesamt 99,6 Mrd. Euro bereit, zusätzlich zu den Fördergeldern aus nationalen, regionalen und privaten Quellen. Von den deutschen Regionen erhält Bayern mit über 1,5 Mrd. Euro die meisten Fördermittel, gefolgt von Niedersachsen/Bremen und Berlin/Brandenburg.

Das Programm für die ländliche Entwicklung soll den ländlichen Gebieten und Gemeinden in Europa helfen, die Wettbewerbsfähigkeit in der Landwirtschaft zu verbessern, Landschaften zu erhalten, das Klima zu schützen und das wirtschaftliche und soziale Gefüge zu stärken. □

## Dr. Thomas Jung neuer Vorsitzender der SGK Bayern

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) Bayern hat in Fürth einen neuen Vorstand gewählt. An der Spitze der SGK steht künftig der Fürther Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung.

Er folgt auf den Memminger Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, der nach 16 Jahren an der Spitze der SGK nicht wieder antrat. Die Generalsekretärin der BayernSPD, Natascha Kohnen, sagte dazu: „Ivo Holzinger hat sich als hervorragender Anwalt der Kommunen erwiesen. Dafür danke ich ihm sehr. Thomas Jung und dem neugewählten Vorstand gratuliere ich zu seiner Wahl ganz herzlich. Mit Thomas Jung an der Spitze wird die SGK ihre hervorragende Arbeit der letzten Jahre in der bewährten Art und Weise vorsetzen.“ □



Dr. Thomas Jung. □

### Wir gratulieren

**ZUM 70. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Maximilian Streif  
87669 Rieden a. Forggensee  
am 26.12.

**ZUM 65. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Paul Steins  
91099 Poisdorf  
am 2.1.

Bürgermeister Kaspar Rager  
87656 Germaringen  
am 4.1.

Bürgermeister Theodor Gärtner  
97780 Gösenheim  
am 16.1.

Bürgermeister Ernst Jobberger  
97261 Güntersleben  
am 18.1.

**ZUM 60. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister  
Wolfgang Grubwinkler  
84307 Eggenfelden  
am 24.12.

Bürgermeister Karl Obermeier  
94501 Aidenbach  
am 28.12.

Bürgermeister Manfred Menhard  
86937 Scheuring  
am 29.12.

Bürgermeister Walter Hasl  
91792 Ellingen  
am 1.1.

Landrat Herbert Eckstein  
91154 Roth  
am 7.1.

Bürgermeisterin  
Anita Feuerbach  
97299 Zell am Main  
am 14.1.

Bürgermeister  
Siegfried Ständcke  
97513 Michelau i. Steigerwald  
am 19.1.

Bürgermeister  
Karl-Heinz Schöffner  
97907 Hasloch  
am 19.1.

**ZUM 55. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister  
Wolfgang Lindmeier  
94127 Neuburg am Inn  
am 20.12.

Bürgermeister Stefan Lenz  
89420 Höchstädt  
am 21.12.

Bürgermeister Konrad Kienle  
87538 Balderschwang  
am 22.12.

Bürgermeisterin Barbara Bogner  
82054 Sauerlach  
am 24.12.

Bürgermeister  
Michael Hausperger  
84564 Oberbergkirchen  
am 29.12.

Bürgermeister Albin Dietrich  
94557 Niederalteich  
am 1.1.

Bürgermeister Helmut Roßkopf  
86562 Berg im Gau  
am 3.1.

Bürgermeister Johann Springer  
84375 Kirchdorf a. Inn  
am 5.1.

Bürgermeister Johann Wiesmaier  
85447 Fraunberg  
am 7.1.

Bürgermeister Erwin Goßner  
86845 Großaitingen  
am 10.1.

Bürgermeister Christian Ruh  
88131 Bodolz  
am 11.1.

Bürgermeister Franz Tauber  
95694 Mehlmeisel  
am 11.1.

Bürgermeister Wolfgang Kilian  
86655 Harburg (Schwaben)  
am 12.1.

**ZUM 50. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Thomas Baumann  
89446 Ziertheim  
am 21.12.

Bürgermeister Ulrich Müller  
89426 Wittislingen  
am 26.12.

Bürgermeister Franz Erl  
87494 Rückholz  
am 28.12.

Bürgermeister  
Georg Hatzesberger  
94529 Aicha vorm Wald  
am 30.12.

Bürgermeister  
Franz Xaver Steininger  
94227 Zwiesel  
am 30.12.

Bürgermeister  
Dr Werner Knaier  
97353 Wiesentheid  
am 3.1.

Bürgermeister  
Thomas Zachmayer  
93354 Biburg  
am 6.1.

Bürgermeister Alfred Paulus  
93349 Mindelstetten  
am 18.1.

**ZUM 45. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Richard Roos  
97839 Esselbach  
am 24.12.

Bürgermeister Franz Müller  
93470 Lohberg  
am 28.12.

Bürgermeister Franz Langer  
94575 Windorf  
am 30.12.

**ZUM 40. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister Ben Schwarz  
91166 Georgensgmünd  
am 9.1.

**ZUM 35. GEBURTSTAG**  
Bürgermeister  
Marco Kistner  
90587 Veitsbrunn  
am 7.1.

Bürgermeister Florian Kraft  
91359 Leutenbach  
am 10.1.

### Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Jahrespressekonferenz Haus der Bayerischen Geschichte:

## Spannende Streifzüge

Auf ein äußerst erfolgreiches Ausstellungsjahr 2015 blickt der Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte Dr. Richard Loibl zurück. Wie er bei der Jahrespressekonferenz im Münchner Presseclub hervorhob, war die Bayerische Landesausstellung „Napoleon und Bayern“ in Ingolstadt ein „sensationaler Publikumserfolg“. Knapp 150.000 Besucher wollten die Geschichte des französischen Kaisers und seines Verbündeten sehen.

„Mit diesem Ergebnis haben wir sogar die Schau im letzten Jahr zu „Ludwig der Bayer“ in Regensburg überholt“, betonte Loibl und ergänzte: „Wir haben unseren Besuchern heuer eine ganz besondere Schau geboten. So viele Spitzenexponate wie bei „Napoleon und Bayern“ kommen sehr selten zusammen: vom Hut des Kaisers bis zur Buchführung des Aichacher Wirtes Gerhäuser, der 12.000 Soldaten einquartieren musste. Von daher konnten wir auch hinter die Kulissen von Glanz und Gloria blicken: auf die Bayerinnen und Bayern, die einen hohen Preis für die Krönungskrone bezahlen mussten.“

### Kostbare Originalexponate

Kostbare Originalexponate aus dem 19. Jahrhundert, darunter Leihgaben aus Frankreich, Schweden und Russland, und die attraktive Inszenierung der Ausstellung begeisterten die Besucher. Die Aktivstationen waren besonders beliebt: Jeder konnte den bayerischen Raupenhelm, den kratzigen Soldatenmantel oder einen schweren Tornister ausprobieren.

Im kommenden Jahr werden das Haus der Bayerischen Geschichte und seine Kooperationspartner zwei Landesausstellungen zu den Themen „Bier in Bayern“ und „Karl IV.“ veranstalten. Projektleiter Dr. Rainhard Rieperinger gab Einblicke in die Landesausstellung „Bier in Bayern“, die vom 29. April bis 30. Oktober 2016 anlässlich des Jubiläums „500 Jahre Reinheitsgebot“ im Kloster Aldersbach im Passauer Land gezeigt wird.

Vom Handwerk bis zum Hightech, von der Gemütlichkeit im Wirtshaus bis zum Exportschlag: Außergewöhnliche Geschichten und mediale Inszenierungen zeigen zahlreiche Facetten der Biergeschichte am historischen Schauplatz, wo bereits im Mittelalter Bier gebraut wurde.

## Stadtmarketingpreis Bayern

Jetzt anmelden und bis zum 31. März 2016 bewerben

Der Stadtmarketingpreis Bayern ist ein kommunaler Leistungswettbewerb, der herausragende und innovative Projekte prämiiert, die für andere Städte und Gemeinden Inspiration und Vorbild sein sollen. Ausgezeichnet werden vorbildliche Stadt- und Citymarketingprojekte aus ganz Bayern.

Sie zeigen auf, wie sich Städte in der kommunalen Konkurrenz um Bürger, Kunden, Touristen und Investoren behaupten können. So konnten seit dem Startjahr eine Vielzahl überzeugender Instrumente zur Stärkung der lokalen Ökonomie vielfach erstmals vorgestellt und sowohl lokal als auch über die Stadtgrenzen hinaus gewürdigt werden.

Anlässlich des 10-jährigen Jubiläums wurde eine umfassende Online-Projektübersicht auf der Website des Stadtmarketingpreises erstellt, die die außerordentliche Vielfalt der bislang 74 prämierten Konzepte widerspiegelt. Diese räumlich, chronologisch und nach Schlagworten gestaltete (Karten-)Übersicht ermöglicht somit einen schnellen Zugriff auf alle Projektdetails der Gewinner und Nominierten der letzten 10 Jahre.

Die Anmeldung für das Jahr 2016 muss bis 29. Februar erfolgen, die Abgabe der Präsentation dann bis 31. März. Die Bekanntgabe der Nominierungen wird anschließend am 4. Mai erfolgen, mit der feierlichen Preisverleihung am 13. Juli. Alle Informationen zu Teilnahmebedingungen, bisherigen Auszeichnungen und vieles mehr finden sich unter [www.stadtmarketingpreis-bayern.de](http://www.stadtmarketingpreis-bayern.de)

Initiiert wurde der Wettbewerb erstmals 2005. Das Projekt wurde von Anfang an durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie gefördert und intensiv begleitet. Die Reihe der langjährigen Unterstützer umfasst auch heuer wieder die Bayerischen Sparkassen, die Fokus Development AG und die Rid-Stiftung. Erstmals als neuer Sponsor ist die Firma Essert Illuminationen mit dabei, ein bayerisches Traditionsunternehmen auf dem Gebiet der Weihnachtsbeleuchtungen. Als weitere Partner sind Städte- und Gemeindegewerbe Bayern, die Bundesvereinigung City- und Stadtmarketing (BCSD) sowie das Institut für City- und Regionalmanagement (ICR) seit Beginn dabei. □

Einmalig ist das Ensemble des vollständig erhaltenen Klosterkomplexes, das neben der Brauerei mit niederbayerischem Bräustüberl die berühmte Zisterzienserklosterkirche „Mariä Himmelfahrt“ umfasst. 1720 wurde sie von den Gebrüdern Asam im barocken Stil gestaltet und gehört zu den schönsten Marienkirchen Bayerns. Bier, Brauen, Geschichte und Barock – all das ist im niederbayerischen Aldersbach vereint.

### Bayerisch-Tschechische Landesausstellung

Projektleiter Dr. Wolfgang Jahn informierte seinerseits darüber, warum Kaiser „Karl IV.“ für Tschechien und Bayern eine so maßgebliche Bedeutung hat. Weil er für seine Hausmachtspolitik in großem Umfang Reichsgut verpfändete, sahen deutsche Historiker Karl lange als „Vater Böhmens“, aber Erzstiefvater des Reiches“, während er in Böhmen bzw. Tschechien bis heute als „Vater des Vaterlandes“ gilt. Ab dem 19. Jahrhundert wurde er von beiden Seiten national vereinnahmt, obwohl er sich selbst weder als Tschechen noch als Deutschen, sondern als Kaiser von Gottes Gnaden gesehen hat.

Die Bayerisch-Tschechische Landesausstellung wirft mit 150 hochrangigen Kunstwerken, Urkunden, kulturhistorischen und alltagsgegenständlichen Zeugnissen und medialen Inszenierungen einen neuen Blick auf den facettenreichen Herrscher und seine Zeit. Das Konzept wird von der Nationalgalerie Prag und dem Haus der Bayerischen Geschichte Augsburg erarbeitet.

### Grenzüberschreitende Projekte

Das bilaterale Projekt anlässlich des 700. Geburtstages Kaiser Karls IV. (1316-1378) wird zunächst in der Wallenstein-Reithalle in Prag (14.05.–25.09.2016) und anschlie-

hend im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg (20.10.2016 – 05.03.2017) zu sehen sein.

Mit der Koordination des Begleitprogramms beauftragt wurde das Centrum Bavaria Bohemia in Schönbühl. Inzwischen liegen fast 200 Angebote von Veranstaltungen auf bayerischer Seite vor. Die Bandbreite reicht dabei von der Zeit Karls IV. bis zu Themen, die sich mit der bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit bis in die Gegenwart befassen. Auch grenzüberschreitende Projekte werden durchgeführt. Eine große Zahl der Veranstaltungen des Begleitprogramms orientiert sich eng am Thema der Landesausstellung. Karl IV. und sein Wirken in der Oberpfalz und in Franken stehen dabei im Mittelpunkt. Einen geographischen Schwerpunkt bilden die Orte entlang der Goldenen Straße, die durch ihre Zugehörigkeit zum ehemaligen „Neuböhmen“ eine ganz besonders enge Verbindung zu Karl IV. haben.

Eine Reihe von Ausstellungsprojekten, thematischen Stadtführungen und Vorträgen lassen die Zeit dieses bedeutenden Herrschers lebendig werden, wie zum Beispiel das Projekt „Karl IV. – Ein König aus der Goldenen Wiege“, das vom Verein Goldene Straße e.V. konzipiert wurde oder eine Ausstellung zu Kaiser Karl IV., die im Kloster Speinshart gezeigt wird. Thematische Führungen bieten Neustadt an der Waldnaab, Hersbruck, der Klostermauerverein Engelthal und das Pfalzmuseum Forchheim an, um nur einige zu nennen.

### Kulturnacht

Ganz besonders zu betonen sind die Aktivitäten der Stadt Nürnberg, der Stadt Lauf an der Pegnitz und des Geschichtsparks Bärnau. In Nürnberg, dem wichtigsten Aufenthaltsort des Kaisers nach Prag, werden unter anderem Ausstellungen zur bayerisch-böhmischen Buchmalerei und zur Rolle der Stadt als heimliche Hauptstadt des Reiches gezeigt. In Lauf befindet sich die von Karl IV. errichtete Burg mit ihrem prachtvoll restaurierten Wappensaal; eine unverzichtbare Ergänzung der Landesausstellung.

Ausstellungen, Konzerte und die Lange Laufer Kulturnacht sind weitere Höhepunkte. Der Geschichtspark und die Stadt Bärnau bieten zusammen mit Neustadt und Weiden ein interkommunales grenzübergreifendes Programm an. Alle Veranstaltungen des Begleitprogramms werden gleichzeitig zu den Ausstellungen in Prag und Nürnberg stattfinden.

Um einen möglichst großen Nutzen für den Tourismus zu erzielen, haben sich auch die Tourismusverbände Ostbayern und Franken aktiv eingebracht. Eine besonders starke Rolle spielt die Metropolregion Nürnberg, die von Anfang an das Zustandekommen des Begleitprogramms maßgeblich befördert hat. DK



Die Landräte Christian Bernreiter, Josef Niedermaier und Robert Niedergesäß (v. l.). □

GZ

Kolumne  
Gabriele Bauer

### Liebe Leserinnen und Leser,

bei vielen „Megathemen“ erleben wir in den Kommunen allzu oft den Widerspruch zwischen nationalen oder globalen Zielen und der Wirklichkeit vor Ort. Das gilt für die aktuelle Flüchtlingsproblematik, aber ebenso für den Klimaschutz.

In Elmau beschlossen die größten Industrienationen im Juni, die Weltwirtschaft bis zum Ende des Jahrhunderts auf erneuerbare Energien umzustellen. Dagegen stehen die Widerstände vor Ort gegen Stromtrassen, Pumpspeicher und Windräder. Sie sind ein Warnsignal, dass wir gesellschaftli-



für Wärme wie für Strom. Und trotzdem bündeln wir unsere Anstrengungen – und das Geld der privaten Stromkunden – darauf, den Stromsektor zu dekarbonisieren.

Die Überarbeitung des Gesetzes zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) böte eine gute Möglichkeit, diese Schieflage zu beseitigen. Durch Energieerzeugung aus KWK können wir das Effizienzpotenzial der Wärme nutzen und zugleich die Erneuerbaren ins Stromsystem integrieren. Und aus Sicht von Kommunen und Stadtwerken bedeutend: Wir schaffen langfristig angelegte Versorgungsinfrastrukturen und Wertschöpfung in unseren Gemeinwesen.

Doch der vorliegende Gesetzesentwurf lässt Zweifel aufkommen, ob der Bund diese Chance tatsächlich nutzen will. Das spiegelt sich schon im strategischen Ausbauziel wider: Statt bis zum Jahr 2025 ein Viertel der gesamten Nettostromproduktion aus KWK zu beziehen, sollen es künftig gerade einmal 25 Prozent der regelbaren, sprich fossilen Stromerzeugung sein. Ein Feigenblatt.

Außerdem verschenkt die geplante KWK-Förderung wertvolle CO<sub>2</sub>-Einsparpotenziale: Fakt ist: Es macht wenig Sinn, den Zubau von Neuanlagen anzureizen, wenn der Betrieb von KWK-Anlagen hinterher unrentabel ist. Denn die sinkenden Strombörsenpreise enteilen den vorgeschlagenen Fördersätzen. Diese müssen erhöht und regelmäßig nachjustiert werden. So ließen sich bestehende KWK-Anlagen stärker auslasten und wirtschaftlich betreiben. Eine intelligente Bestandsförderung könnte die klimafreundliche Erzeugung von Strom (und Wärme!) aus KWK wirksam steigern – und das zu vergleichsweise sehr geringen CO<sub>2</sub>-Vermeidungskosten.

Ihre Gabriele Bauer

Stellvertretende KPv-Landesvorsitzende

## Wir brauchen eine kommunale Wärmewende

che Großprojekte nicht an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiplanen dürfen. Nach meiner Überzeugung können Kommunen einen entscheidenden Beitrag leisten, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß wirksam zu senken und zugleich die Menschen einzubinden. Doch dazu brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen. Eine echte Wärmewende wäre ein Anfang – und eine Chance für Kommunen und ihre Stadtwerke.

Bislang ist die deutsche Energiewende aber vor allem eine Stromwende – mit durchwachsender Bilanz: Obwohl inzwischen mehr als ein Viertel unseres Stroms aus Erneuerbaren kommt, stößt unsere Volkswirtschaft mehr Treibhausgase aus statt weniger. Ein Grund unter mehreren: Die deutsche Energiewende verzichtet darauf, den größten Hebel zur CO<sub>2</sub>-Reduktion zu nutzen: die Wärme. Dabei verbrauchen wir in Deutschland doppelt so viel Energie

### Zeugnisse für die Landratsämter:

## Beste Noten von den Bürgern

Präsident Bernreiter stellt Ergebnisse der Bürger-/Kundenbefragung 2015 vor

Die bayerischen Landratsämter kommen bei den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut an. Das ist das Ergebnis der Bürger-/Kundenbefragung 2015, die der Bayerische Innovationsring mit Unterstützung des Marktforschungsunternehmens GfK durchgeführt hat. „Wir können mächtig stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sein“, sagte Landkreistagspräsident Christian Bernreiter bei der Präsentation der Ergebnisse im Landratsamt Regensburg. In der Flüchtlingskrise leisteten sie Enormes. „Dennoch sorgen sie dafür, dass nichts und niemand in der Aufgabenlast untergeht.“ Unter die Lupe genommen wurden Sachgebiete von der Führerscheinstelle bis zum Bauamt. „Wir wollen in allen Lebenslagen für unsere Bürger da sein. Die Befragung zeigt: Das gelingt uns immer besser“, sagte Bernreiter.

Neun Landkreise haben an der von Anfang Juni bis Mitte Juli 2015 durchgeführten Umfrage teilgenommen: Coburg, Erding, Haßberge, Mühldorf a. Inn, Nürnberger Land, Roth, Rottal-Inn, Ebersberg und Traunstein. Die Bürger-/Kundenbefragung wird bereits seit 1999 durchgeführt. Für die Landkreise ist sie eine Chance, objektiv zu prüfen, wie sie beim Bürger ankommen. Die Ergebnisse zeigen auf, wo es bereits sehr gut läuft und was man noch besser machen kann. Die Landratsämter wissen diese Chance zu nutzen: Alle, die schon 2010 an der Befragung teilgenommen haben, haben sich 2015 in der Wahrnehmung der Bürger deutlich verbessert.

Die Gesamtzufriedenheit ist im Vergleich zu der letzten Studie im Jahr 2010 deutlich gestiegen. 92 % der Bürger sind mit der Arbeit der Landratsämter zufrieden. Vor allem der Anteil der außerordentlich und sehr zufriedenen Bürger nahm in diesem Zeitraum um 14 % auf knapp zwei Drittel zu. Auch die Wahrnehmung des Landratsamts als modernes Dienstleistungszentrum und als kompetenter Partner und Berater ist gestiegen. „Hier macht sich bezahlt, dass sich unsere Mitarbeiter fachlich und kommunikativ weiterbilden“, so Bernreiter.

### Moderne Dienstleister

Bei der Bewertung der Leistungsbereiche haben sich vor allem die Bearbeitung der Kundenanliegen – wie ausführlich ist die Beratung, wie hilfsbereit die Mitarbeiter? – und das Zeitmanagement seit 2010 deutlich verbessert. Am besten bewerteten die Bürgerinnen und Bürger die Freundlichkeit und die Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter sowie deren fachliche Kompetenz.

Auch die Erreichbarkeit wurde von den an der Befragung beteiligten Landratsämtern weiter optimiert. Auch der Leiter des Bayerischen Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier, freut

sich über die Erfolge: „Das Bild von einer Behörde, in der die Beamten am liebsten möglichst wenig mit den Bürgern zu tun haben, gibt es längst nicht mehr. Wir leisten Dienst am Kunden und das jeden Tag gerne.“

### Wunsch nach mehr Komfort

Als Verbesserungsvorschläge wurden von den befragten Bürgern am häufigsten eine ansprechendere, hellere Gestaltung der Räumlichkeiten und Wartebereiche sowie die Öffnungszeiten genannt. Die Bearbeitung von Beschwerden sollte weiterhin optimiert werden, gaben die befragten Bürgerinnen und Bürger an. 60 % wünschen sich zudem ein Leitsystem im Dienstgebäude mit Beschilderung und Übersichtstafeln.

### Zufriedenheitsabfrage

Für die Studie wurden sechs Sachgebiete je Landratsamt in die Befragung einbezogen: Die Zufriedenheit mit den publikumsstarken Sachgebieten Bauamt, Jugendamt und Kfz-Zulassung wurde bei allen teilnehmenden Landratsämtern befragt. Zusätzlich konnten aus den Sachgebieten Führerscheinstelle, Gesundheitsamt, Kommunale Abfallwirtschaft, Naturschutz oder Büro des Landrats noch drei weitere Bereiche gewählt werden. Bei der von der GfK durchgeführten telefonischen Befragung wurden je Landratsamt 400 Interviews mit Bürgern geführt. Die durchschnittliche Befragungsdauer betrug 16,5 Minuten. Insgesamt wurden im Rahmen der Studie für die neun Landratsämter fast 3.600 telefonische Interviews durchgeführt. (Fortsetzung auf Seite 4)

# Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung

Aktuelle Studie der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management

**Einen praxisrelevanten Überblick darüber, wo es für Kommunen relevantes Wissen gibt und wie dieses gewinnbringend genutzt werden kann, gibt die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management in ihrer aktuellen Studie „Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung“, herausgegeben von der Innovationsstiftung Bayerische Kommune.**

Die Studie liefert als neuestes Stiftungsprojekt Erkenntnisse zu den Bereichen Personal, Organisation und Technik. Sie beschreibt je nach Größe der Verwaltungseinheit, gegebener Ausgangssituation, vorhandener Infrastruktur, verfügbarer Ressourcen und Zielsetzung jeweils unterschiedliche Lö-

sungen. So werden systematisch Möglichkeiten dargestellt, wie man Wissen identifizieren, nutzen und fördern kann.

Insgesamt zeigt der Blick in die bayerischen Kommunen, dass unter dem Schlagwort „Wissensmanagement“ enorm vieles einsortiert wird und auch die

praktische Anwendung sehr vielfältig ist. Es reicht vom Gespräch am Kaffeeautomaten über Feste in der Kantine, Ausflüge, Projekte, Tagungen bis hin zu Wissensplattformen und Datenbanken für Fachverfahren. Je nach Ausgangssituation, Infrastruktur und Ziel ist es laut Untersuchung daher wichtig, passgenaue Lösungen anzubieten.

Im Rahmen einer intensiven Zusammenarbeit mit Kommunen und Ansprechpartnern aus ganz Bayern wurden der Bedarf vor

Ort besprochen, Erfahrungen gesammelt und neue Ideen entwickelt. Jede Kommune ist anders und braucht daher auch eigene Lösungen und individuelle Lösungswege.

So kann eine Lösung für einen besseren Wissensfluss der einen Kommune lauten: Wir brauchen ein systematisches Beschwerdemanagement in unserem Bürgerbüro, um auf entstehende Konflikte schneller reagieren zu können. Während für eine andere Kommune die Aufgabe lauten könnte: Wir brauchen eine abteilungsübergreifende Wissensplattform zum Thema „Demografischer Wandel“, um die Vernetzung zwischen Projekten, Ämtern und Bürgern bei

diesem anspruchsvollen Thema zu verbessern. Die Menschen, die in einer Kommune arbeiten, sind vielfältig in ihren Ansprüchen und Arbeitsweisen.

Zum Beispiel sind manche Mitarbeiter viel in der Kommune unterwegs und werden leichter zum Einzelkämpfer. Ein intensiver Wissensaustausch mit anderen Kollegen ist aus deren Sicht weder nötig noch möglich. Das bringt allerdings den Nachteil mit sich, dass das Erfahrungswissen eines Mitarbeiters, der in Rente geht, unwiederbringlich verloren ist. Andere pflegen und brauchen aufgabenbedingt einen größeren Austausch sowohl intern mit Fachbereichen wie auch extern

mit Bürgern oder Spezialisten, wenn es beispielsweise um heikle Themen geht.

Mitarbeiter suchen je nach den Anforderungen ihrer beruflichen Aufgaben unterschiedliche Hilfen zum Umgang mit Daten, Informationen und Wissen. Dies können komplexe technische Systeme zum Dokumenten- oder Projektmanagement bis hin zu einer einfachen, aber strukturierten Papierablage sein.

Aufgrund der Vielfalt dieser Anforderungen und Ansprüche haben die Autoren dieser Studie sich für ein Baukastensystem aus Methoden und Instrumenten entschieden, das die konkrete und erlebte Arbeitswelt berücksichtigt. **DK**

## Verkehrspolitik und...

(Fortsetzung von Seite 1)

soll“, stellte Dorothee Bär, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, fest. Ziel des „sehr aufwändigen Verfahrens“ sei es, ein realistisches und finanzierbares Gesamtkonzept für die künftige Infrastruktur aufzustellen.

Laut Bär wird die Beteiligung der Öffentlichkeit beim BVWP 2015 deutlich ausgeweitet. Sein Entwurf wird erstmals vor dem Kabinettschluss im Rahmen eines Konsultationsverfahrens einer Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung unterzogen. Dabei können sich alle Interessierten sechs Wochen lang online oder schriftlich zum Entwurf äußern. Auf der Website des BMVI ist jedes angemeldete Projekt einsehbar. Anschließend werden alle Stellungnahmen einzeln ausgewertet, jedoch nicht individuell beantwortet.

### Konsultationsverfahren

Das Konsultationsverfahren erfüllt die gesetzlichen Anforderungen der Strategischen Umweltprüfung, die voraussichtlich eintretende Umweltauswirkungen bei vollständiger Realisierung des BVWP transparent machen und ihre frühzeitige Berücksichtigung bei der Gesamtplanerstellung ermöglichen soll. Der Umgang mit den Stellungnahmen wird zusammenfassend dokumentiert.

Ziel des Beteiligungsverfahrens ist es, die Gesamtwirkungen und insbesondere dessen Umweltauswirkungen zu erfassen. Dabei soll nicht jedes Einzelvorhaben im Detail disku-

tiert werden. Dies geschieht in nachgeordneten Planungsverfahren. Entsprechend sind konkrete projektbezogene Stellungnahmen zu Betroffenheiten (zum Beispiel individueller Lärmschutz, Auswirkungen auf geschützte Arten) in nachfolgenden Planungsverfahren einzubringen, bei denen eine weitere und detaillierte Betrachtung des Einzelvorhabens und seiner Auswirkungen auf regionaler bzw. lokaler Ebene erfolgt.

Bei dem Konsultationsverfahren handelt es sich nicht um ein Abstimmungsverfahren, das heißt, es erfolgt keine Aufrechnung zwischen „unterstützenden“ und „ablehnenden“ Stellungnahmen. Auch rein wertende Meinungsäußerungen können nicht berücksichtigt werden, sondern das BMVI wird nur Stellungnahmen von Ländern, Ressorts und Verbänden mit konkreten Sachargumenten zu Entscheidungen des BVWP auswerten.

Die Bewertung erfolgt anhand von Kosten-Nutzen-Analysen, umwelt- und naturschutzfachlichen, raumordnerischen sowie städtebaulichen Beurteilungen. Anhand dieser Beurteilung erfolgt eine Priorisierung der Straßen-, Schienen- und Wasserwegeprojekte, die bis 2030 umgesetzt oder begonnen werden, da sie nicht alle zeitnah finanziert werden können.

### 2.000 Projekte angemeldet

Bär zufolge lautet die zentrale Frage: weiterer Bedarf, vorrangiger Bedarf oder vorrangiger Bedarf plus? „Fakt ist: Nur wenn ein Projekt mindestens im vorrangigen Bedarf ist, besteht die Chance auf Finanzierung und damit Realisierung. Alle Vorhaben, die im vorrangigen Bedarf sind, egal ob plus oder nicht, sollen in den nächsten 15 Jahren gebaut werden. Das ist unser Ziel.“ Angemeldet wurden circa 2.000 Projekte: 1.500 Straßenmaßnahmen, 450 Schienenmaßnahmen und 46 Bundeswasserstraßen.

Bis 2018 soll es in ganz Deutschland schnelles Internet mit mindestens 50 Mbit pro Sekunde geben. Das Bundeskabinett hat deshalb im Oktober die von Bundesminister Alexander Dobrindt vorgelegte Förderrichtlinie für den Breitbandausbau beschlossen. „Insgesamt stehen für die Breitband-Förderung 2,7 Milliarden Euro bereit“, führte Dorothee Bär aus.

### Technologieneutralität

Der erste Aufruf, Anträge zum Förderprogramm Breitbandausbau einzureichen, wurde am 18. November veröffentlicht. Ziel des Bundesförderprogramms ist es, den Ausbau hochleistungsfähiger Breitbandnetze in unterversorgten Gebieten zu unterstützen, in denen in den kommenden drei Jahren kein privatwirtschaftlicher

Netzausbau zu erwarten ist. Der unterstützte Ausbau erfolgt technologieneutral.

Die Projekt-Förderung richtet sich an Kommunen und Landkreise in unterversorgten Gebieten. Diese initiieren die Ausbauprojekte, stellen die Anträge im Förderverfahren und koordinieren die Projekte vor Ort.

Das BMVI sieht zwei konkrete Fördermodelle vor: Mit dem Wirtschaftlichkeitslückenmodell schließt die Kommune die Wirtschaftlichkeitslücke eines Telekommunikations-Unternehmens, das in einem wirtschaftlich unattraktiven Gebiet ein Breitbandnetz errichtet. Bei dem Betreibermodell werden Kommunen durch die Bundesförderung in die Lage versetzt, passive Infrastrukturen wie z. B. Glasfaserstrecken zu errichten, die sie den Netzbetreibern verpachten.

Kommunale Projekte erhalten bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten, maximal aber 10 Millionen Euro an Zuschüssen. Zusätzlich dazu lassen sich Länder-Förderprogramme anzapfen, die bis zu 40 Prozent beisteuern können. Der Eigenanteil von Kommunen und Landkreisen soll demnach bei etwa 10 Prozent liegen.

Der Fördersatz des Bundes beträgt bis zu 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Eine Kombination mit Länder-Förderprogrammen ist möglich. Dadurch können weitere 40 Prozent an Förderung hinzukommen. Der Eigenanteil von Kommunen und Landkreisen soll demnach bei etwa 10 Prozent liegen.

### Scoring-Modell

Die Mittel aus dem Bundesförderprogramm sollen gezielt dort eingesetzt werden, wo sie besonders dringend benötigt werden. Daher werden alle Netzausbau-Projekte anhand transparenter Kriterien (Scoring) bewertet. Dieses Punktesystem bildet die Grundlage für eine Förderentscheidung.

Bereits heute haben laut TÜV Rheinland fast 70 Prozent (68,7 %) aller Haushalte in Deutschland Zugang zu mehr als 50 Mbit pro Sekunde – das sind 7 Prozent mehr als vor einem Jahr (Stand: Ende Juni Mitte 2015). Im EU-Vergleich hat Deutschland die größte Dynamik beim Netzausbau – durch einen Technologiemix von Glasfaser bis Mobilfunk.

Dorothee Bär wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es ihr „ein großes Anliegen“ sei, die Bevölkerung darüber aufzuklären, „was sie mit den hohen Bandbreiten machen soll und welche Vorteile die Digitalisierung hat“. Die Staatssekretärin verdeutlichte dies abschließend an den Beispielen „Vernetztes Haus im ländlichen Raum (siehe diverse Alarmsysteme für Demenzkranke), digitales Testfeld Autobahn, autonomes Fahren, Ärzteversorgung, Telemedizin und Bildung.“ **DK**

(Fortsetzung von Seite 1)

schleppend erfolgte, bleibt die Bundesregierung aufgefordert, hier rasch und umfassend Abhilfe zu schaffen.

4. Asylverfahren müssen abgeschlossen werden, bevor die Asylberechtigten in die Kommunen weiterverteilt werden. Die Länder bleiben daher aufgefordert, trotz der Entlastung durch den Ausbau von Bundeskapazitäten ihre Bemühungen um die Erweiterung der Aufnahmekapazitäten in Landeserstaufnahmeeinrichtungen energisch weiter fortzusetzen. Hierbei sind zum einen die Größe und die städtebauliche Integration bei der Verortung der Landeserstaufnahmeeinrichtungen in Abhängigkeit zur Größe und Aufnahmekapazität der aufnehmenden Städte zu stellen.

### Moratorium

Zum anderen müssen Bund und Länder das Moratorium zur Weitergabe von Bundesliegenschaften an die Städte schnellstmöglich aufheben und die Zusage einhalten, den Städten Bundesliegenschaften für Wohnnutzungen und zur Unterbringung von Flüchtlingen unverzüglich zur Verfügung zu stellen. Hierzu zählt auch, noch anhängige Entbehrlichkeitsprüfungen nicht mehr genutzter Liegenschaften zu beschleunigen.

5. Der Bund wird aufgefordert, den flüchtlingsbedingten Anstieg der Kosten der Unterkunft im SGB II vollständig zu übernehmen.

6. An die Länder wird dringend appelliert, die vom Bund im Rahmen des Asylpakets I bewilligte Unterstützung in Höhe einer Pro-Kopf-Pauschale von zunächst 670 Euro aufgabenbezogen an die Kommunen weiterzugeben. Eine Verrechnung mit bisher von den Ländern geleisteten Refinanzierungsmitteln der kommunalen Aufnahme- und Unterbringungskosten darf nur insoweit erfolgen, als eine vollständige Kostenerstattung gesichert bleibt. Soweit Kommunen von den Ländern im Wege der Amtshilfe in Anspruch genommen werden, müssen die Länder ebenfalls für eine vollständige Erstattung der kommunalen Aufwendungen sorgen.

### Zusätzlicher Bedarf

7. Der Hauptausschuss bekräftigt seine Beschlüsse zu einer Integration derjenigen Asylbewerber, die auf längere Zeit in Deutschland bleiben werden: Es bedarf einer adäquaten Ausweitung der Wohnraumförderung, um baldmöglichst den zusätzlichen Bedarf an Wohnraum für die Zugewanderten decken zu können.

Angesichts der elementaren Bedeutung ausreichender Sprachkenntnisse ist es zudem erforderlich, dass der Bund die Förderung der Sprach- und Integrationskurse erheblich ausweitet. Die Länder müssen die Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kindertagesbetreuung und Schulen ausbauen, Ausbildungsabschlüsse

müssen nachgeholt und die Weiterbildung muss gefördert werden. Schließlich sind breit angelegte Maßnahmen zur Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt erforderlich.

8. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages bittet die Bundesregierung zu prüfen, wie die Einhaltung der Verteilerschlüssel für Asylbewerber und Flüchtlinge mit Blick auf deren Integration vor Ort sowie auf nicht kalkulierbare und nicht beabsichtigte Folgen für Orte mit Erstaufnahmeeinrichtungen (z. B. über Wohnsitzauflagen) gewahrt werden kann. Im Sinne des Förderns und Forderns wäre es auch angezeigt, die Inanspruchnahme von Integrationsleistungen in aller Regel verpflichtend auszugestalten. Wer Zuflucht in Deutschland sucht, muss bereit sein, sich auf Basis des Grundgesetzes in das soziale Zusammenleben hierzulande einzufügen.

9. Flüchtlingen, die lange in Deutschland bleiben, soll ein Nachzug von Familienmitgliedern unter integrationspolitischen Gesichtspunkten nicht grundsätzlich verwehrt werden.

### Gesellschaftliche Teilhabe

Ein erfolgreicher Schulbesuch von schulpflichtigen Flüchtlingen und Asylbewerbern legt den Grundstein für gesellschaftliche Teilhabe, Spracherwerb und erfolgreiche Berufsvorbereitung. Deshalb fordert der Deutsche Städtetag die Länder auf, Sondermittel für den Bau und die Ausstattung von Schulräumen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten die Länder die für Flüchtlingsunterkünfte geltenden baurechtlichen Erleichterungen auch befristet für Schulbauten zulassen, etwa um kurzfristig mobile Unterkünfte für den Schulunterricht einsetzen zu können.

„Schulräume und qualifiziertes Lehrpersonal sind Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Schulbesuch. Die Länder müssen dafür genügend Lehrkräfte neu einstellen und unbürokratisch alle Möglichkeiten nutzen, geeignetes Personal zu qualifizieren und in den aktiven Schuldienst zu holen. Darüber hinaus brauchen wir an den Schulen aber auch Dolmetscher, Sozialpädagogen und Schulpsychologen, um die Kinder und Jugendlichen angemessen unterrichten und begleiten zu können. Wir erwarten, dass sich die Länder auch an diesen Kosten beteiligen“, betonte die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Dr. Eva Lohse (Ludwigshafen).

Die Städte fordern den Bund auf, die Mittel für Integrationskurse noch stärker aufzustocken, um dem hohen Bedarf Rechnung zu tragen. Wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Nürnberg, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, feststellte, „war es richtig, die Integrationskurse für Asylbewerber sowie Geduldete mit guter Bleibeperspektive zu öffnen. Das Erlernen der deutschen Sprache ist der Dreh- und Angelpunkt, um die Menschen,

die bei uns bleiben, sozial und beruflich zu integrieren. Um die enorme Nachfrage zu decken, sind jetzt erheblich mehr Kurskapazitäten nötig, damit die Integrationskurse zeitnah und qualitativ hochwertig angeboten werden können. Eine höhere Bundesförderung ist auch nötig, um qualifizierte Lehrkräfte halten oder gewinnen zu können.“ Nach Schätzungen werden 2016 bis zu 400.000 Plätze in Integrationskursen gebraucht, etwa doppelt so viele wie in diesem Jahr – zahlreiche Kurse führen dabei kommunale Volkshochschulen durch.

### Wohnraum

Die Schaffung von Wohnraum vor allem in Ballungszentren ist drängend. Die Städte begrüßen die Aufstockung der Entflechtungsmittel des Bundes um jährlich 500 Millionen Euro für die Jahre 2016 bis 2019 als einen wichtigen Beitrag, um den wachsenden Bedarf zu decken. Der Deutsche Städtetag erwartet von den Ländern, diese Mittel nun auch bevorzugt für den Neubau von öffentlich geförderten, preiswertem Mietwohnraum zu verwenden. Gleichwohl erscheint die jährliche Summe aufgrund der absehbaren Zuzugszahlen und der angespannten Marktsituation als deutlich zu gering. Umfang und Tempo beim Wohnungsbau müssen deutlicher steigen.

### Überbrückungslösungen

Außerdem gelte es, Lösungen zur Überbrückung zu finden, bis dauerhafte Wohnungen zur Verfügung stehen, z. B. über Wohngebäude in Leichtbauweise. „Wir brauchen mehr Tempo beim Bau neuer, bezahlbarer Wohnungen vor allem in den Ballungszentren. Wichtig sind ein finanziell höheres Engagement, zielgenaue Förderprogramme über einen längeren Zeitraum und schnelle Entscheidungen“, bemerkte Maly. Außerdem müssten vom Bund auch finanzielle Anreize in Form einer regional differenzierten Investitionszulage geschaffen werden, um zusätzliche Impulse für den Bau preiswerter Wohnungen zu setzen.

Wie die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gelingt, hängt stark davon ab, wie schnell sich das Qualifikationsniveau der Zuwanderer verbessern lässt. Das Bundesministerium hält für denkbar, dass 2016 zwischen 240.000 und 460.000 Menschen zunächst Hartz IV beziehen könnten.

Die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit zur zügigen Arbeitsmarktintegration müssten deshalb erheblich ausgedehnt werden, forderte der Städtetags-Vizepräsident. Die Jobcenter müssten in die Lage kommen, eine große Anzahl von Menschen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Neben einer besseren finanziellen Ausstattung, für die der Bund sorgen muss, seien hierfür ausreichend Personal und spezifische Arbeitsmarktinstrumente vonnöten. **DK**

Stephanskirchen:

## Modellprojekt für den schnelleren Bau von neuen Wohnungen

3,5 Monate Bauzeit für zwölf Häuser in Holzrahmenkonstruktion  
Einhaltung von Vorschriften und regionalem Baustil  
bei Berücksichtigung des kommunalen Finanzrahmens

Kommunen hatten in den vergangenen Monaten eine große Herausforderung zu meistern: die Finanzierung und Organisation von Erstunterkünften für Flüchtlinge. Nun sind nicht nur dringende Alternativen zu den bisher genutzten provisorischen Turnhallen oder Zelten gefragt, sondern die Gemeinden benötigen generell zusätzlichen Wohnraum. Doch wie kann eine Kommune möglichst schnell neuen, bezahlbaren Wohnraum schaffen? Die Gemeinde Stephanskirchen bei Rosenheim hat darauf eine Antwort gefunden: Sie baut bis zum Frühjahr zwölf Häuser in Holzrahmenkonstruktion, die innerhalb der Gemeindegrenzen verteilt werden.

„Wir werden in rund 3,5 Monaten alle zwölf Häuser für jeweils bis zu 16 Personen fertiggestellt haben, dann können die Bewohner einziehen“, erklärt Franz Wörndl von Holzbau Wörndl aus Eggstätt. Die kurze Bauzeit wird ermöglicht durch ein schnelles Genehmigungsver-

### Bedarf an Wohnraum steigt stetig

Um den Bedarf an Wohnraum in Deutschland zu decken, müsste laut Ulrich Maly, Nürnbergs Oberbürgermeister und Vizepräsident des Bayerischen Städtetags, die Zahl der Baugenehmigungen in

Bauverfahren und mit intelligenten Baukonzepten, die im Kostenrahmen der Kommunen liegen, vorbeugen.“

### Traditioneller Baustil und Qualitätsstandards berücksichtigt

Doch nicht nur schnell und kostengünstig soll gebaut werden, sondern auch in die jeweilige Region passend und unter Einhaltung von Qualitätsstandards. Wie das funktionieren kann, zeigt das Beispiel in Stephanskirchen. „Wir halten den regionalen Baustil aus Holz mit einem Satteldach aus Tondachziegeln konsequent ein, da er sich nahtlos in das Orts- und Landschaftsbild einfügt. Gleichzeitig setzen wir auf regionale, nachwachsende Rohstoffe“, betont Katzer.

„Auch alle Vorschriften und Gesetze hinsichtlich Wärme- und Brandschutz sowie Statik werden eingehalten“, ergänzt Wörndl. Die Holzhäuser sorgen für ein angenehmes Wohnraumklima, diffusionsoffene Wandaufbauten mit Holzfasern verhindern die Bildung von Feuchtigkeit. Das Dach aus hochwertigen Tondachziegeln der ERLUS AG entspricht zudem allen Anforderungen an Windsogsicherheit, Schneeschutz und Hagelwiderstand. Um den Kostenrahmen einhalten zu können, wird die Zimmerei Wörndl Mineralwolle für die Dämmung einsetzen, die jedoch auch den gesetzlichen Vorgaben entspricht.

### Modellcharakter

Da viele Gemeinden vor vergleichbaren Aufgaben stehen, hat das Konzept für den schnelleren Bau von neuen Wohnungen in Stephanskirchen Modellcharakter. „Die Holzrahmenkonstruktion ermöglicht es uns, in kürzester Zeit die Wohnraumnachfrage in der Gemeinde zu bedienen – ohne dabei baurechtliche Vorschriften zu missachten, auf Wohnqualität für die Bewohner zu verzichten, Bausünden zu begehen oder den finanziellen Rahmen der Kommune zu sprengen“, bilanziert Katzer. Damit realisiert das Modellprojekt unmittelbar die Beschlüsse der Bauministerkonferenz vom 31. Oktober dieses Jahres, wonach der Bau von Wohnungen in Deutschland generell wieder schneller, unbürokratischer und kostengünstiger erfolgen soll.

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Kaminbaustoffen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistungen (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunfts-orientierten Schonsteinsystemen bietet ERLUS mit ViaVento zudem ein universelles Lüftungsnetzwerk für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist.

Weitere Informationen unter: [www.erlus.com](http://www.erlus.com)



Von links: Johann Schneeberger von der ERLUS AG aus Neufahrn in Niederbayern, Franz Wörndl von Holzbau Wörndl in Eggstätt, Josef Katzer, geschäftsführender Gesellschafter der HSAI Projektentwicklung GmbH und Stefan Lechner, Geschäftsführer der Stefan Lechner GmbH Zimmerei-Holzbau aus Stephanskirchen. □

fahren und den hohen, passgenauen Vorfertigungsgrad der Holzrahmenkonstruktion. Ausparungen für Elektro- und Sanitärinstallationen erfolgen bereits in der Fertigung. Zudem entfallen die sonst üblichen, langen Trocknungszeiten während der Bauphase. „Niederschlag kann in zwei bis drei Montagetagen dem Haus keinen Schaden mehr zufügen, was gerade beim Bau in den Wintermonaten entscheidend ist“, ergänzt Stefan Lechner, Geschäftsführer der Stefan Lechner GmbH Zimmerei-Holzbau aus Stephanskirchen, die gemeinsam mit Holzbau Wörndl das Projekt realisiert.

Deutschland um 25 bis 30 Prozent steigen. Das Pestel-Institut bestätigt dies: In seiner im September 2015 veröffentlichten Studie ermittelte es einen jährlichen Bedarf von 400.000 neuen Einheiten bis 2020. Heuer werden hierzulande gerade einmal 260.000 Wohnungen fertig; 140.000 fehlen.

### Vorbeugende Maßnahmen

„Die Zeit drängt“, bringt es Josef Katzer auf den Punkt. Der geschäftsführende Gesellschafter der HSAI Projektentwicklung GmbH vertritt die Gemeinde bei dem Projekt und ist überzeugt: „Den drohenden Engpässen um Wohnraum kann man nur durch beschleunigte

## Bayerischer Denkmalpreis 2016

Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau lobt in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege den Bayerischen Denkmalpflegepreis 2016 aus. Mit diesem Preis, der seit 2008 alle zwei Jahre vergeben wird, werden Bauherren gewürdigt, die sich in vorbildlicher Weise für den Erhalt von denkmalgeschützten Bauwerken eingesetzt haben.

Ausgezeichnet werden der Bauherr, das entsprechende Bauwerk und der beteiligte Ingenieur. Die Leistung des Ingenieurs soll maßgeblich zum Erfolg der Instandsetzung beigetragen haben und wird bei der Preisverleihung gewürdigt.

Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben: Private Bauwerke (das Bauwerk befindet sich in Privat- oder Vereinsbesitz) und Öffentliche Bauwerke (das Bauwerk befindet sich in öffentlicher oder kirchlicher Hand). Die Kategorie Private Bauwerke ist zudem mit einem Preisgeld von insgesamt 10.000 Euro für die Bauherren dotiert.

Die Entscheidung über die Prämierung sowie die Staffelung der Preissumme trifft die Jury. Die Preisverleihung erfolgt am 15. September 2016 im Rahmen eines Festakts im Schloss Schleißheim.

Sämtliche zur Teilnahme notwendigen Unterlagen sind bis 6. Mai 2016 einzureichen bei: Bayerische Ingenieurekammer-Bau, Stichwort „Bayerischer Denkmalpflegepreis 2016“, Schloßschmidstraße 3, 80639 München. DK

# ERLUS

Qualität aus Deutschland

58 JAHRE  
E58  
5 MODELLE  
∞ SPIELRAUM

Die Ergoldsbacher E58-Familie – stetig angepasst an die Bedürfnisse des Handwerks.

Der Ergoldsbacher E58 – seit 58 Jahren auf dem Markt – ist bis heute der beliebte Allrounder. Und nicht nur das. Seine zeitlos schöne Form ist das Vorbild für die vier weiteren E58-Mitglieder E58 S, E58 SL, E58 MAX® und E58 PLUS®. Jeder der fünf Dachziegel ist auf die individuellen Bedürfnisse des Dachhandwerkers zugeschnitten. Ob Neubau, Sanierung oder Großfläche – es gibt einfach immer das passende E58-Modell. Zusammen mit der 17 Farben umfassenden Palette schafft die E58-Familie unendlichen Spielraum für ein schönes Dach.

[www.erlus.com](http://www.erlus.com)

## Brennpunkt Wohnungsnotstand:

## Explodiert Oberbayern?

Diskussionsveranstaltung des Bayerischen Gemeindetags (Bezirksverband Oberbayern) in Germering

Oberbayern und speziell der Raum um München gehören zu den am schnellsten wachsenden Regionen in Deutschland, wenn nicht sogar in Europa. Allein für die Landeshauptstadt wird bis 2030 mit einem Bevölkerungszuwachs von 230.000 Menschen gerechnet. In den Landkreisen um München wird die Bevölkerung ebenfalls um einen zweistelligen Prozentbetrag zunehmen. Auch im übrigen Oberbayern steigt der Druck zunehmend. Dieser Befund wird durch den wachsenden Zustrom von Asylsuchenden und Flüchtlingen nochmals extrem verschärft.

Vor diesem alarmierenden Hintergrund veranstaltete der Bayerische Gemeindetag (Bezirksverband Oberbayern) in Germering eine sehr gut besuchte Diskussionsveranstaltung zum Thema „Wohnungsnotstand: Zuzug, Asyl und Flüchtlinge - explodiert Oberbayern?“. Dabei zeigte sich, dass die bayerischen Gemeinden bereit sind, Lösungen für diese hochbrisante Zukunftsaufgabe zu entwickeln.

Fakt ist: Auf die anstehenden Herausforderungen müssen alle Kommunen in der Region und darüber hinaus reagieren. Dabei geht es zentral um die Frage der Bereitstellung vor allem preiswerten Wohnraums. Wie der Bezirksverbandsvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, 1. Bürgermeister Josef Steigenberger (Bernried) betonte, sei hier nicht kurzfristiger Aktionismus gefragt, sondern es müssten mittel- und langfristig angelegte Konzepte entwickelt werden. Ein erster Schritt in die richtige Richtung sei dabei das „Drei-Säulen-Modell“ der Staatsregierung, das auch ein kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm enthalten wird.

Ausgehend von der Tatsache, dass die Flüchtlinge überwiegend in den städtischen Großraum drängen und Prognosen zufolge in 15 Jahren lediglich 20 % von ihnen hochwertige Arbeitsplätze einnehmen werden, „müssen wir mindestens zur Hälfte Sozialwohnungen schaffen – und zwar auch für Einheimische“, führte Steigenberger aus. Dabei gelte es, Ghettoisierung – zu beobachten in den

Pariser Banlieus - zu vermeiden.

Rufe aus der Obersten Baubehörde nach mehr Nachverdichtung erteilte Steigenberger eine Absage. Kleine Gemeinden, letztlich „das Gesicht Oberbayerns“, würden dadurch zer-

benötigen die Rathauschefs mehr und schnellere Unterstützung für Flüchtlinge. Diskussionen über Konzepte und Baustandards lenkten vom eigentlichen Problem ab, erklärte Haas.

## Fragebogen

Die Zuweisung von Flüchtlingen in Turnhallen bezeichnete er als „bedenklich“, wenn es gleichzeitig leerstehende Bundesliegenschaften gebe. Auch monierte Germerings Bürgermeister das Fehlen von Flächen an den Stadträndern. „Und gibt es welche, so sind diese meist

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme  
www.renz-container.eu

stört. Zudem sei die Frage zu stellen, ob es sinnvoll sei, der Landwirtschaft immer mehr Fläche zu entziehen, um sie als Bauland auszuweisen.

Die Hälfte der Kommunen hat demnach Bauland nur in begrenztem Maße zur Verfügung, so der Bezirksvorsitzende. Zudem seien einer Ortsentwicklung durch Landschaftsschutzgebiete oftmals Grenzen gesetzt und die Landwirte sähen derzeit keine Notwendigkeit, Grund und Boden zu verkaufen.

## Standards wahren

Insgesamt sprach sich Steigenberger für Modelle für kostengünstiges Bauen aus, „wobei Standards auch gewahrt bleiben müssen“. Städtebauliche Grundsätze sollten nicht über Bord geworfen werden. „Häuser mit zehn, zwölf oder noch mehr Stockwerken passen nicht zu uns, wir müssen auch an unsere schöne Landschaft denken“, unterstrich Steigenberger.

Laut Andreas Haas, Oberbürgermeister der Stadt Germering,

im Besitz von Privatleuten, häufig Landwirte. Aber die wollen in der Regel nicht verkaufen.“

Die Auswertung eines Fragebogens des Bayerischen Gemeindetags an die Landkreiskommunen im unmittelbaren Münchner Speckgürtel hat ergeben, dass lediglich knapp die Hälfte freies Bauland für Wohnbebauung zur Verfügung stellen kann. Die größte verfügbare freie Fläche im Gemeindegebiet von Germering beträgt Haas zufolge ca. elf Hektar – eine Fläche, die Wohnraum für maximal 1.500 Menschen schaffen könne. Nicht berücksichtigt sei dabei das Vorhalten einer entsprechenden Infrastruktur; schließlich müssten Schulen und Kitas gebaut werden, wofür dann ebenfalls wieder freie Flächen fehlten.

Finanzstaatssekretär Albert Füracker nannte es völlig utopisch, auf Dauer mehr als eine Million Flüchtlinge pro Jahr aufzunehmen. Der Zuzug von Flüchtlingen sei auf ein integrationsfähiges Maß zu begrenzen, andernfalls würden die Integrationsbemühungen scheitern. Hier sei ein klares politisches Signal erforderlich.

Vor dem Hintergrund fehlender kommunaler Baugrundstücke sprach sich Füracker dafür aus, die Bedingungen für private Investoren zu verbessern. Diese dürften sich jedoch nicht auf Flüchtlingsunterkünfte beschränken, sondern müssten

für alle gelten. Trotz staatlicher Wohnbauförderprogramme „werden wir aber nicht in der Lage sein, in kurzer Zeit 100.000 Wohnungen zu bauen“, räumte der Staatssekretär ein.

Auch warnte er davor, zahlreiche bewährte und seit langem geltende Baustandards aufzuheben. So dürfe es keine Sonderabschreibung nur für den Bau von Flüchtlingsunterkünften geben. Bundesliegenschaften leer stehen zu lassen, sei der falsche Weg. Es gelte, die Kasernen zu ertüchtigen.

Münchens Stadtbaurätin Elisabeth Merk zufolge muss man sich „von unsinnigen technischen Standards befreien“. Lärmschutzstandards könnten hinterfragt und Leitungen über Putz verlegt werden. „Weg von der Maximierung, hin zur Optimierung“, laute die Maxime. Für die Landeshauptstadt schlug Merk vor, Gewerbeflächen (Siemens, Agfa), aber auch Parkplätze in Wohnflächen umzuwandeln. Zudem könnten Schulen vierstöckig gebaut werden.

Helmut Schütz, Chef der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium, wünschte sich den Mut und die Bereitschaft, manche Standards für drei, vier Jahre auszusetzen, da man hier doch „ein bisschen übers Ziel hinausgeschossen“ sei. Ohnehin seien staatliche Genehmigungen bei Bauprojekten das Eine, die Akzeptanz der Bürger aber etwas Anderes. Bei allem, was neu gebaut werde, so Schütz, müsse ein gesellschaftlicher Grundkonsens gewahrt bleiben.

## Fit für den Arbeitsmarkt

Dass sich auch die Wirtschaft in der Verantwortung sieht, erläuterte Peter Kammerer, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern. Er vertrat die Auffassung, dass viele Flüchtlinge in zwei bis drei Jahren für den Arbeitsmarkt fitgemacht werden könnten.

Wie Moderator Dr. Jürgen Busse, Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied des Bayerischen Gemeindetags a. D., abschließend resümierte, hätten fast alle Kommunen ähnliche Probleme: „Sie haben kein Bauland.“ Dieses aber benötigten sie dringend, um für die anerkannten Flüchtlinge Wohnraum zu schaffen. Ansonsten drohe den Kommunen ein Zuwachs an Obdachlosen. „Wer jetzt Flüchtlinge aufnimmt, darf später nicht auf der Menge an Obdachlosen sitzen bleiben“, lautete Busses Appell. **DK**

## Gebäude mit Ausrufezeichen

„Tag der offenen Tür“ im neuen Verwaltungsgebäude in Salzweg

Mit der Fertigstellung des erweiterten Dienstgebäudes des Landratsamtes Passau in Salzweg entsteht derzeit eines der größten Verwaltungsgebäude in Bayern, das sowohl Passivhaus-Standards erfüllt als auch – im Neubauteil – in durchgängiger Holzbauweise entsteht. Damit will der Landkreis „Zeichen setzen für den heimischen Werkstoff Holz und unserer Verantwortung für den Klimaschutz“, so Landrat Franz Meyer. Die Arbeiten sind im Kosten- wie im Zeitplan, Anfang November war an der Passauer Straße in Salzweg „Tag der offenen Tür“.

Der Countdown für den Umzug von rund 130 Mitarbeitern hatte bereits Anfang Oktober begonnen. Als erstes wurde die Registratur „umgesiedelt“. Ab November zogen die bislang im ehemaligen OBAG-Gebäude an der Regensburger Straße untergebrachten Dienststellen des Landratsamtes (Jugendamt und Sozialamt), das Schulamt (bislang an der Franz-Josef-Strauß-Brücke), das Tourismusreferat (bislang Domplatz) und die Zulassungsstelle in den Neu- und Erweiterungsbau in Salzweg um.

Im Frühjahr 2016 ist dann die offizielle Einweihung des 11,5-Millionen-Baus geplant. Die Zulassungsstelle hat bereits ihren Standort in Salzweg, allerdings

bis zum Umzug noch in einem Ausweichquartier an der Waldstraße.

## Komplexe Baustelle

„Wir liegen sehr gut im Zeitplan – und auch im Kostenplan. Das ist bei einer komplexen Baustelle dieser Größenordnung keine Selbstverständlichkeit“, so der stellvertretende Landrat Raimund Kneidinger. Der Innenausbau ist abgeschlossen, die Außenanlagen sind weitgehend fertiggestellt. Auch Unterstände für Zweiräder und ein Carport für Elektroautos mit Strom-Tankstelle stehen zur Verfügung. Besonders imposant ist die



Auf der Rückseite der „Alten Villa“ fallen Außenluft- und Fortluftanschluss hinter der Feuertreppe kaum auf.

## Eine Kita zum Aufatmen

Dezentrale Lüftungsgeräte von LTM in Grafing im Einsatz

Rund acht Liter Luft atmet ein erwachsener Mensch jede Minute ein und aus. Dabei enthält die ausgeatmete Luft gegenüber der eingeatmeten rund hundertmal mehr CO<sub>2</sub> – und CO<sub>2</sub> ist für die teilweise schlechte Luftqualität in unseren Räumen verantwortlich und bestimmt den Bedarf an Frischluftzufuhr. Kleine Kinder begnügen sich mit der halben Menge an Luft. Wenn also 20 und mehr Kinder in einem Raum sind, herrscht permanenter Frischluftalarm – Erzieherinnen wissen wovon die Rede ist –, zumal wenn es sich um energetisch hochwertige Gebäude handelt.

Die evangelische Kindertagesstätte in Grafing, östlich von München, hatte akuten Sanierungsbedarf, als im April 2011 die Arbeiten begannen. Die Einrichtung besteht aus drei Teilen, zwei davon mussten dringend modernisiert werden. Neue Fenster und aufwändige Dämmmaßnahmen waren vonnöten. Bei den Gebäuden wurde im Zuge der Sanierung die Heizanlagentechnik verbessert und die Häuser wurden an ein Blockheizkraftwerk angeschlossen. Insgesamt investierte die Kleinstadt fast eine Million Euro in die Sanierung und energetische Modernisierung der evangelischen Kindertagesstätte. Rund 800.000 Euro davon wurden über das Konjunkturpaket II finanziert.

## Schluss für „atmende Wände“

Mit der energieeffizienten Sanierung der beiden Gebäude war auch das Ende der „atmenden Wände“ besiegelt. Mit der Dämmung der Gebäude und dem Einbau moderner Fenster wurde eine weitgehend luftundurchlässige Hülle geschaffen. Die Folge ist aus vielen Sanierungen und Neubauten vom Einfamilienhaus bis zur Schule bekannt: Die CO<sub>2</sub>-Belastung der Luft steigt wesentlich schneller an. In Schulen und Kitas ergibt sich aufgrund der dichten Belegung ein ganz wesentlich erhöhter Lüftungsbedarf. Von vielen Messungen und vor allem aus Erfahrungen ist bekannt, dass gerade in den Einrichtungen für Kinder derart dicke Luft herrscht, dass ein konzentriertes Lernen und Fördern nicht möglich ist. Der Anstoß für die mechanische Lösung kam

Registratur im Keller der neuen Dienststelle. In dem über 50 Meter langen Raum ist Platz für rund sechs Kilometer Aktenordner. Bislang waren die Unterlagen in einem eigenen Gebäude auf dem ehemaligen OBAG-Gelände untergebracht.

## Zeitplan

Ob für Mitarbeiter, für EDV-Geräte oder Akten: Für alles gibt es einen zeitlich getakteten Umzugsplan, damit unmittelbar nach dem Tag der offenen Tür Schritt für Schritt die betroffenen Sachgebiete umziehen können. Bis Weihnachten ist dies abgeschlossen, insgesamt werden dann zusammen mit den bereits bestehenden Abteilungen (Kreismusikschule, Kreisarchäologie, Veterinäramt und Kulturamt rund 160 Menschen in der neuen Salzweger Dienststelle arbeiten. **□**

schließlich vom beauftragten Ingenieurbüro für Lüftungsplanung.

Der Fachingenieur Stefan Kinze hatte für die künftige Belüftung der beiden Gebäude konkrete Vorstellungen: Jeder der fünf Gruppenräume sollte mit einem eigenen Lüftungsgerät ausgestattet sein, das über eine hocheffiziente Wärmerückgewinnung verfügt und durch das DIBt bauaufsichtlich zugelassen ist. Zum Zuge kam schließlich LTM, seit vielen Jahren erfahren mit dezentralen Lüftungsgeräten und der einzige deutsche Hersteller überhaupt mit einer bauaufsichtlichen Zulassung in dieser Leistungsklasse mit Kanalsystem.

## Intelligente Steuerung

Gerade in Kindertagesstätten ist die Frage der Luftmengensteuerung bei mechanischer Belüftung entscheidend. Diese Regelmäßigkeit wird allerdings durch Ferien oder abendliche Veranstaltungen wie Elternabende unterbrochen. Und selbst an normalen Kindertagesstätten gibt es Zeiten mit unterschiedlichem Bedarf an Luftmengen: zu Randzeiten oder während der Schulferien sind nur wenige Kinder im Haus, an weihnachtlichen Bastelnachmittagen geht es dagegen besonders hoch her. Eine starre Regelung der Luftmengen ist dabei nicht praxistauglich.

## Sinnvolle Kombination

In der Kita in Grafing setzt man auf die LTM-Kombination aus zeitgesteuerter, bedarfsabhängiger und individueller Steuerung. Konkret bedeutet das, dass ein Zeitprogramm für eine Nachtabschaltung der Geräte sorgt. Das reduziert den Strom- und Heizenergieverbrauch und verhindert ein zu starkes Austrocknen der Räume. Ein ergänzender CO<sub>2</sub>-Sensor misst permanent die Kohlendioxidkonzentration in der Luft und gibt entsprechende Steuersignale an das Lüftungsgerät, das dann die geforderten Luftmengen optimal dem aktuellen Bedarf anpassen kann. Über ein leicht verständliches Bedienteil kann das Personal außerdem selbst in die Regelung eingreifen, wenn dies nötig sein sollte, etwa um vor dem Ansturm eines Elternabends noch einmal „durchzulüften“.

In der evangelischen Kindertagesstätte Grafing arbeiten die Geräte zur Zufriedenheit aller und versorgen Erzieherinnen und Kinder sommers wie winters geräuschlos mit wohltemperierter Frischluft. Auf die Idee, für die Frischluftzufuhr die Fenster öffnen zu müssen, kommt niemand mehr. **□**

Frische Luft für Spaß + Spiel

**LTM**  
KOMFORTLÜFTUNGSSYSTEME

**Dezentrale Lüftungssysteme mit Energieeffizienz für mehr Komfort**

**LTM GmbH** | Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm | Tel. 0731 - 40 98 67 - 0  
info@ltm-ulm.de | www.ltm-ulm.de

# Rekord im Neugeschäft, Einbruch beim Ertrag

Bayerns Landesbausparkasse widersteht der Nullzins-Krise

**Obwohl auch die Bausparkassen sehr unter der Nullzins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) leiden, konnte die Bayerische Landesbausparkasse (LBS) im Jahr 2015 mit einer Bausparsumme von rund 8,7 Milliarden Euro das beste Bauspar-Neugeschäft ihrer Unternehmensgeschichte verbuchen. 2014 waren es 8,12 Milliarden Euro gewesen und 8,4 Milliarden Euro im bisherigen Spitzenjahr 2012. Doch dieser Erfolg ist nur die halbe Wahrheit, denn das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge, das im Vorjahr 20,3 Millionen Euro betragen hatte, wird in diesem Jahr etwa auf die Hälfte schrumpfen.**

Noch deutlicher zeigen sich die Schwierigkeiten aber darin, dass der Jahresüberschuss gerade zu einer „gut schwarzen Null“ reichen wird. Und ähnlich wird es auch 2016 und vielleicht auch in den folgenden Jahren aussehen, denn bei der LBS Bayern geht man davon aus, dass die Europäische Zentralbank auch in den kommenden zwei bis drei Jahren keinen Kurswechsel in ihrer Zinspolitik vornehmen wird.

Die Eigentümer der LBS Bayern, die bayerischen Sparkassen, können also nicht auf Dividenden hoffen, müssen vielmehr froh sein, keine Kapitalhilfe leisten zu müssen. Das müssen dem Vernehmen nach zum Beispiel die beiden nordrhein-westfälischen Sparkassenverbände, weil die LBS West nach Presseberichten noch vor dem Jahresende eine Kapitalerhöhung um 300 Millionen Euro benötigt, um die strengen Anforderungen der Aufsichtsbehörden zu erfüllen. In Bayern läuft es also noch besser.

Franz Wirmhier, Vorstandsvorsitzender der LBS Bayern, kritisierte vor der Presse heftig „die künstlich niedrig gehaltenen Zinsen“. Sie seien schädlich für die Vermögensbildung, für die private und betriebliche Altersvorsorge, für „unser bewährtes System der Kreditvergabe“ und für das Stiftungswesen. Je länger die Nullzins-Politik der EZB dauere, desto gravierender würden die Folgen für die Volkswirtschaft sein. Schon jetzt sei damit zu rechnen, dass die Sparneigung in der Bevölkerung tendenziell abnehmen werde. In einer aktuellen Umfrage des Verbandes der Privaten Bausparkassen fänden sich bereits Anzeichen dafür, dass jeder fünfte Deutsche weniger sparen werde, wenn sich die extrem expansive Geldpolitik der EZB noch mehrere Jahre fortsetze.

Dass dennoch Bausparen sehr gefragt ist, liegt daran, dass Bausparverträge Immobilienerwerb und Immobilienbesitzern einen elementaren Nutzen stiften, nämlich den besten Schutz vor steigenden Zinsen. So ist es wohl realistisch, dass die LBS auch für 2016 wieder ein Neugeschäft von über 8 Milliarden Euro anstrebt.

Um in diesen schwierigen Zeiten geschäftlich über die Runden zu kommen, hat die LBS Bayern vier Strategie-Maßnahmen entwickelt und auch schon eingeleitet: mehr Bauspargeschäft, mehr Finanzierungen, mehr Balance im

Bausparkollektiv und mehr Konzentration auf das Wesentliche. Das Neugeschäft wird mit neuen Tarifen befördert, die von der Fachpresse wie der Zeitschrift „Finanztest“ zu den besten Tarifen auf dem Markt gezählt werden. Und bei der Verleihung der „Young Brand Awards“ – ohne Englisch geht es auch beim Bausparen offensichtlich nicht – wurde die LBS in der Kategorie „Beliebteste Bausparkasse“ zum fünften Mal in Folge auf Platz 1 gewählt.

Um ihre Neugeschäftsziele zu erreichen, wird die LBS Bayern verstärkt auf ihren Außendienst als „mobilen Vertriebskanal“ setzen, „der die Kunden, wenn gewünscht, auch zu Hause beraten wird. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen und der Versicherungskammer Bayern soll im Rahmen des Sparkassen-Finanzverbundes noch enger gestaltet werden. Außerdem soll der eigene Online-Auftritt in die Digitalisierungsstrategie der Sparkassen eingebunden werden.

Durch den Zinsverfall bedingt, wird die Auszahlung von Bausparanleihen weiter auf 290 (im Vorjahr: 427) Millionen Euro zurückgehen. Die Darlehenszinsen von Verträgen, die vor fünf, sechs oder sieben Jahren abgeschlossen wurden, liegen nämlich über den heute üblichen Marktzinsen. Sie müssen so hoch sein, weil auch die Spargelder noch relativ hoch verzinst werden, in manchen Fällen noch mit bis zu 3,5 Prozent. Für die Bausparkasse sind solche relativ hoch verzinsten Bausparverträge eine teure Belastung. Deshalb bieten sie Bausparern mit älteren Verträgen einen Tarif-Umstieg an. Diese Kunden, so das Argument der Bausparkassen, hätten so die Möglichkeit, in das aktuelle Tarifwerk mit Nominalzinsen ab 1,4 Prozent zu wechseln. Sie würden dann so gestellt, als hätten sie von Anfang an einen Vertrag zu den heutigen Konditionen mit zwar niedrigen Spar-, aber auch mit niedrigen Darlehenszinsen abgeschlossen.

Seit dem Jahr 2014 haben sich mehr als 35.000 Kunden der LBS Bayern für einen solchen Umstieg entschieden. Etwa 10 Prozent der Kunden nehmen das Umstiegsangebot an, vor allem jene, deren Vertrag bald zuteilungsfähig ist. Von sich aus kündigen kann die Bausparkasse nur so genannte Uraltverträge. Das sind etwa Verträge, die erheblich überspart, schon

älter als 23 Jahre oder schon mehr als zehn Jahre zuteilungsfähig sind. Klagen der gekündigten Kunden gegen solche Kündigungen haben die Bausparkassen bisher in aller Regel vor Gericht gewonnen. Allerdings steht ein höchstrichterliches Urteil noch aus. Die bisherigen Urteile stellen darauf ab, dass der Sinn eines Bausparvertrages, wie schon der Name sagt, nicht im Sparen an sich, sondern in der Nutzung zum Erwerb, zur Sanierung oder Modernisierung von Immobilien liegt. Bausparen sei eben Zwecksparen. Doch je mehr junge, niedrig verzinsten Verträge in den Bestand kämen, desto mehr würden auch wieder Bausparanleihen nachgefragt und ausbezahlt werden. Der Trend werde sich nach und nach wieder umkehren, ist sich Wirmhier sicher.

Eine weitere Option für Kunden mit alten Bausparverträgen (mit höheren Haben-, aber auch höheren Sollzinsen) ist die Sofortfinanzierung. Dabei wird das Guthaben des alten Bausparvertrages als Eigenkapital eingesetzt. Für die darüber hinausgehende Finanzierungssumme wird ein Bauspar-Kombikredit auf dem heutigen Zinsniveau abgeschlossen. 2015 erreichten die Sofortkredite etwa 700 Millionen Euro, also fast wieder die Spitzenwerte der Vorjahre. Zinssicherheit bis zur letzten Rate überzeuge viele Kunden.

## Neues Produkt

Auch mit einem neuen Produkt soll das Finanzierungsgeschäft weiter angekurbelt werden. Ab Mitte 2016 dürfen Bausparkassen auch Annuitätendarlehen ohne Bindung an einen Bausparvertrag anbieten, die dann aus dem Bauspar-Kollektiv refinanziert werden dürfen. Annuitätendarlehen haben aber im Gegensatz zu den länger laufenden Bausparverträgen keine Sonderkündigungsmöglichkeit und auch nicht unbedingt eine Zinsbindung für die gesamte Laufzeit. Außerdem können Bausparkassen künftig Hypothekendarlehen begeben, um sich zu refinanzieren. Bei der LBS Bayern sieht man dafür aber derzeit keinen Bedarf. Und schließlich sollen die Bausparkassen, so will es der Gesetzgeber, künftig ihr Geld auch in Aktien anlegen dürfen.

Naturngemäß spielt in Nullzinszeiten die Kostensenkung eine besonders wichtige Rolle. Durch die Einführung niedrig verzinslicher Bauspartarife und den systematischen Abbau hochverzinslicher Altverträge („Umstieg-Angebot“) konnte die durchschnittliche Einlagenverzinsung von 1,99 Prozent im Vorjahr auf 1,73 Prozent in 2015 gesenkt werden. Die Sachkosten sollen jährlich um 8 Millionen Euro gesenkt werden. 2015 wurde schon die Hälfte davon rea-

lisiert. Auch am Personalabbau kommt die LBS nicht vorbei. Bis Ende 2017 sollen von 630 Vollzeitstellen im Innendienst 90 abgebaut werden über Teilzeitarbeit, vorgezogenen Ruhestand und ähnlich Regelungen. Zwei Drittel des Abbaus wurden schon 2015 durchgezogen. Des Weiteren werden von den etwa 100 Geschäftstellen im Lande einige „abgebaut“. Wie viele, steht angeblich noch nicht fest. Treffen wird es vor allem so genannte Zwei-Mann-Filialen. Das allgemeine Motto heißt: Konzentrieren aufs Kerngeschäft.

Im volkswirtschaftlichen Teil seiner Ausführungen ging Wirmhier auf die Rahmenbedingungen des Wohnungsbaus und des Wohnimmobilienmarktes in Deutschland ein. Nachfrage nach Wohnraum und Neubaubedarf seien enorm hoch. Dafür sorgten neben dem heimischen Eigenbedarf auch die starke Zuwanderung, aber auch die fehlenden Alternativen für Kapitalanleger und die günstigen Finanzierungsmöglichkeiten in der Niedrigzins-Phase. Allein für die Flüchtlinge würden etwa 160.000 Wohnungen benötigt. Bundesweit müssten wegen des angestauten Nachholbedarfs bis 2020 jährlich zwischen 350.000 und 400.000 Wohnungen entstehen. 2014 sind aber nur 245.000 Wohnungen entstanden.

## Sozialen Wohnungsbau wiederbeleben

Um diese Herausforderung zu bewältigen, so der LBS-Chef, brauche das Land eine nachhaltige Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus und attraktive Angebote für Selbstnutzer und Kapitalanleger. Das gelte speziell für Bayern. Doch die Baugenehmigungen im Freistaat hinkten der Entwicklung weit hinterher. 37.000 Baufreigaben in den ersten neun Monaten 2015 bedeuteten sogar ein Minus von etwa 3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann, der auch für den Wohnungsbau im Freistaat zuständig ist, halte schon seit Langem mindestens 70.000 Einheiten pro Jahr für nötig – „wobei die aktuellen Migrationszahlen noch gar nicht berücksichtigt sind“.

Für Wirmhier und seine Vorstandskollegen ist klar: Der Staat ist gefordert, und zwar nicht nur der Bund, sondern auch die Länder. Das Zehn-Punkte-Programm der Bundesregierung weise in die richtige Richtung. Vereinfachungen im Bauplanungsrecht, verbilligte Abgabe von Grundstücken, Kosten sparende Produktionsverfahren, mehr Fördermittel und steuerliche Anreize sollen zügig auf den Weg gebracht werden.

Wichtig sei auch, die Rolle des selbst genutzten Wohneigentums besser als bisher zu beachten, u.a. durch steuerliche Förderung und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten. Der Selbstnutzer mache in der Regel eine Mietwohnung frei. Dies sei ein wichtiger Sickerreffekt. Großen Bedarf sieht Wirmhier an altersgerechten und energetischen Sanierungen. Deshalb habe Bayern mit seinem

10.000-Häuser-Programm einen guten Schritt auf dem Weg zur Energiewende getan. Dieses Programm stellt Zuschüsse zwischen 1.000 und 18.000 Euro zur Verfügung, wenn die Heizung ausgetauscht oder erneuerbare Energien eingesetzt werden.

Unzufrieden zeigt sich die LBS aber mit der staatlichen Förderung. Die Wohnungsbauprämie und die vermögenswirksamen Leistungen mit der Arbeitnehmersparzulage seien zwar hilfreiche Sparanreize, insbesondere für junge Menschen, die für einen späteren Wohnungseigentumswunsch vorsorgen wollten, doch könnten diese Angebote oftmals ihr Ziel nicht mehr erreichen, weil die Einkommensgrenzen, bis zu denen sie gewährt werden, seit rund 20 Jahren nicht mehr an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst wurden. Eine Anhebung dieser Einkommensgrenzen sei dringend geboten.

Gute Wirkung zeige auch, wenn beim Wohnriester die Förderbedingungen die Inflation berücksichtigen würden. Die steuerliche Förderung sei seit ihrer Einführung 2008 bei 2100 Euro eingefloren. Wirmhier hält die genannten Maßnahmen für Verbesserungen im gesellschaftlichen Interesse, denn heutzutage habe die Altersvorsorge über eine eigene Immobilie einen noch höheren Stellenwert. Wohneigentümer bauten bei gleichem Einkommen sechsmal so viel Vermögen auf wie Mieter, zeige eine Analyse des Forschungsinstituts Empirica.

Unmittelbare Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Bausparkassen werde die Novellierung des Bausparkassengesetzes haben. Das Gesetzgebungsverfahren soll bis zum 18. Dezember abgeschlossen sein. Neben der Refinanzierung von Annuitätendarlehen aus dem Bausparkollektiv, was zuvor schon erwähnt wurde, gibt die Novelle den Bausparkassen die Möglichkeit, auf den „Fonds zur baupartechnischen Absicherung“ zurückzugreifen, um den Auswirkungen des Niedrigzinsumfeldes entgegenzuwirken. Seit den 90er Jahren durfte dieses bilanzielle Sicherungskon-

strukt nur eingesetzt werden, wenn ein lang anhaltender Zinsanstieg die Liquidität des Bausparkollektivs unter Druck setzt. Die Beleihungsgrenze bei Finanzierungen von selbst genutztem Wohneigentum wird von 80 auf 100 Prozent erhöht. Finanzierungen oberhalb von 80 Prozent sind bereits üblich, „weil die Ausfallquoten bei Bausparkassen auf Grund ihrer sicherheitsorientierten Produkte traditionell extrem gering sind“. Insgesamt, so der LBS-Chef, bringe das Bausparkassenänderungsgesetz sinnvolle Erweiterungen des kollektiven Bausparens.

Leider seien aber nicht alle gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Initiativen, die sich an die Bausparkassen richteten, so konstruktiv. Im Gegenteil, oft werde mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise sei geradezu ein Regulierungstsunami über die Finanzwirtschaft hinweg gerollt. Die Finanzmärkte bräuchten Proportionalität und Augenmaß im Vorgehen der Regulierungsbehörden. Diese müssten bei ihren Auflagen nach Risikogehalt, Größe und Geschäftsmodell von Kreditinstituten differenzieren. „Die behördliche Regulierungswut, die nicht zwischen systemrelevanten Großbanken und regionalen Kreditinstituten unterscheidet, kostet uns jedes Jahr Millionen. Diese gewaltige zusätzliche Belastung verschärft weiter den außerordentlichen Ertragsdruck durch die Nullzinspolitik der EZB“, kritisierte Wirmhier.

Trotz aller Schwierigkeiten sieht sich die LBS Bayern für die Zukunft dennoch gut gerüstet. „Auch bei einem ultraniedrigen Kapitalmarkt-Zinsniveau werden wir uns mit unserem Maßnahmenplan behaupten.“ Dieser Plan zeige bereits erste Erfolge, nicht zuletzt dank der weiteren Absenkung der Einlagenverzinsung. Konkret zeigen sich die guten Erwartungen darin, dass die LBS Bayern davon ausgeht, dass ihr Auszahlungsvolumen an LBS-Darlehen wieder auf 1,2 Milliarden gesteigert werden kann, denn allmählich begännen die Umstellungsmaßnahmen voll zu greifen. **dhg.**

## Zinslose Sonderförderung der BayernLabo für Flüchtlingsunterkünfte

**Der Umgang mit dem Flüchtlingsstrom stellt aktuell eine der größten Herausforderungen für die bayerischen Kommunen dar. Aus diesem Grund beteiligt sich die BayernLabo, die Kommunal- und Förderbank des Freistaats Bayern, an der „Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte“ der KfW und erweitert das Förderprogramm „Investkredit Kommunal Bayern“.**

Mit der „Sonderfazilität Flüchtlingsunterkünfte“ können die Kosten für Neubau, Umbau oder Erwerb, sowie Modernisierung und Ausstattung von Flüchtlingsunterkünften grundsätzlich zu 50 Prozent, bei Kosten von bis zu 2 Mio. Euro sogar in voller Höhe finanziert werden. Es sind Kreditlaufzeiten von 10, 20 und 30 Jahren möglich, der Zinssatz wird programmiert gemäß für 10 Jahre festgeschrieben und beträgt aktuell 0,00% p.a.

Das über die BayernLabo zur Verfügung stehende Kontingent liegt derzeit bei 47 Mio. Euro. Die

Beantragung und Abwicklung erfolgt wie gewohnt einfach und direkt über die BayernLabo in München bis spätestens 30. März 2016. Anträge werden in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Der Abruf der Mittel muss innerhalb von neun Monaten, spätestens jedoch bis zum 31. Dezember 2016 erfolgen.

Zur Deckung des weiteren Finanzierungsbedarfs bietet die BayernLabo zinsgünstige Kapitalmarktkredite an, die mit der Sonderförderung kombiniert werden können. □

**WASSERKRAFT ZUM LEBEN**

**RMD**  
RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV  
MODERN  
DYNAMISCH

Maim-Kraftwerk Limbach / www.rmd.de

Deutscher Bauherrenpreis 2015:

## Hohe Qualität zu tragbaren Kosten

In der Kategorie Modernisierung wurden in Berlin die Preise des Wettbewerbs zum Deutschen Bauherrenpreis 2015 verliehen. Unter dem Vorsitz von Jochen König, Architekt BDA, zeichnete die Jury zehn Projekte des wichtigsten nationalen Wohnungsbauwettbewerbs mit einem Preis aus, zehn weitere Projekte erhielten eine besondere Anerkennung. Darüber hinaus wurde der Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ vergeben. Zu den Siegern zählen auch Projektrealisierungen auf bayerischem Boden.

Ausgezeichnet wurde die Genossenschaft KunstWohnWerke gemeinsam mit Holzfurtner und Bahner Architekten, die in München – Streitfeldstraße bezahlbare Wohn- und Arbeitsräume in den

Gebäuden einer ehemaligen Kleiderfabrik geschaffen hat. Der ehemalige Verwaltungsbau in Stahlbetonbauweise aus dem Jahr 1971 und gegenüberliegende Produktionshallen wurden so umgebaut und energetisch saniert, dass loftähnliche Einheiten entstanden sind, in denen sich Wohnen und Arbeiten gut miteinander verbinden lassen.

Durch vielfältige Eigenleistungen der Genossenschaftsmitglieder entstanden neun Einheiten, die Wohnen und Arbeiten miteinander verbinden. Die Umnutzung der für das Wohnen scheinbar ungünstigen Baustruktur erfolgte sehr ambitioniert. Die realisierte Absicht, vorhandene Charakteristika der Konstruktion und der Architektur zu erhalten und sie positiv für neue Nutzungen zu verwenden, ist nach Ansicht der Jury nicht nur aus wirtschaftlichen und ökologischen, sondern auch aus gestalterischen Aspekten zu würdigen. Die durch die hervortretenden Betonstützen einprägsame Fassadenstruktur blieb so erhalten.

Trotz begrenzter finanzieller Mittel erfolgte eine komplette Gebäudesanierung von der Haustechnik bis zur Fassade. Durch den Einbau neuer Holzfenster wurde EnEV Standard erreicht. Vorgefertigte hochwärmegedämmte Brüstungselemente mit einer Lärchenstülpchalung ersetzten die Waschbetonplatten.

Die Finanzierung erfolgte durch Genossenschaftsanteile der Mitglieder, Darlehen und KfW-Kredite. Die Ateliers sorgen im Stadtviertel für ein neues und vielfältiges kulturelles Angebot. Ausstellungs- und Veranstaltungsräume sowie Gäste- und Förderateliers öffnen sich als Orte der Kreativität nach außen. Der Innenhof und das aufgeständerte Erdgeschoss dienen als Begegnungs- und Aktionsraum.

Der Sonderpreis „Denkmalschutz im Wohnungsbau“ wurde für die beispielhafte Sanierung zweier Wohnhäuser am Marktplatz von Kraiburg/Inn nach dem Leitbild „Historisches Stadthaus weitergedacht“ vergeben. ARIS Architekten ist es gemeinsam mit der Bauherrin Angelika Anglhuber gelungen, grundlegend neue Wohnqualitäten mit hoher Energieeffizienz zu schaffen und gleichzeitig den anspruchsvollen Vorgaben des Denkmalschutzes Rechnung zu tragen.

An prominenter Stelle, am Marktplatz, in unmittelbarer Nachbarschaft zum Rathaus der kleinen Stadt, wurden zwei jeweils dreischichtige Häuser durch eine ge-

schickte und sensible Zusammenlegung sowie ergänzenden Neubau erhalten und zugleich für neue Nutzungen umgebaut. Das mit der Traufe zum Platz stehende Gebäude wurde denkmalpflegerisch aufwendig saniert, um den Originalzustand von 1845 weitgehend wiederherzustellen. Für das benachbarte, jahrelang leerstehende und einsturzgefährdete Gebäude war eine Neuinterpretation des „Altstadthauses“ notwendig.

Ganz bewusst wurden moderne Gestaltungselemente im Kontrast zum historischen Bestand verwendet, als klar ablesbare Zäsur zwischen Alt und Neu. Die Mischnutzung von Gewerbe im Erdgeschoss sowie Wohnen und Gästezimmer im 1. und 2. Obergeschoss trägt zur Belebung des Ortszentrums bei. Der Ausbau des Dachgeschosses schaffte zusätzlichen Raum. Die aufgrund der großen Bautiefe schwierigen Belichtungsverhältnisse wurden durch gelungene Grundrisse und eingefügte kleine Lichthöfe geschickt kompensiert.

Die behutsame Zusammenlegung der beiden Häuser hat eine überzeugende Lösung der Erschließung und der Fluchtwegsituation ermöglicht. Die neu gestaltete Hofseite mit ihren Terrassen, großzügigen Räumen und Fenstern entwickelt das Denkmal mit zeitgemäßen Wohnqualitäten weiter.

Das energetische Konzept basiert auf moderner Haustechnik mit einem Blockheizkraftwerk und einer Photovoltaikanlage. Der hausinterne Stromertrag wird selbst genutzt. Zusätzlich wurde eine umfassende Dämmung, fein abgestimmt auf die jeweiligen Anforderungen aus dem Gebäudebestand, aufgebracht.

Die Jury würdigt die beispielgebende Verbindung von denkmalgerechter Sanierung mit modernem Design, neuer Nutzungsqualität und innovativer technischer Lösung. Die dafür notwendige und zeitaufwendige Zusammenarbeit beteiligter Ämter, Eigentümer und Fachleute wird hervorgehoben.

Mit seinem Leitbild „Hohe Qualität zu tragbaren Kosten“ steht der Deutsche Bauherrenpreis, den die Arbeitsgruppe Kooperation des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, des Bundes Deutscher Architekten (BDA) und des Deutschen Städtetages auslobt, wie kein anderer Wettbewerb dafür, dass nachhaltiges Bauen baukulturell vorbildlich, aber auch kostengünstig sein muss, und zwar betrachtet über den gesamten Lebenszyklus eines Gebäudes. Eine besondere Herausforderung stellt diese Betrachtungsweise für denkmalgeschützte Wohnbauten dar, weshalb sich die Deutsche Stiftung Denkmalschutz ebenfalls am Wettbewerb beteiligte. **DK**

Neues Wohnen für Einheimische und Flüchtlinge:

## Holzblockhäuser zum Selbstbauen

„Ein Haus, das sich auf kluge Weise bescheidet, kann mehr als 100 Jahre halten“, sagt Architekt Christoph von Oefele, der gemeinsam mit Clemens Nuyken das Münchner Architekturbüro N-V-O leitet. Die beiden Planer verfolgen das Ziel, maßgeschneiderte, anspruchsvolle und langlebige Architekturlösungen für ihre Auftraggeber zu entwickeln. Dabei ist es ihnen wichtig, dass immer der Mensch im Vordergrund steht.

„Für kostenbewusste Einheimische und Flüchtlinge“ entwerfen Nuyken von Oefele Architekten unter anderem Wohnhäuser zum Selbstbauen. Bei diesen Häusern in Holzblockbauweise werden die technischen Systeme auf ein Minimum reduziert und die Vorteile einer ausgeklügelten Bauphysik genutzt. Von Oefele zufolge „bauen wir heute viel zu aufwändig – das ist teuer“. Ein High-Tech-Bau sei nicht nur in der Anschaffung kostspielig, sondern auch wartungsintensiv. Da spätestens nach ein paar Jahrzehnten viele der technischen Komponenten veraltet, wenn nicht defekt seien, setze das Team wo immer es geht, auf Langlebigkeit. So auch in Reichersbeuern im Tölzer Land, wo N-V-O ein Mehrgenerationenhaus mit einem großen Atelier gebaut hat. Kostenpunkt: 330.000 Euro.

### Einfache Haustechnik

Den massiven Kern des Wohngebäudes bilden zwei übereinander angeordnete gemauerte Grundöfen. Sie werden aufgrund ihrer Speichermasse nur einmal am Tag angeheizt und strahlen über 24 Stunden ihre Wärme ab. Die Gebäudehülle aus massivem Holz (mehrschichtige Blockbauweise) fängt die Wärmestrahlung auf und speichert sie. Sie ist durch die Verarbeitung ohne Nagel, Leim und Oberflächenbehandlung voll recycelbar und bleibt diffusionsoffen. Die thermische Energie wird in den Bauteilen gespeichert. Die „Haustechnik“ wurde so einfach wie möglich gehalten. Die einzige „Technik“ sind 4,5kWp Photovoltaik am Dach. Sie decken die Warmwasseraufbereitung und den Strombedarf für die Hausgeräte ab.

So wenig aufwändig sich das Energiekonzept darstellt, so abwechslungsreich ist die Dramaturgie der Räume. Der Wohnraum erstreckt sich bis hinaus unter das Dach. Geschlossene Räume sind Fehlanzeige, dafür gliedern Regale wie auch die verschiedenen Ebenen den Raum.

Das Grundstück bietet ganz unterschiedliche Charaktere: nahe Bezüge wie die alten Eichen und den Kirchturm und ferne Blicke zu

den Alpen oder über Reichersbeuern. Jeder Bereich im Haus fängt einen dieser Bezüge ein und sorgt für ein abwechslungsreiches Raumgefüge.

Bei N-V-O-Wohnhäusern in Holzblockbauweise werden alle Balken fertig vorgefräst und nummeriert auf die Baustelle geliefert und vor Ort ohne Gerüst und Kran



Christoph von Oefele. □

zusammengesteckt. Fassadenbekleidung oder innere Auskleidungen entfallen, die natürlichen, soliden Holzoberflächen bleiben sichtbar und werden durch Wetter und Benutzung sogar schöner.

Die Gebäude sind vollkommen schadstofffrei, können bei Bedarf zerlegt und an anderer Stelle wieder aufgebaut werden oder am Ende ihrer (langen) Lebensdauer problemlos als sortenreines Brennholz verwertet werden.

### Geborgenes Zuhause

Der massive Holzbau schützt vor Kälte genauso wirkungsvoll wie vor sommerlicher Überhitzung. Er wirkt feuchteregulierend, ist schadstofffrei und riecht angenehm. Das Holz vermittelt freundliche und natürliche Wohnlichkeit, kurz: ein geborgenes Zuhause.

Die massiven Holzwände und die starken Balkendecken verhalten im Brandfall nur äußerlich, behalten aber ihre Tragfähigkeit. Damit bleibt viel Zeit für die Rettung. Der Brandüberschlag von Haus zu Haus wird durch eigenständige, durch eine Mineralwollschicht getrennte Wände unterbunden. Alle Räume des oberen Stockwerks können mit einer einfachen Handleiter evakuiert werden.

Durch eine ökologische, robuste und langlebige Bauweise sind die Holzblockhäuser äußerst wirtschaftlich. In Kombination mit wenig Technik sorgt dies für langfristigen Nutzen bei geringsten Betriebskosten.

### Zukunft gestalten

„Klug vorausgedacht hat, wer die Bebauung so konfiguriert, dass sie städtebaulich langfristig funktioniert und sich in das Ortsbild integriert“, meint von Oefele. Selbst bauen helfe die Vergangenheit zu bewältigen und die Zukunft mit zu gestalten. Dabei könne der Einzelne viel lernen, sich einbringen und Kontakte knüpfen. Gemeinsames Bauen löse eine positive Dynamik aus, schaffe Gemeinschaft und Identität und entlaste die Kassen. „Das Ergebnis kann sich sehen lassen und trägt allseitig zu Wertschätzung und Integration bei.“ Die Bauzeit ab der Lieferung des Bausatzes bis zur Fertigstellung des Daches beträgt übrigens gerade einmal ca. fünf Tage. **DK**

## Permanente Kontrolle der Dachlast

Schneelast-Warnsystem soll Unglücke vermeiden

Der Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall im Jahre 2006 ist in unseren Köpfen nicht mehr präsent. Die letzten, sehr ruhigen Winter, wiegen uns in trügerischer Sicherheit.

Eine Brandmeldeanlage ist Vorschrift beim Bau einer Halle. Selbstverständlich hofft jedermann, dass diese niemals Alarm schlägt. Also wird hier eine Investition in die Sicherheit getätigt, mit der Hoffnung, diese nie zu benötigen. Die Überwachung der Flachdächer dagegen wird extrem vernachlässigt. Natürlich ist man froh, keine massiven Schneefälle zu erleben. Aber was ist, wenn doch? Dann ist derjenige im Vorteil, der sein Dach mit einem Überwachungssystem versehen hat.

Nicht klar ist vielen die Tatsache, dass aufgrund Temperaturen um den Gefrierpunkt, die Schneelast in kg/m<sup>2</sup> auf den Dächern eher zunimmt. Jeder kennt dieses Phänomen vom Schneeschaukeln. Der Schnee, der bei diesen Temperaturen fällt, besitzt ein extremes Gewicht, da er viel Nässe gebunden hat. Wir erleben nicht mehr die „harten“ und kalten Winter. In unseren Breitengraden bewegen sich nun einmal die Temperaturen im Winter um den Gefrierpunkt.

Unsere Niederschläge sind unberechenbar geworden. Die Firma roofguards GmbH bietet mit ihrem SchneelastWächter die Möglichkeit, die Schneelast auf den Dächern berechenbar zu machen. Der SchneelastWächter der Firma roofguards GmbH wurde entwickelt, um die Einsturzgefahr von Dächern rechtzeitig und einfach zu erkennen und Gegenmaßnahmen einleiten zu können. Das Gewicht der Schnee-Dachlast wird permanent gemessen. Die Messwerte werden ständig aktualisiert und protokolliert. Bei drohender Gefahr wird der Alarm per Email und SMS (optional) ausgelöst.

Die dafür nötigen Grenzwerte können je nach Gebäude und Dachkonstruktion individuell eingegeben werden. Das System ist mittels eines GSM-Systems mit dem Internet-Datenportal verbunden. Die aktuelle Belastung pro m<sup>2</sup> kann hier bequem vom Schreibtisch aus abgelesen werden – ohne gefährliche Dachbegehungen. Gegenmaßnahmen können so rechtzeitig veranlasst werden. Die Einbindung verschiedener Standorte in das Internet-Portal ermöglicht es, alle Gebäude eines Unternehmens von einem zentralen Punkt aus zu überwachen. Die zusätzliche Einbindung in die vorhandene Gebäudeleittechnik ist ebenfalls möglich.

Den Schneelasten auf Dächern wurde bisher nicht genug Augenmerk geschenkt. Im Gegensatz zur Lawinensituation gibt es keine qualifizierten Informationen über die Belastung durch die weiße Pracht. Der SchneelastWächter bietet nun die Möglichkeit zur direkten Überwachung der aktuellen Schneelast und dient als nützliche Entscheidungshilfe für die Verantwortlichen.

Städte und Gemeinden könnten die ermittelten Daten und Aufzeichnungen öffentlich zugänglich machen und so mehr Transparenz für Ihre Bürger schaffen. Eine Möglichkeit dazu wäre z.B. die Einbindung der aktuell vorhandenen Schneelast auf der Internetseite der jeweiligen Städte oder Gemeinden. Das mag nicht nur den besorgten Anwohner beruhigen, sondern dem einen oder anderen Hausbesitzer auch einen Richtwert für seine eigenen Gebäude im Umkreis geben.

Infos: [www.roofguards.de](http://www.roofguards.de) □

TV BAYERN

# Ganz Bayern in 60 Minuten.

## LIVE

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

\* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter: [www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

Pressegespräch mit AKDB-Vorstand Alexander Schroth:

## Klarer Mehrwert für Kommunen

Seit mehr als vier Jahrzehnten ist die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern in der kommunalen Landschaft verwurzelt. Wie stark, zeigte sich einmal mehr auf der Kommunale 2015 in Nürnberg, wo AKDB, Tochterunternehmen, Kooperationspartner und externe Referenten erneut ihr gesamtes Themenspektrum rund um die kommunale IT präsentierten.

In einem Pressegespräch zog Vorstandsvorsitzender Alexander Schroth Bilanz und sprach von einem „sehr guten Messerlauf“, mit dem man „extrem zufrieden“ sei. Der Andrang am Messestand und in Fachvorträgen sei sehr groß gewesen, zudem hätten intensive Kunden-

gespräche auf Fach- und Entscheidungsebene zu weiterentwickelten Lösungen und neuen Produkten stattgefunden. Insgesamt sieht sich die AKDB im kommunalen Software-Markt gut aufgestellt, besitze sie doch das notwendige Spezialwissen über die Kommunalverwaltung.

Vorankündigung:

## AKOGIS Seminare im Frühjahr 2016

Der Arbeitskreis Kommunale Geoinformationssysteme (AKOGIS) ist ein Zusammenschluss von Vertretern von Kommunen, Planungs- und Ingenieurbüros, Systemhäuser für Softwareentwicklung, der Hochschulen und der bayerischen Vermessungsverwaltung. Seit nunmehr bald zwölf Jahren bietet der AKOGIS Seminare und Workshops zu aktuellen Themen der Geodatenutzung und Arbeitshilfen für GIS-Entwickler, GIS-Verantwortliche und GIS-Anwender zum kostenlosen Download an. Ziel des AKOGIS ist es, Kommunen praxisnah bei der Einführung und beim Betrieb ihres GIS zu unterstützen, wobei technische wie wirtschaftliche Aspekte gleichermaßen eine Rolle spielen.

Für GIS-Anwender und solche, die es werden wollen, gibt es auf der Homepage des AKOGIS ([www.akogis.de](http://www.akogis.de)) eine Vielzahl von Arbeitshilfen, welche allgemeine GIS-relevante Themen, wie der Verfügbarkeit und Verwendung von Geobasisdaten der Vermessungsverwaltung, diesbezüglichen Neuerungen – aktuell der Umstieg auf die Geobasisdaten des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystems ALKIS – oder spartenspezifischen Themen, wie der Ausschreibung von vermessungstechnischen Aufnahmen des Entwässerungsnetzes, praxisnah und umfassend behandeln. Weil in den Projektgruppen, welche die Arbeitshilfen erarbeiten, sowohl Vertreter von Ingenieurbüros, Kommunen und Hochschulen sitzen, kann der AKOGIS einen hohen Grad an Neutralität und Aktualität für seine Arbeiten beanspruchen.

Hoher Praxisbezug

Eine zweite Informationsquelle für GIS-Anwender, aber auch kommunale Entscheider, sind die Seminare und Workshops des AKOGIS. Ein besonderes Merkmal der AKOGIS-Veranstaltungen ist ihr hoher Praxisbezug, der durch die Auswahl der Referentinnen und Referenten, aber auch durch die Themenwahl erreicht wird. Hier berichten Vermessungsamtsleiter über neue Geodaten oder Lizenzierungsmodelle, Bürgermeister über neue Anwendungen ihres GIS, Amtsleiter über GIS-gestützte schlanke Arbeitsabläufe in ihrem Verantwortungsbereich und Ingenieurbüros über alternative Vermessungs- und Dokumentationsformen und deren Vor- und Nachteile.

Der AKOGIS wird 2016 Veranstaltungen für Entscheider, GIS-Verantwortliche und erstmals auch für „GIS-Anwender der zweiten Generation“ anzubieten. Der letztgenannten Zielgruppe will man in Seminaren und Workshops praxisbezogenen Hintergrundwissen zu Geoinformationssystemen, vermessungstechnischen Aufnahmeverfahren und den Amtlichen Informationssystemen ALKIS (Amtliches Liegenschaftsinformationssystem) und ATKIS (Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem) vermitteln. Know-how, das der effektiveren

und effizienteren Arbeit dient und letztlich zufriedener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aber auch Bürgerinnen und Bürger schafft.

Den Anfang macht das Seminar GIS als integrale Komponente eines erfolgreichen E-Governments für kommunale Entscheider, das am Mittwoch, den 17.02.2016 in Würzburg an der Hochschule für angewandte Wissenschaften stattfinden wird. Das Seminar richtet sich an Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aber ebenso an alle Geschäfts- oder Fachverantwortlichen in Kommunen und vermittelt anhand von Beispielen einen tieferen Einblick darin, was gegenwärtig an neuen, vor allem integrierten Praxislösungen die Verwaltungsarbeit in Kommunen erleichtern und beschleunigen kann. Im Fokus stehen dabei auch die neuen und die bereits etablierten Geobasisdaten der Bayerischen Vermessungsverwaltung, deren Verwendungsmöglichkeiten vielfach unterschätzt oder gar nicht erst ausgetestet werden.

Das zweite Seminar GIS – DAS Werkzeug für effektives Verwaltungshandeln, richtet sich an GIS-Anwender, für die ein GIS ein selbstverständlich genutztes Arbeitsmittel ist, die aber trotzdem – oder gerade deswegen – Tipps und Anregungen wünschen, um die verfügbaren Geodaten und das GIS noch wirkungsvoller nutzen bzw. vielfältiger einsetzen zu können.

Die Vorträge bieten einen tieferen Einblick in moderne GIS-Betriebsstrukturen, zeigen auf, welche Geodaten (amtliche und „open data“) verfügbar und wie verwendbar sind, bieten Anregungen anhand von Praxisanwendungen aus verschiedenen Bereichen des Verwaltungshandeln und liefern die Grundlage zu Diskussionen und Fragen zu den behandelten Themen. (Geplanter Termin: 16.03.2016 in Würzburg an der Hochschule für angewandte Wissenschaften).

Weitere, für das erste Halbjahr geplante Seminare werden sich mit den Themen Kommunale Geoportale und, hier ist die Zielgruppe der GIS-Einsteiger angesprochen, Grundlagenwissen für GIS-Einsteiger – ALKIS, ATKIS, Koordinatensysteme, Vermessungsverfahren und GIS-Standards befassen.

Infos unter: [www.akogis.de](http://www.akogis.de) ☐

Eine Kooperation mit Signalwirkung stellt die Vereinbarung des kommunalen Dienstleisters mit dem Sparkassenverband Bayern dar (wir berichteten). Das Ziel: In bayerischen Sparkassen-Filialen sollen die Bürger über ein Terminal künftig E-Government-Dienste nutzen können. Dahinter steht die Technologie des AKDB-Bürgerservice-Portals, der zentralen Plattformlösung für erfolgreiches eGovernment.

AKDB-Bürgerservice-Portal

Die Lösung umfasst laut Schroth sowohl den Betrieb des Bürgerservice-Portals im Rechenzentrum der AKDB als auch dessen individuelle Erstellung und Integration in den bestehenden Internetauftritt der Kommune. Darüber hinaus profitieren die bayerischen Kommunen von den Berechtigungszertifikaten der AKDB, die für jeden Online-Dienst in Verbindung mit dem neuen Personalausweis erforderlich sind. Das spart jede Menge Aufwand und Geld.

Die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen ist auch außerhalb der Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden möglich, zu jeder Zeit, 24 Stunden täglich. Das Bürgerservice-Portal umfasst über 70 Online-Dienste und wird dem AKDB-Vorstand zufolge bundesweit von inzwischen mehr als 400 Kommunen eingesetzt. Darunter befinden sich fast alle

bayerischen Landkreise im Rahmen des Projekts i-Kfz, das die medienbruchfreie Abmeldung von Fahrzeugen ermöglicht.

Hoch ist nach Schroths Angaben die Nachfrage bei Dokumenten-Management-Systemen (DMS). Hier bringe die AKDB die E-Akte in die Fachverfahren, über Schnittstellen auch in Lösungen von Drittanbietern. Mittlerweile haben knapp 600 Kommunen in ihren Personal-, Finanz-, Einwohnermelde-, Grundstücks- und vielen weiteren Verwaltungsbereichen etwa 1.100 elektronische Aktenlösungen der AKDB im Einsatz.

Neue Produktgeneration

Eine Neuheit auf der Kommunale 2015 war der „Verwaltungsarbeitsplatz der Zukunft“ auf Basis der neuen Produktgeneration SYNERGO®. In zahlreichen Gesprächen konnten sich Kommunalvertreter davon überzeugen, wie sich Verwaltungsprozesse, die über den PC oder das Mobilgerät des Bürgers angestoßen werden, sicher, komfortabel und medienbruchfrei in den neuen SYNERGO®-Fachverfahren erledigen lassen. Kunden bestätigten die Vorteile der einheitlichen und verfahrenübergreifenden Bedienoberflächen und der prozessgestützten Fallbearbeitung.

Weniger Interesse an Doppik-Umstellung

„Abgeflaut“ ist nach Schroths Worten dagegen das Interesse der Kommunen an einer Doppik-Umstellung. Da die Finanz-Software der AKDB aber sowohl den doppischen als auch den kamerale Buchungsstil in

hoher Qualität abdecke, könne die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung als neutraler IT-Dienstleister dies verschmerzen. Gewachsen sei allerdings das Interesse an Business-Intelligence-Lösungen, die einen kennzahlengesteuerten Haushalt ermöglichen.

Mit Blick auf die aktuellen Flüchtlingsströme verwies der AKDB-Vorstand darauf, dass die von der Bundespolizei oder den Ländern erfassten Daten der Flüchtlinge nicht automatisch von den Ausländerbehörden der Kommunen übernommen werden können. „Aufgrund der Vielzahl an Fällen muss das Ziel sein, eine mehrfache Datenerfassung zu vermeiden“, führte Schroth aus, weshalb die AKDB an der Entwicklung von Schnittstellen arbeite.

Software für die Flüchtlingsunterbringung

Inzwischen hat die AKDB exklusiv für bayerische Kommunen eine Software für die Flüchtlingsunterbringung auf den Markt gebracht. Die Anwendung leistet eine effektive Hilfe bei einem Planungs- und Logistikprozess, der kaum noch mit Listen und Tabellen bewältigt werden kann.

Einfache Handhabung

Konkret unterstützt die Lösung Tau-Office Unterkunftsmanagement der Firma rocom GmbH die in Landkreisen und kreisfreien Städten für die Unterbringung zuständigen Sachgebiete – Koordinierungsstelle Asyl, Ausländerbehörde, Sozialamt – bei der flexiblen Erfassung von Unterkünften, ermöglicht eine Belegungs- und Kapazitätsplanung und dokumentiert

alle Aktivitäten wie Impfungen, BAMF-Anhörung, Kindergartenplatz-Suche oder Einschulung der Kinder sowie Kosten und Statistiken. Außerdem können auch Mietverträge und Fotos von Mietobjekten zu Dokumentationszwecken hinterlegt werden. Die einfache Handhabung des Programms ermöglicht auch ungeübten Anwendern einen schnellen Einstieg und lässt sie leicht in der Software zurechtfinden.

Apropos Unterkunft: Als eine der zahlreichen Messeneinheiten der Kommunale präsentierte die AKDB das Modul OK.GIS Immobilienbörse. Der Web-Service OK.GIS unterstützt Kommunen dabei, kommunale Geofachdaten wie Karten zur Bauleitplanung, zum Regionalmarketing oder zum Tourismus sicher und flexibel online anzuzeigen.

Flächenmanagement

Mit dem Modul OK.GIS Immobilienbörse können kommunale Mitarbeiter leerstehende Objekte, Baulücken oder neu ausgewiesene Bauplätze in TERAWIN-EXP Flächenmanagement erfassen, per Klick im Internet veröffentlicht und als Innenentwicklungspotenziale zum Verkauf anbieten. Dies geschieht nur mit Zustimmung der Eigentümer: Kommunen, kommunale Verbände oder sonstige kommunale Gebietskörperschaften wie Landkreise leisten damit einen aktiven Beitrag zur erfolgreichen Vermittlung und stellen bei Interessentenfragen den Kontakt zu den Eigentümern her. Bürger und Investoren sind so schnell in der Lage, sich auf der kommunalen Website einen Überblick über verfügbare Bauplätze und Leerstände zu verschaffen. **DK**

## Teamplayer.

Der Bürgerbüro-Arbeitsplatz powered by SYNERGO®



Die Zukunft der Verwaltung findet jetzt statt.

Die neu entwickelten Fachverfahren auf Basis der SYNERGO®-Produktgeneration überzeugen nicht nur durch den Einsatz modernster Technologiestandards, sondern sind durch einheitliche Bedienkonzepte schnell erlernbar. Der Name ist Anspruch und Programm: Synergien über alle Fachbereiche hinweg. Überzeugen auch Sie sich, wie teamfähig und integrativ der Verwaltungs- und Bürgerbüro-Arbeitsplatz der Zukunft ist.

**AKDB**  
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Präsentation der vbw-Studie „Das digitale Rathaus“:

## Standortfaktor eGovernment

**Megatrends wie die Digitalisierung und die zunehmende Wissensintensivierung in vielen Bereichen des täglichen Lebens machen vor öffentlichen Verwaltungen nicht halt. Der digitale Zugang zum Rathaus ist heute schon alltäglich, das so zugängliche Leistungsspektrum allerdings in der Regel noch überschaubar.**

Für öffentliche Verwaltungen ist der Ausbau von eGovernment nicht nur technisch und finanziell ein Kraftakt. Sie müssen auch entscheiden, welche Projekte und Investitionen sich aus Sicht ihrer Kunden, der Bürger und Unternehmen besonders lohnen. Die vbw-Studie „Das digitale Rathaus“ geht dieser Frage aus unternehmerischer Sicht nach. Bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit Albert Füracker, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, und dem Landrat des Landkreises Cham, Franz Löffler, stellte die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die Untersuchung nun vor.

Für die Studie erarbeiteten Unternehmerpersönlichkeiten aus Erlangen und dem Landkreis Cham eine Fülle an Anregungen. Damit diese Impulse auch praxistauglich sind, hat der vbw sie eng mit den jeweiligen lokalen Verwaltungen abgestimmt.

vbw Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt bezeichnete die Umstellung von Vorgängen zwischen Unternehmen und Verwaltungen auf digitale Lösungen als unerlässlich. Fast zwei Drittel der bayerischen Unternehmen wünschten einen verstärkten Ausbau von eGovernment, weil sie

darin eine Chance sehen, ihre Amtsgeschäfte effizient zu erledigen. „Der Heimathafen unserer in aller Welt tätigen Unternehmen ist nach wie vor ihre Standortgemeinde. Ein leistungsfähiges eGovernment-Angebot der Kommunen wird damit immer mehr zum Standortfaktor. Wir möchten mit unserer Studie Impulse setzen, dass Städte und Gemeinden ihr Rathaus digital neu erfinden und es als modernen Dienstleister für den Standort weiterentwickeln“, so Brossardt.

Insbesondere drei Gründe sprechen nach seinen Worten für ein verstärktes Engagement in eGovernment:

**1. Bürokratieabbau:** Auf Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtete eGovernment-Angebote helfen, Bürokratieaufwand und mit Amtsgängen verbundene Kosten einzudämmen.

**2. Wettbewerbsvorteil:** Wenn Verwaltungen den Unternehmen gezielt praxistaugliche eGovernment-Lösungen zur Verfügung stellen, steigt damit die Standortattraktivität der Gemeinde.

**3. Digitale Dividende:** Eine effiziente Verwaltungsstruktur, die konsequent auf die Nutzung digitaler Lösungen setzt, senkt Kosten und erhöht dadurch finanzielle Handlungsspielräume.

Brossardt verwies darauf, dass die Entwicklung öffentlicher digitaler Dienstleistungen hohe Anforderungen mit sich bringt. Probleme bereiten die nach wie vor schwache Verbreitung digitaler Signaturen sowie die fehlende Versorgung mit einem leistungsfähigen Internetanschluss im ländlichen Raum. „Das ändert sich mit dem Breitband-Förderprogramm der Staatsregierung. Es wird von den Kommunen breit genutzt“, erklärte der Hauptgeschäftsführer.

### Entwicklungsziele

Aus der Umfrage ergeben sich laut Brossardt drei strategische Entwicklungsziele: „Erstens der durchgängig papierfreie Ausbau der digitalen Verwaltungsangebote, verbunden mit dem Wunsch nach stärkerer Dienstleistungsorientierung, zweitens eine höhere Nutzerfreundlichkeit bestehender Angebote und drittens digitale Angebote für das Standortmarketing.“ Diese Punkte böten die Chance, die Zusammenarbeit von Verwaltungen und Unternehmen spürbar zu verbessern, wovon beide Seiten profitieren.

Dank hoher Kooperationsbereitschaft aller involvierten Verwaltungsebenen ist es im Landkreis Cham gelungen, auf effiziente Art ein interkommunales Geoinformationssystem einzuführen und die Transformation der Verwaltung zu einem Dienstleistungsunternehmen bis auf die kommu-

nale Ebene zu forcieren. Wie Landrat Franz Löffler hervorhob, nutzten die Unternehmen aus der Region aus dem bereits bestehenden eGovernment-Repertoire insbesondere folgende Dienstleistungen sehr intensiv: das umfassende, im Web abrufbare Formularangebot, die stets aktuellen Daten des alle Landkreise umfassenden Interkommunalen Geografischen Informationssystems (IKGIS Cham) sowie das damit verbundene Digitale Planarchiv und die im Landkreis vorbildlich funktionierende Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Landratsamt.

Vor dem Hintergrund, dass allein im Landkreis Cham bis zu 300 Ausbildungsstellen nicht besetzt werden und die Demografie diesen Engpass in den nächsten Jahren noch verschärfen wird, „bleibt unseren Unternehmen gar nichts anderes übrig, als auf Arbeitskräfte aus dem europäischen Ausland zu setzen“. Gerade hier sei das regionale Zusammenspiel von Verwaltung und Unternehmen von besonderer Bedeutung, unterstrich Löffler.

Als besonderes und neues Produkt des Landkreises nannte er die viersprachige „Welcome Map“ des Landkreises Cham, die mit aktuellen Informationen der öffentlichen Hand gespeist wird und Unternehmen bei der Anwerbung qualifizierter Fachkräfte unterstützt. Auf einer digitalen Karte werden beispielsweise die Standorte aller behördlichen Einrichtungen, der Kindergärten und Schulen, der Freizeit- und Gesundheitseinrichtungen sowie die Verkehrsbindung optisch aufbereitet und mit zugehörigen Detailinformationen dargestellt. An gleicher Stelle finden sich schließlich „Checklisten“ in den relevanten Sprachen, die auch den direkten Zugang zu den erforderlichen Formularen enthalten.

„Die Digitalisierung ist ein Top-Thema in Bayern. Mit unserem einzigartigen milliarden schweren Breitbandförderprogramm bringen wir jede Gemeinde bis 2018 ans schnelle Internet“, stellte schließlich Finanz- und Heimatstaatssekretär Albert Füracker fest. „Wir wollen den digitalen Verwaltungskreislauf schließen, hierzu haben wir unsere Digitalisierungsstrategie Montgelas 3.0 entwickelt. Das BayernPortal ermöglicht Bürgern und Unternehmen ihre Behördengänge rund um die Uhr, sieben Tage die Woche online zu erledigen – ohne Anfahrtswege, lange Wartezeiten oder Briefwechsel auf Papier“, so Füracker weiter.

Neben dem BayernPortal vervollständigen das Bayerische eGovernment-Gesetz und der eGovernment-Pakt mit den Kommunalen Spitzenverbänden die Digitalisierungsstrategie Montgelas 3.0. DK

50 Millionen Euro ausgestattet ist. Es soll Unternehmen dabei unterstützen, ihre Geschäftsmodelle der Digitalisierung anzupassen oder gar völlig neue Konzepte zu entwickeln. Deutschland müsse weiter zu den „Champions der Wertschöpfung“ gehören und dürfe nicht zu „verlängerten Werkbank“ werden, forderte Merkel.

Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, zeigte sich zuversichtlich, die Breitbandziele der Bundesregierung bis 2018 zu erreichen. Mit der neuen Mobilfunkgeneration 5G müsse Europa Leitmarkt werden. Das von Bund und Ländern geschnürte „Milliardenpaket“ für den Breitbandausbau wirke jetzt „direkt in die weißen Flecken hinein“, informierte Dobrindt.

Ebenfalls auf dem IT-Gipfel stellte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) den Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2015 vor. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Schwachstellen und Verwundbarkeiten in IT-Systemen weiterhin auf einem hohen Niveau liege und sich die „asymmetrische

## Bayernportal ist online

Verwaltungsdienstleistungen rund um die Uhr abrufbar

„Das BayernPortal ist ab sofort online. Es ist der zentrale Zugang zu Online-Verwaltungsleistungen in Bayern – einfach und übersichtlich“, kündigte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder, der auch CIO des Freistaats Bayern ist, bei einer Pressekonferenz an. „Bayerns Verwaltung wird damit sieben Tage die Woche rund um die Uhr geöffnet werden und ist immer nur wenige Klicks entfernt“, so Söder weiter.

Unter [www.freistaat.bayern](http://www.freistaat.bayern) finden Bürger, Unternehmen und Kommunen Zugang zu mehr als 150 Online-Dienstleistungen, mehr als 2.000 Fachdatenbanken, 2.600 Formularen und Merkblätter sowie mehr als 20.000 Ansprechpartner bei Behörden. So kann beispielsweise mit wenigen Klicks das eigene Auto abgemeldet, Elterngeld beantragt oder eine Meldebestätigung online beantragt werden. Für Unternehmen stehen zahlreiche Services rund um Existenzgründung, Registereintragungen, öffentliche Ausschreibungen oder Recherchemöglichkeiten zur Verfügung. Das Angebot wird stetig ausgebaut.

Bayern ist der einzige Flächenstaat, der ein solches E-Government-Portal mit zentralen Diensten wie E-Payment zur Verfügung stellt. Das Besondere am BayernPortal ist die Zusammenführung von Dienstleistungen von Staat und Kommunen unter einem Dach. „Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir den digitalen Verwaltungskreislauf schließen“, gab Söder bekannt. Der CIO weiter: „Keine weiten Anfahrtswege, keine Wartezeiten, keine Briefwechsel auf Papier – das spart dem Bürger Zeit und Geld.“

Mit dem BayernPortal unterstützt der Freistaat seine Kommunen bei Aufbau von E-Government-Dienstleistungen. Wichtige Basisfunktionen wie digitale Authentifizierung, der digitale Postkorb oder digitales Bezahlen werden den Kommunen kostenfrei zur Verfügung gestellt. „Wir investieren hierfür jährlich rund zwei Millionen Euro“, stellte Söder fest. Rund 300 Kommunen sind bereits über das BayernPortal erreichbar, Tendenz steigend. Der Freistaat Bayern steht hierzu im intensiven Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden.

Das BayernPortal bietet auf der übersichtlichen Einstiegsseite drei

Servicekategorien für Bürger, Unternehmen und Verwaltung. So kann der jeweilige Nutzer das für ihn zugeschnittene Leistungsangebot schneller finden. Das BayernPortal „denkt mit“ – oft gewählte Leistungen erscheinen zukünftig als Top-Leistungen und sind so mit einem Klick wählbar. Durch die Eingabe von Postleitzahl oder Ortsnamen, können einfach die lokalen Leistungsangebote und Informationen gefunden werden. Gleichzeitig bietet das Portal eine optimierte Suchfunktion um schnell und zielsicher gesuchte Services oder Informationen zu finden. Auch der Aufruf des Portals über mobile Endgeräte wie Smartphones und Tablets wird unterstützt.

Grundlage für die vollumfängliche Nutzung des BayernPortals ist die BayernID. Sie ist ein digitales Bürgerkonto mit Postkorb und damit der persönliche Zugang zu staatlichen und kommunalen Verwaltungsleistungen, die über das BayernPortal erschlossen werden. Die Registrierung für eine BayernID erfolgt über Benutzername und Passwort oder mit dem neuen Personalausweis. Die Erstellung geht schnell und einfach über [www.freistaat.bayern](http://www.freistaat.bayern) und ist selbstverständlich kostenfrei.

Um sich mit dem neuen Personalausweis (nPA) anzumelden, ist ein Kartenlesegerät erforderlich. Dieses ermöglicht zusammen mit der Ausweis-App, die auf dem Rechner installiert werden muss, das Auslesen der eID-Funktion des neuen Personalausweises. Die persönlichen Daten der Nutzer hinter der BayernID sind sicher und nur für den Nutzer selbst zugänglich. Verschiedene unabhängige Sicherheitstests, zum Beispiel durch die Anti-Hacker-Einheit des Freistaats Bayern das BayernCERT, haben die Sicherheit des BayernPortals bestätigt. □

Nationaler IT-Gipfel 2015 in Berlin:

## Ausbau von Digitalisierung und Vernetzung

**Themen wie Industrie 4.0, Innovation, Verkehr und Digitale Bildung standen auf der Agenda des 9. Nationalen IT-Gipfels in Berlin. Rund 1.100 hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen nahmen daran teil. Von der Veranstaltung gingen vielerlei Signale aus. Zum Abschluss wurde eine „Berliner Erklärung“ verabschiedet.**

Wie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel bei seiner Begrüßung deutlich machte, habe die Digitalisierung einen rasanten Transformationsprozess in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft eingeleitet. Um diese Transformation zu gestalten, benötige man einen Austausch auf Augenhöhe zwischen den Akteuren der IKT-Branche, IT-Anwendern und gesellschaftlichen Gruppen.

Dabei spielt für den Wirtschaftsminister unter anderem die digitale Innovation eine zentrale Rolle. Gabriel: „Wir müssen klären, wie wir bei digitalen Technologien wie beispielsweise Cloud Computing und Big Data weltweit an die Spitze kommen. Zur digitalen Innovation gehört auch die Frage, wie wir Startups besser unterstützen und vernetzen können – sowohl untereinander als auch mit etablierten Unternehmen. Wir werden dazu beispielsweise künftig regelmäßig ‘Startup-Nights’ im Bundeswirtschaftsministerium durchführen, bei denen wir Startups und der etablierten Wirtschaft einen Rahmen für die Vernetzung bieten.“

Gabriel startete hierzu das Förderprogramm „Digitale Technologien für die Wirtschaft“, das mit 50 Millionen Euro ausgestattet ist. Das Programm unterstützt Unternehmen dabei, kreative Ideen und neue wissenschaftliche Erkenntnisse beispielsweise mit Blick auf industrielle 3D-Anwendungen, Service-Robotik und echtzeitfähige Kommunikation besser und schneller in die Anwendung zu überführen.

Bereits während des Auftaktprogramms zum IT-Gipfel präsentierten neun Plattformen und zwei Foren aktuelle Ergebnisse und

neue Projekte. Die Plattform Industrie 4.0 hat sich als zentraler Anlaufpunkt und Motor für die Digitalisierung der Industrie in Deutschland präsentiert. Weit über 100 konkrete Anwendungsbeispiele aus der Industrie 4.0-Praxis werden auf ihrer Online-Landkarte „Industrie 4.0“ gezeigt. Die Landkarte demonstriert, dass Industrie 4.0 in Deutschland angekommen ist und bietet Anwendern die Gelegenheit, Ansprechpartner für ein spezifisches Thema in der Nähe zu finden. Die auch international stark nachgefragte Plattform diskutierte im Fachforum über die nächsten Schritte auf dem Weg in die vernetzte Industrie von morgen.

### Positionspapier

Die Plattform Innovative Digitalisierung der Wirtschaft legte ein Positionspapier zu „Leitplanken Digitaler Souveränität“ vor, startete eine Kampagne zur Sensibilisierung von mittelständischen Firmen für die Chancen der Digitalisierung und veröffentlichte Eckpunkte und Empfehlungen für eine erfolgreiche Gestaltung der Digitalisierung in Handel, Handwerk, Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Fokusgruppe „Intelligente Vernetzung“ präsentierte ihrerseits mit dem Status- und Fortschrittsbericht „Deutschland intelligent vernetzt“ eine fundierte Analyse zum Stand der Entwicklung der Intelligenten Vernetzung.

Eine entscheidende Rolle für eine erfolgreiche Digitalisierung spielt die IKT-Branche. Mit über 92.000 Unternehmen, über 1 Million Erwerbstätigen und einem Umsatz von knapp über 221 Mrd.

Euro im Jahr 2014 ist die IKT-Branche ein bedeutender Zweig der deutschen Wirtschaft. In einem 10-Ländervergleich führender digitaler Wirtschaften von TNS Infratest belegt die deutsche IKT-Wirtschaft nach Einschätzung des Monitoring Report Wirtschaft DIGITAL 2015 den sechsten Platz.

Innovationsfähigkeit und Marktzugang gehören laut Studie zu den Stärken des deutschen Wirtschaftsstandortes, während Schwächen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften und beim Export von IKT liegen. Mit einem Anteil von 4,6 Prozent an der gewerblichen Wertschöpfung liegt die IKT-Branche nach Einschätzung der Experten vor der dritten Traditionsbranche Maschinenbau (4,4 Prozent) und knapp hinter dem deutschen Fahrzeugbau (5,3 Prozent).

In der „Berliner Erklärung“ verständigten sich die Gipfelteilnehmer auf die entschlossene und verantwortungsvolle Fortsetzung der Kooperation zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den kommenden Jahren. Bürger sowie Unternehmen ihre Behördenanliegen sollen künftig über ein digitales Servicekonto online erledigen können. Bei Bedarf werde es dabei auch möglich sein, „mit ihrem Personalausweis und Smartphone rechtssicher digital zu unterschreiben“. Man wolle generell darauf hinwirken, „dass die Angebote der digitalen Verwaltung so gestaltet werden, dass sie leicht auffindbar, intuitiv nutzbar, an jedem Ort verfügbar und sicher sind“.

Laut Bundeskanzlerin Angela Merkel „werden bis 2018 50 Megabit pro Sekunde in jedem deutschen Haushalt verfügbar sein“. Die Digitalisierung müsse „tief in die Breite der Wirtschaft“ gehen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat dafür ein neues Förderprogramm „Digitale Technologien für die Wirtschaft“ gestartet, das mit

BayernLB:

## Starkes Vorsteuerergebnis in den ersten neun Monaten 2015

Der BayernLB-Konzern hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres ein starkes Vorsteuerergebnis von 574 Mio. Euro erreicht (Vj.: 561 Mio. Euro). Das Kerngeschäft entwickelte sich dabei weiterhin äußerst positiv, hier erwirtschaftete die Bank mit 724 Mio. Euro deutlich mehr als im Vorjahreszeitraum (502 Mio. Euro). Das entspricht einer Steigerung um 44 Prozent.

„Der erneute kräftige Zuwachs in unserem Kerngeschäft zeigt einmal mehr, welches Potenzial in der außerordentlich starken Kundenbasis der BayernLB steckt“, sagte Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB. „Wir haben trotz des niedrigen Zinsumfeldes und steigender Aufwendungen für Regulatorik unser Ergebnis verbessern können. Das zeigt, dass sich unsere Maßnahmen zur Verbesserung unserer Effizienz und zum Abbau von Komplexität auszahlen.“

Der Zinsüberschuss ging leicht um 2,3 Prozent auf 1.223 Mio. Euro zurück, was vor allem aus dem weiteren Abbau des Nicht-Kerngeschäfts resultiert. Der Provisionsüberschuss konnte mit 167 Mio. Euro konstant gehalten werden (Vj.: 168 Mio. Euro), obwohl das im Vorjahreswert noch enthaltene Provisionsergebnis der ehemaligen Tochterbank in Luxemburg weggefallen ist.

### Gesteigerte Effizienz

Wegen der guten Qualität ihres Portfolios musste die BayernLB für die Risikoversorge im Kreditgeschäft nur einen vergleichsweise geringen Wert ausweisen. Mit -32 Mio. Euro lag die Risikoversorge in den ersten neun Monaten 2015 deutlich unter dem Vorjahreswert von -84 Mio. Euro. Die Eigenkapitalrentabilität (Return on Equity – RoE) der BayernLB hat sich auf 6,7 Prozent erhöht (Vj.: 5,2 Prozent). Die Bank hat zudem ihre Effizienz gesteigert. Die Cost-Income-Ratio (CIR) verbesserte sich auf 52,7 Prozent (Vj.: 55,5 Prozent).

Das Ergebnis aus Finanzanlagen betrug 242 Mio. Euro (Vj.: -140 Mio. Euro). Der negative Vorjahreswert resultierte vor allem aus Bewertungseffekten der 2014 beendeten Risikoabschirmung (sog. „Umbrella“), mit der der Freistaat Bayern das im vergangenen Jahr komplett verkaufte, milliarden-schwere ABS-Portfolio abgesichert hatte. Das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung lag bei -65 Mio. Euro.

Obwohl sich im Zuge der Erstkonsolidierung der DKB Service GmbH die Personalaufwendungen

erhöht haben und auch die Aufwendungen für Gerichtskosten im Zusammenhang mit den Rechtsstreitigkeiten um die Forderungen an die HETA gestiegen sind, blieb der Verwaltungsaufwand mit einer Steigerung um 2,0 Prozent nahezu konstant. Er betrug 842 Mio. Euro.

Belastet wurde das Ergebnis durch die 2015 erstmals zu entrichtende Bankenabgabe in Höhe von 99 Mio. Euro und die neue Einlagensicherung in Höhe von 47 Mio. Euro. Im Vorjahr hatten die Aufwendungen aus Bankenabgabe und Einlagensicherung nur bei 2 Mio. Euro gelegen.

Das Ergebnis nach Steuern konnte die Bank im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sehr stark steigern. Es lag bei 426 Mio. Euro (Vj.: -561 Mio. Euro), wobei der negative Vorjahreswert durch den Verkauf der ungarischen Bank MKB geprägt war.

Ihre Kapitalausstattung hat die Bank erneut gestärkt. Die harte Kernkapitalquote (CET 1) stieg zum 30. September 2015 auf sehr solide 13,8 Prozent (31. Dezember 2014: 12,8 Prozent). Die Bilanzsumme reduzierte sich durch den weiteren Abbau von Nicht-Kernaktivitäten gegenüber dem Vorjahresresultat um 4,9 Prozent auf 220,9 Mrd. Euro.

### Entscheidender Schritt bei Beseitigung der letzten Altlast

Im Zusammenhang mit den Forderungen der BayernLB an die HETA haben der Freistaat Bayern und die Republik Österreich kürzlich einen Vergleich über die Bereinigung der Auseinandersetzungen geschlossen. Die Republik Österreich hat an Bayern einen Ausgleichsbetrag von 1,23 Mrd. Euro gezahlt. Die Gremien der BayernLB hatten der Vereinbarung zuvor zugestimmt.

Im Ergebnis werden damit die Rechtsstreitigkeiten der BayernLB mit der Republik Österreich und der Kärntner Landesholding beendet. Das sog. EKEG-Verfahren in München wird von den beiden Parteien BayernLB und HETA bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung fortgeführt, um da-

mit Rechtssicherheit zu erlangen.

Das Segment Corporates & Mittelstand hat sein Ergebnis vor Steuern in den ersten drei Quartalen 2015 gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich erhöht. Die BayernLB verzeichnete hier einen Anstieg um 69 Mio. Euro auf 232 Mio. Euro.

Das Ergebnis vor Steuern im Segment Immobilien & Sparkassen/Verbund lag mit 160 Mio. Euro (Vj.: 193 Mio. Euro) weiterhin

### Kreis- und Stadtparkasse Dillingen:

## Traditionelles Wirtschaftsgespräch

Die aktuelle Flüchtlingssituation stand im Mittelpunkt des traditionellen Wirtschaftsgesprächs, zu dem die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen Vertreter der Wirtschaft und von Behörden eingeladen hatte.

Der Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse, Landrat Leo Schrell, informierte dazu, dass das Landratsamt angesichts des ungebrochen hohen Zustroms an Flüchtlingen unter einem enormen Zuweisungsdruck stünde. So müssten aktuell wöchentlich rund 60 Flüchtlinge in sogenannten dezentralen Unterkünften untergebracht werden, die zuvor vom Landratsamt angemietet werden. Schrell warb in diesem Zusammenhang erneut um die Unterstützung durch die Städte und Gemeinden, Grundstücke für entsprechende Wohnraumlösungen bereit zu stellen und bedankte sich gleichzeitig für die anhaltend gute Zusammenarbeit.

„Die Herausforderung kann nur gemeinsam geschultert und gemeistert werden. Deshalb gilt insbesondere den zahlreichen Helferkreisen Dank, Respekt und Anerkennung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration“, betonte Schrell.

Die aktuellen wirtschaftlichen Rahmendaten bezeichnete der Landrat als „ausgezeichnet“. So verzeichnet der Landkreis Dillingen im fünften Jahr in Folge Vollbeschäftigung. Während die Arbeitslosenquote aktuell bei 2,0 Prozent liegt, beträgt die Quote bei den 15 bis 25-Jährigen 1,5 % und bei den 15 bis 20-Jährigen 0,7 %. Als eine herausragende Leistung der Unternehmen der Wirtschaft im Landkreis nannte der Landrat die nachhaltige Schaffung qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze. So habe deren Zahl in den letzten zehn Jahren um 20 % zugenommen.

Rückenwind erhält der Landkreis Dillingen als attraktiver Wirtschaftsstandort durch die B 16 Neu Umfahrung Dillingen-Steinheim. „Damit sind wir im Bemühen, die B 16 in der Ost-West-Verbindung von der B 2 zur A 8 bei Günzburg als leistungsfähige Verkehrsachse auszubauen, ein großes Stück vorangekommen“, freute sich Schrell über den Fortschritt. Im engen Schulterschluss von Politik und Wirtschaft müssen ungeachtet dessen die Umfahrung Höchstädt und der dreistreifige Ausbau der B 16 zwischen Lauingen und Günzburg mit Nachdruck weiter verfolgt werden.

Ebenfalls gut aufgestellt sieht der Landrat den Landkreis bei der Breitbandversorgung, die zu einer vor allem auch für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen unverzichtbaren Infrastruktur geworden ist. Hier nehme der Landkreis nach der neuesten Statistik einen Spitzenplatz in Schwaben ein. Mit hohen Investitionen in die Modernisierung der Bildungsrichtungen und eine wohnortnahe, qualifizierte medizinische Versorgung optimiere der Landkreis seit

auf einem guten Niveau, wenn gleich der Vorjahreswert vor allem wegen des anhaltend niedrigen Zinsniveaus nicht wiederholt werden konnte.

Das Segment Financial Markets hat sein Ergebnis in den ersten neun Monaten dieses Jahres erheblich gesteigert. Es erhöhte sich unter anderem aufgrund von Kursgewinnen aus Wertpapieren und wegen der Entwicklung der Fair Value Adjustments bei derivativen Geschäften von -13 Mio. Euro auf 123 Mio. Euro. Die mit Markets-Produkten für die Kundensegmente erwirtschafteten Erträge wurden weiterhin unter den jeweiligen Segmenten ausgewiesen.

Im Segment DKB konnte das Ergebnis vor Steuern mehr als ver-

doppelt werden. Die Tochtergesellschaft der BayernLB erwirtschaftete in den ersten drei Quartalen in ihrem Kerngeschäft 238 Mio. Euro (Vj.: 114 Mio. Euro). Der Anstieg geht vor allem auf den gesteigerten Zinsüberschuss in

Höhe von 588 Mio. Euro (Vj.: 467 Mio. Euro) zurück. Die DKB hat somit ihre Position als eine der führenden Direktbanken Deutschlands mit inzwischen mehr als 3,1 Mio. Privatkunden weiter gestärkt. □

## Anlegen statt Stilllegen

Warum Wertpapiere auch für Sparer interessant sind

Die Deutschen parken rund 40 Prozent ihres Vermögens in Einlagen, die in der aktuellen Niedrigzinsphase kaum Erträge bringen. „Der Weg, über Zinsen Geld zu verdienen, ist weiterhin stillgelegt“, mahnte Dr. Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank, beim gemeinsamen Pressegespräch mit Roland Schmautz, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern, in München.

„Renditen oberhalb der Inflationsrate wird es auf absehbare Zeit nur dort geben, wo eng an der realen Wirtschaft investiert wird. Insbesondere bei der langfristigen Geldanlage führe deshalb an Wertpapieren kein Weg vorbei. Die Deutschen müssen ihr Anlageverhalten grundlegend ändern, wenn sie ihr Kapital erhalten wollen“, betonte Schmautz.

Während in den USA und auch in Großbritannien Aktienanlagen auch bei Privatanlegern selbstverständlich sind, haben die Deutschen hier noch Nachholbedarf und sparen lieber. „Doch viel sparen allein reicht heute nicht mehr“, so Roland Schmautz, „man muss es auch richtig angehen“. Bei der Vermögensanlage sollte nicht nur die Risikominimierung im Mittelpunkt stehen, sondern auch die Marktchancen. Es gehe darum, die damit verbundenen Risiken bewusst zu managen oder managen zu lassen. Mit Blick auf die Zukunft meint Schmautz: „Wertpapiere sind für viele ein Ausweg aus dem Zinsdilemma. Wertpapieranlage heißt auch Altersvorsorge.“

Erfreulicherweise beginnen die Anleger umzudenken. Im Wertpapiergeschäft der bayerischen Sparkassen zeichnet sich dementsprechend bereits eine Erholung ab. Die bayerischen Sparkassen konnten bis September 2015 mit 1,5 Milliarden Euro einen doppelt so hohen Nettoabsatz bei Investmentfonds erzielen als im gleichen Zeitraum 2014. Gleichzeitig wurden 102.000 neue Fondssparverträge abgeschlossen.

Das zeigt, dass immer mehr Kunden über das regelmäßige Sparen einen sukzessiven Einstieg in eine neue Welt der Geldanlage wählen und auch Wertpapiere in ihr Portfolio nehmen. Schmautz' Resümee: „Es hängt vom individuellen Verhalten ab, ob man unter dem Niedrigzinsumfeld leidet oder davon profitiert. Mit der Initiative ‚Anlegen statt Stilllegen‘ helfen die Sparkassen Anlegern dabei, auf die Gewinnerseite zu wechseln.“ □

## Sparkassen liegen bezüglich „Vertrauensfrage“ ganz vorn

Gemäß dem „Vermögensbarometer 2015“, einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts Icon zum Weltspartag, sind die Bayern finanziell mehrheitlich sehr zufrieden. Sogar zufriedener als der Bundesdurchschnitt und weit optimistischer, was ihre Zukunft angeht.

Beim Vermögensaufbau bevorzugen sie Sicherheit. Um den Niedrigzinsen ein Schnippchen zu schlagen, votieren sie klar für Aktien. Von allen Bankengruppen haben sie mit Abstand das größte Vertrauen in die Sparkassen. Einziger Wermutstropfen: Über ein Viertel der Bayern sorgt nicht für das Alter vor!

So beurteilen 60 Prozent der in der Studie befragten Bürger ihre finanzielle Situation mit „gut“ oder gar „sehr gut“; knapp 30 Prozent rechnen überdies mit einer finanziellen Verbesserung in den nächsten zwei Jahren.

Was den Vermögensaufbau angeht, ist für etwa die Hälfte der Befragten der Aspekt „Sicherheit“ wichtiger als etwaige Renditeaussichten. Dabei liegen die selbst- und die fremdgenutzte Immobilie vorn; gefolgt vom Bausparvertrag, dem immerhin ein Viertel der Befragten die höchste Eignung zuspricht. In Sachen „Geldanlage“ halten knapp 60 Prozent die Aktie für eine gute Möglichkeit, den aktuellen Niedrigzinsen auszuweichen, während das klassische Sparbuch den letzten Platz einnimmt.

Wenn es um das Thema Vertrauen geht, stehen die bayerischen Sparkassen weiterhin unangefochten an der Spitze: Über die Hälfte der Bürger bringen ihnen sehr hohes bis hohes Vertrauen entgegen; bei den unter 30-Jährigen ist es noch einmal deutlich höher. □

Der Unterschied beginnt beim Namen

Wir sind den Menschen verpflichtet: 50 Millionen Kunden mit 50 Millionen unterschiedlichen Bedürfnissen. Deshalb verkaufen wir nicht einfach Finanzprodukte, sondern erklären sie so, dass jeder sie versteht. Da, wo unsere Kunden sind, da sind auch wir zu Hause. Deshalb bieten wir nicht nur Sicherheit für ihr Geld, sondern

Unterstützung für die ganze Region. Als Finanzierungspartner Nr.1 fördern wir das Wachstum des Mittelstands und einen Großteil der Existenzgründungen in Deutschland: Das sichert Arbeitsplätze. Wir entwickeln die Lösungen von morgen, weil wir

an Sie und die Zukunft glauben. Schon heute haben wir zum Beispiel die meistgenutzte Finanz-App. Erleben Sie den Unterschied. Bei Ihrer Sparkasse vor Ort und auf [www.sparkasse.de](http://www.sparkasse.de) wenn's um Geld geht - Sparkasse

Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg:

## Rekordsumme für gemeinnützige Einrichtungen

Rekord für die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg: 70.300 Euro fließen in diesem Jahr an gemeinnützige Einrichtungen – das ist so viel wie noch nie zuvor. 38 Einrichtungen, überwiegend aus der Region, profitieren davon. Bei einer Veranstaltung im Hotel Drei Mohren in Augsburg, zu der die Kreissparkasse geladen hatte, wurde die Ausschüttung nun symbolisch vollzogen. Stifter und Begünstigte freuten sich gemeinsam über das beachtliche Ergebnis.

Die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg, die im Jahr 2008 gegründet wurde, umfasst inzwischen 42 Zustiftungen mit einem Gesamtvermögen von 3,7 Millionen Euro. Die jüngsten Neuzugänge sind die Bürgerstiftung Diedorf und die „Stiftung Augsburg Theaterkultur“. Der Vorteil einer solchen Gemeinschaft: Die gemeinsame Verwaltung spart jeder Einzelstiftung bares Geld, das direkt den Begünstigten zugutekommt. Zudem sorgt das professionelle Stiftungsmanagement der Kreissparkasse für optimale Erträge. „Auch davon profitieren die gemeinnützigen Einrichtungen“, erläutert Andreas Jäckel, Leiter des Kompetenzzentrum Nachlass- und Stiftungsmanagement der Kreissparkasse.

Bedacht werden in diesem Jahr unter anderem der „Bunte Kreis“, der die Betreuung von Familien mit schwerkranken Kindern finanziell unterstützt. Oder die Lebenshilfe Augsburg. Aber auch Einrichtungen wie die Ökumenische Sozialstation Meitingen oder die Freiwillige Feuerwehr Schwabmünchen erhalten finanzielle Unterstützung von Stiftern.

### Herzansliegen

„Wir sind stolz, dass unter dem Dach der Kreissparkasse so viel Gutes getan wird“, sagt Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Augsburg. „Unsere Stifter sind ihr Engagement ein Herzansliegen, sie handeln aus Überzeugung“, berichtet er.

Statt Weihnachtspost:

## 100.000 Euro für die Nachbarschaftshilfen

Kreissparkasse fördert Seniorenbetreuung in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg

Über eine Weihnachtskarte freuen wir uns alle, doch noch mehr Freude schenkt soziales Engagement. Mit der Aktion „Spenden statt Weihnachtspost“ fördert die Kreissparkasse seit 2012 regionale soziale Einrichtungen. In diesem Jahr spendet sie insgesamt 100.000 Euro an die 43 Nachbarschaftshilfen in den Landkreisen München, Starnberg und Ebersberg, die der dortigen Seniorenbetreuung zugute kommen.

Sie schenken Zeit, ein offenes Ohr und viel Rückenstärkung: Die Nachbarschaftshilfen unterstützen als Teil ihres vielseitigen Engagements kranke, wenig mobile oder alleinstehende Senioren, die im eigenen Zuhause wohnen und ihre Eigenständigkeit erhalten wollen.

einsamen Menschen Zuspruch und Gesellschaft. Damit entlasten sie auch Angehörige, die mit der Pflege eines kranken Familienmitglieds oft an der Grenze ihrer Belastbarkeit stehen.

### Würdigung von sozialem Engagement

Die Kreissparkasse würdigt dieses soziale Engagement, das keinerlei wirtschaftliche Interessen verfolgt, nun mit Spenden in Höhe von insgesamt 100.000 Euro. Um nennenswerte Einzel-

### Zuspruch

Ehrenamtlich helfen sie Senioren im Haushalt und beim Einkaufen, begleiten sie zum Arzt, zu Ämtern und Banken und bieten

Regionale Online-Spendenplattform:

## Homepage gut-fuer-muenchen.de geht an den Start

Die Stadtparkasse München und betterplace.org bringen die regionale Spendenplattform gut-fuer-muenchen.de an den Start. Hier kommen Münchner Hilfsprojekte und interessierte Spender mit nur wenigen Klicks im Internet zusammen. Die Nutzung der neuen Spendenplattform ist für beide Seiten kostenfrei.

Die Spenden gehen zu 100 Prozent an die projekttragenden Organisationen - ohne Abzug. Der Spender erhält die Spendenbescheinigung von betterplace.org. Die Kosten für den Betrieb des Portals übernimmt die Stadtparkasse München. Oberbürgermeister Dieter Reiter ist Schirmherr der Plattform. Die Stadtparkasse München ist deutschlandweit eines der ersten Häuser, das im Rahmen einer gemeinsamen Initiative von betterplace.org und den Sparkassen eine Online-Spendenplattform in ihrer Region ermöglicht.

### Jeder Euro zählt

„Mit dem Engagementportal

gut-fuer-muenchen.de möchten wir motivieren, noch mehr Gutes zu tun. Es zählt jeder Euro, mit dem der Spender seine Wunschprojekte unterstützen kann. Zahlreiche Organisationen können hier ganz einfach ihre Projekte vorstellen, für die sie Spenden benötigen“, so Ralf Fleischer, Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München.

### Gesellschaft bereichern

„Als 'Die Bank unserer Stadt' liegt uns gesellschaftliches Engagement für München sehr am Herzen und wir freuen uns, jetzt gemeinsam mit betterplace.org die regionale Plattform für ge-



Von der Feuerwehr bis zur Sozialstation: 38 gemeinnützige Organisationen profitieren vom Engagement der Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg. Die Erträge der unter ihrem Dach geführten Stiftungen wurden nun symbolisch übergeben. Mit im Bild: Manfred Stöckl, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse (1. Reihe, Vierter von rechts) und Andreas Jäckel, zuständig für das Stiftungsmanagement der Kreissparkasse (ganz links).

Im Gegensatz zu einmaligen Spenden ist das Engagement von Stiftern äußerst nachhaltig. Denn ausgeschüttet werden nur die Erträge, die mit dem Stiftungsvermögen erwirtschaftet werden. Das Vermögen selbst bleibt erhalten.

### Sicherheitsorientierung

Erfreulich ist die Rendite, die die Experten der Kreissparkasse mit dem ihnen anvertrauten Geld der Stifter in diesem Jahr erzielt haben. Mit ihrer sicherheitsorientierten Anlagestrategie ermöglichen sie eine Verzinsung von

3,9 Prozent – das ist deutlich mehr als der Kapitalmarkt im Moment bietet und eine weitere Steigerung zum Vorjahr. „Ein professionelles Stiftungsmanagement trägt viel zum Erfolg des Engagements unserer Stifter bei“, betont Manfred Stöckl.

Die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse bietet jedem die Möglichkeit sich einzubringen. Die Gründung einer Namensstiftung ist bereits ab 25.000 Euro möglich. Der Stifter bestimmt den Zweck und die zu begünstigende Einrichtung, er kann dies zu Lebzeiten aber auch jederzeit ändern.



Unterstützung für die Seniorenbetreuung – 3.000 Euro gehen an Freifrau Christa von Welck und Ludwig Kinker von der Nachbarschaftshilfe St. Stefan Gräfelfing, überreicht durch Andreas Frühschütz, Vorstand der Kreissparkasse und Geschäftsstellenleiterin Silke Schnitzer (v. l.).

spendenbeträge vergeben zu können, hat die Kreissparkasse dieses Jahr die Spendengesamtsumme verdoppelt. Die Spendenhöhe bezieht sich jeweils nach der Einwohnerzahl der Orte, in der eine Nachbarschaftshilfe tätig ist.

### Einrichtungen in der Region

Mit der Aktion „Spenden statt Weihnachtskarten“ fördert die

Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg seit 2012 regionale soziale Einrichtungen – bislang jeweils mit 50.000 Euro pro Jahr. In den vergangenen drei Jahren unterstützte die Kreissparkasse Tafeln und Tische (2012), Einrichtungen für geistig und körperlich benachteiligte Menschen (2013) sowie Einrichtungen für kranke und benachteiligte Kinder (2014).

line Fundraising in die Zusammenarbeit einzubringen. Gemeinsam mit der Stadtparkasse München wollen wir mit gut-fuer-muenchen.de noch mehr Menschen in dieser Stadt erreichen und sie für mehr soziales Engagement begeistern.“

### Themenvielfalt

Die Themenvielfalt der Hilfsprojekte auf dem Engagementportal ist sehr groß. Es wird mit 330 Projekten an den Start gehen. gut-fuer-muenchen.de steht allen sozialen und kulturellen Projekten in München offen. Entscheidend ist, dass sie einen gemeinnützigen Zweck verfolgen.

### Verdoppelungsaktion

Zum Auftakt stellte die Stadtparkasse München zusätzlich 10.000 Euro für eine Verdoppelungsaktion auf gut-fuer-muenchen.de bereit. Die Aktion startete anlässlich des #GivingTuesday, dem weltweiten Tag des Gebens, am ersten Dezember.

Weitere Informationen unter: [www.gut-fuer-muenchen.de](http://www.gut-fuer-muenchen.de)

Sparkassen-Finanzgruppe als Vorreiter:

## Kontaktloses Bezahlen mit girogo

Die moderne Verwaltung ist bargeldlos. Laut einer Studie des Deutschen Städte- und Gemeindebunds (DSGB) und der Initiative Deutsche Zahlungssysteme aus dem Jahr 2014 sind viele Kommunen schon jetzt gut aufgestellt. Gegenüber elektronischen Bezahlungen bewiesen die 71 befragten Kommunalverantwortlichen große Offenheit. Der Untersuchung zufolge setzen bereits rund zwei Drittel der Kommunen in Deutschland bargeldloses Bezahlen um.

Bundesweiter „Treiber“ des kontaktlosen Bezahlers ist die Sparkassen-Finanzgruppe. Seit 2012 bereits ist girogo das gemeinsame Markenzeichen für die neue Funktion des kontaktlosen Bezahlers mit der Bank- oder Sparkassenkarte. Mit der girogo-Funktion wird die bekannte Kartenzahlung mit girocard um eine attraktive und zukunftsweisende Option im Kleingeldbereich erweitert.

### Ohne PIN bis 20 Euro

Anders als bei der kontaktbehafteten Zahlung braucht der Kunde seine Bank- oder Sparkassenkarte bei einem Betrag von bis zu 20 Euro nicht mehr aus der Hand zu geben. Die Zahlung erfolgt über die Prepaid-Funktion des Chips durch das Halten der Karte vor das Bezahlterminal – ohne Eingabe einer PIN. Dabei gelten die hohen Sicherheitsstandards der Deutschen Kreditwirtschaft.

### Vollausstattung 2020

Ab 2016 wird die Sparkassen-Finanzgruppe die ersten SparkassenCards herausgeben, die zusätzlich zu girogo auch girocard-Zahlungen kontaktlos abwickeln können. Die Sparkassen-Kunden können mit diesen Karten dann auch Beträge über 20 Euro kontaktlos bezahlen. Die Vollausstattung der rund 45 Millionen SparkassenCards mit der zusätzlichen girocard kontaktlos-Funktion ist für Ende 2020 geplant.

Langfristig können die Sparkassen-Kunden also mit ihrer SparkassenCard alle Einkäufe kontaktlos über die Schlüssel-Technologie „Near Field Communication“ (NFC) bezahlen, an der Händlerkasse genauso wie an einem Getränke- oder Snackautomaten.

### Legoland

Mittlerweile akzeptieren bereits Unternehmen und Dienstleister quer durch alle Branchen das kontaktlose Bezahlen girogo. Blickt man auf Bayern, so können seit Mai 2015 LEGOLAND Besucher auf dem Günzburger Gelände in ausgewählten Shops und Restaurants mit girogo bezahlen. Das LEGOLAND Deutschland Resort hat in Kooperation mit der Sparkasse Günzburg-Krumbach vier Akzeptanzstellen auf dem Gelände mit NFC-fähigen Terminals ausgestattet. Eine Zahlung mit girogo erfolgt in Sekunden, dadurch verkürzen sich die Wartezeiten an den Kassen.

### Mitarbeiterausweise

Das Klinikum Fürth wiederum mit jährlich mehr als 37.000 Patienten in stationärer Behandlung und mehr als 54.000 ambulanten Patienten in der Notfallversorgung hat im März 2014 einen neuen Mitarbeiterausweis an seine rund 1.500 Ärzte, Pfleger und Verwaltungsmitarbeiter ausgeben. Er ersetzt drei verschiedene Kartensysteme, die bislang der Identifikation und dem Zugang dienten (Mitarbeiterausweis, RFID-Transponder für das Parkhaus und Legic-Karte für die Cafeteria).

Die neue Karte fungiert zum ei-

nen weiter als Mitarbeiterausweis samt Bild, zum anderen soll sie für die Träger den Weg durch das Haus erleichtern, denn die Karte öffnet bald die Schranken des Parkhauses und regelt die Ausgabe von Arbeitskleidung am neuen Wäscheausgabeautomaten. Außerdem können die Mitarbeiter seit Anfang November 2014 in der Kantine Speisen und Getränke mit girogo bezahlen. Dazu wurden zwei girogo-only Terminals Vx820 von CCV an den Kantinenkassen installiert.

### Zusammenarbeit mit der Sparkasse Fürth

Die Mitarbeiter halten ihren Ausweis in kurzem Abstand vor das Terminal und bezahlen so ihr Wunschgericht. Das Hintergrundsystem ermittelt zudem anhand der individuellen Kartennummer die hinterlegte Preisgruppe. Kontaktlos können die Mitarbeiter auch Bedarfsartikel aus der Klinik-Apotheke und dem Zentrallager zahlen. Für die girogo-Zahlungen setzt die Klinik jeweils ein multifunktionales Terminal H5000 von Verifone ein. Das Kontaktlos-Bezahlsystem realisierte die Klinik in Kooperation mit der Sparkasse Fürth.

### Audi Dome in München als Leuchtturmprojekt

Auch im Audi Dome, dem Heimstadion der Basketballer des FC Bayern München, können die Fans ab der Saison 2015/2016 mit der neuen Audi Dome Card an allen Imbiss- und Getränkeständen und am Ticketschalter einfach und bequem mit girogo zahlen.

Gleiches gilt für den Audi Sportpark, wo Fans des FC Ingolstadt 04 bereits seit der Saison 2012/13 das Kontaktlos-Bezahlsystem nutzen. Dazu verwenden sie die FC 04 FanKarte, die der Verein zusammen mit der Sparkasse Ingolstadt herausgibt. Beim kontaktlosen Bezahlen mit girogo halten die Kunden ihre Karte direkt an das Bezahlterminal. Die Beträge werden von einem vorher einbezählten Guthaben abgebucht. Eventuelle Restguthaben am Ende des Spieltages müssen vom Kartenbesitzer nicht entladen werden, sondern können auch außerhalb des Stadions deutschlandweit an den zahlreichen Akzeptanzstellen zum Bezahlen verwendet werden.

### Multifunktionale Nutzung

Ein weiteres Beispiel: Auf dem Lehrplan der Privaten Real- und Wirtschaftsschule Krauß in Aschaffenburg (PWK) steht der verantwortungsvolle Umgang mit bargeldlosen Zahlungsmitteln - und diesen Umgang lernen die Schüler ganz praktisch in der eigenen Mensa. Denn als erste Schüler in Deutschland können sie seit 2012 ihr Mittagessen berührunglos mit girogo bezahlen.

PS: Um eine breite girogo-Nutzung in der Region zu erreichen, eignen sich als Leuchtturmprojekte neben Sportstätten, Eventstätten, Bildungseinrichtungen und Schulmensen zum Beispiel auch Betriebskantinen, ÖPNV-Unternehmen und Parkhäuser. Weitere Informationen unter: [www.sparkasse.de/girogo](http://www.sparkasse.de/girogo) und [www.girogo.sparkasse.de](http://www.girogo.sparkasse.de) DK

Bayerischer Finanzgipfel in München:

## Herausforderung Digitalisierung

Prominente Vertreter aus Politik, Finanzwirtschaft und Wissenschaft diskutierten beim 9. Bayerischen Finanzgipfel in München die Digitalisierung und die damit verbundenen Chancen und Probleme - ein Thema, das neben der Niedrigzinsphase und der Regulierung zu den aktuell größten Herausforderungen der Finanzbranche zählt.

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zeigte in ihrer Eröffnungsrede anhand einiger Beispiele auf, dass das Thema Digitalisierung in alle Bereiche der Finanzwirtschaft einziehen wird - sei es bei der Frage nach der Verantwortung und dem Versicherungsschutz beim Thema autonomes Autofahren oder etwa beim

Thema Wettbewerbsstärkung gegen unkonventionelle branchenferne Newcomer. Aigner bot hier aktive Hilfe seitens der Politik an.

Mit Blick auf die sehr unterschiedlichen steuerlichen, rechtlichen und datenschutzrechtlichen Bedingungen, die zwischen den Playern der EU, den Vereinigten Staaten von Amerika und auch mit

China gelten, forderte EU-Digitalkommissar Günther Oettinger einen digitalen Wettbewerb auf Augenhöhe. Man müsse nicht alle Themen der Politik europäisieren, aber eine digitale Strategie Europas gehe nur europäisch, wobei für den „attraktivsten Markt der Welt“ mit seinen 510 Mio. Einwohnern einheitliche Regeln gelten müssten, betonte Oettinger.

Nach Auffassung von Dr. Andreas Dombret, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank und Dezernent für die Bankenaufsicht, „können Banken die Digitalisierung nicht länger als einen von vielen Trends abtun, deren Entwicklung man in Ruhe abwarten kann“. Denn Druck entstehe nicht nur durch eine neue Erwartungshaltung bei Konsumenten und innerhalb der Branche, sondern vor allem durch neue Wettbewerber aus anderen Branchen. Heutzutage benötige man eben kein Bankhochhaus und keine Filialen mehr, um als seriöser Finanzdienstleister wahrgenommen zu werden und seine Dienstleistungen flächendeckend anbieten zu können.

### Fintechs

Sogenannte Fintechs stünden für den Angriff der „Kleinen und Schnellen“. Dabei handle es sich um technologiebasierte Unternehmen für Finanzdienstleistungen, die meist nur bestimmte Dienstleistungen anbieten, dafür aber innovativ und mit großem Potenzial im Wettbewerb agieren. „Die große Innovationskraft der Fintechs sollten Banken neidlos anerkennen“, meinte Dombret. Die Ideen seien sehr vielfältig: Kreditvermittlungsplattformen beispielsweise vermittelten Kreditnehmer und Geldanleger - durch die digitale Plattform fänden beide Seiten schnell und vergleichsweise günstig zueinander. PayPal, Google Wallet, ApplePay und andere böten innovative Lösungen für den Zahlungsverkehr. Auch für die Geldanlage würden im Internet automatisierte Anlagehilfen angeboten. Ihr Wachstum sei beeindruckend: Fintechs sammelten mittlerweile weltweit pro Monat rund eine Milliarde US-Dollar an Kapital ein und

### Inwiefern?

Jürgen Gros: Viele vor allem südeuropäische Banken halten umfangreiche Bestände von Staatsanleihen ihrer zum Teil hoch verschuldeten Heimatländer. Bei einem Zahlungsausfall drohen diesen Instituten drastische Abschreibungen. Die europäische Einlagensicherung müsste einspringen. Damit würden die Risiken aus den nationalen Staatshaushalten gesamteuropäisch vergemeinschaftet. Somit würde ein Mechanismus in Gang gesetzt, der dem der sogenannten Eurobonds entspricht. Die hat die Bundesregierung bislang aus gutem Grund abgelehnt.

Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Vorschläge der Kommission für eine europäische Einlagensicherung abgewehrt werden können?

Jürgen Gros: Wir haben ein hartes Stück Arbeit vor uns. Es gilt jetzt, der EU-Kommission bei diesem Vorhaben Paroli zu bieten. Das ist auch meine Erwartungshaltung an die Bundesregierung. Sie muss bei ihrem Veto bleiben. Gut, dass sie dabei auf die Mehrheit im Bundestag und die Unterstützung der Bayerischen Staatsregierung bauen kann. Der Wert unserer Sicherungssysteme in Deutschland ist anerkannt von nationaler Politik, Bundesbank und Wissenschaft. Es wird Zeit, dass auch Herr Juncker und seine Beamten das respektieren.

Herr Gros, herzlichen Dank für das Gespräch.

speziell in den Vereinigten Staaten fänden sich viele Vorreiter.

„Banken müssen einfach alarmiert sein - nicht nur angesichts einer drohenden Umverteilung der Gewinnmargen, sondern auch aus dem Wissen heraus, dass man in der schnelllebigen digitalen Welt rasch abgehängt wird, wenn man nicht rechtzeitig mit wettbewerbsfähigen Angeboten kontern kann“, hob Dombret hervor.

Total digital oder nicht: „Das Finanzsystem sollten wir letzten Endes daran messen, wie gut es seine Aufgabe erfüllt, den Menschen und der Realwirtschaft zu dienen. Ich möchte Banken und Sparkassen dringend ermutigen, die Digitalisierung mit innovativen und seriösen Angeboten mitzugestalten“, fuhr der Bankenvorstand fort. Hier sei ein Unternehmenseifer erforderlich, der auf den Wandel nicht nur halbherzig und ohne Strategie reagiert, sondern ihn als Chance begreift. Banken und Sparkassen müssten sich ein Stück weit neu erfinden. „Damit meine ich keine modische Fassade für alte Geschäftsideen, sondern Geschäftsmodelle, die den Bankensektor nachhaltig stabiler und widerstandsfähiger machen und die die Bedürfnisse der Kunden konsequent in den Mittelpunkt stellen.“

Für Regulierer und Aufseher gelte mehr denn je: „Habt Mut zur Weitsicht“, so Dombret. Digitale Innovation sei kein Selbstzweck und vor Fehlentwicklungen nicht gefeit. „Gerade weil wir nicht in die Zukunft schauen können, dürfen wir uns nicht hinter unserem jetzigen Regulierungs- und Aufsichtsstandard verstecken. Verantwortung für eine effektive Bankenaufsicht heißt, neue Ideen und Entwicklungen ohne Vorurteile zu begleiten. Insbesondere in Zeiten eines tiefgreifenden Wandels.“ DK



Treffen von LfA Förderbank Bayern und Vertretern des Genossenschaftsverbands Bayern. Unser Bild zeigt von links: Dr. Hans Schleicher, Dr. Thies Claussen, Wolfgang Altmüller, Dr. Jürgen Gros, Dr. Alexander Büchel, Dr. Otto Beierl, Konrad Irtel, Albrecht Stolle, Hans Peter Göttler.

## Erfolgreiche Partnerschaft mit den Genossenschaftsbanken

Herbstbilanz mit den Genossenschaftsbanken: Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben in den ersten drei Quartalen 2015 fast 400 Mio. Euro an Förderkrediten der LfA Förderbank Bayern ausgereicht. Mit knapp 2.600 Zusagen an den bayerischen Mittelstand sind die Genossenschaftsbanken ein starker Partner der LfA. Das gab LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl bei einem Treffen des Vorstands mit der GVB-Spitze bekannt.

„Die Nähe der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken zu ihren Kunden garantiert, dass die Förderkredite der LfA da ankommen, wo sie gebraucht werden: Bei Existenzgründern und bei den kleinen und mittleren Unternehmen im Freistaat“, so Dr. Alexander Büchel und Dr. Jürgen Gros, Mitglieder des GVB-Vorstands. Konrad Irtel, Vorstandssprecher der Volksbank Raiffeisenbank Rosenheim-Chiemsee sowie Verbandsratsvorsitzender und ehrenamtlicher Verbandspräsident des GVB, und Wolfgang Altmüller, Vorstandsvorsitzender der VR meine Raiffeisenbank eG mit Sitz in Altötting und künftiger Verbandsratsvorsitzender des GVB,

ergänzen: „Der Mittelstand kann in erheblichem Umfang von Förderdarlehen profitieren. Deshalb wollen sich die bayerischen Genossenschaftsbanken im Sinne ihrer Firmenkunden auch weiterhin bei der Beratung und Vergabe von LfA-Krediten engagieren.“ LfA-Chef Beierl erklärt: „Die Kooperation mit den Genossenschaftsbanken ist ein Erfolgsmodell für den bayerischen Mittelstand. Zum 30. September haben sie allein 50 % der zugesagten Förderkredite zur Finanzierung von Investitionen vergeben. Das Ergebnis ist eine erfolgreiche Sicherung von bestehenden und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Bayern.“

Interview mit GVB-Vorstand Jürgen Gros:

## Veto gegen Enteignung deutscher Banken

Europäische Einlagensicherung schafft keinen Nutzen, verursacht aber viel Schaden

Herr Gros, die EU-Kommission will ein europäisches Einlagensicherungssystem aufbauen. Was bedeutet das für die Kunden der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken?

Jürgen Gros: Das bedeutet, dass sie sich darauf einstellen müssen, dass ihre Hausbank künftig für andere Banken in Europa mithaftet. Das heißt, wenn Banken irgendwo in Europa riskante Geschäfte tätigen und dabei in Schieflage geraten, dann müssen deutsche Institute mit dafür geradestehen, dass diese Banken ihre Kunden im Pleitefall entschädigen können. Für die Volksbanken und Raiffeisenbanken bedeutet das zum Beispiel, dass sie Gelder, die sie zum Schutz ihrer Kunden ansparen, künftig in eine europäische Einlagensicherung integrieren müssen.

Das klingt nach Enteignung...

Jürgen Gros: Das ist in der Tat so. Bislang entscheiden die Volksbanken und Raiffeisenbanken gemeinsam darüber, wie die angesparten Gelder verwendet werden. Zum Beispiel für ein Frühwarnsystem, das uns hilft, Risiken in der genossenschaftlichen Gruppe frühzeitig zu erkennen und zu beseitigen. Das macht ja auch Stabilität und Erfolg unseres Systems aus. Sein Wert liegt darin, dass wir den Entschädigungsfall durch Vorsorge erst gar nicht entstehen lassen wollen. Wenn uns die EU-Kommission aber die Mittel dazu nehmen will, dann ist das zum Nachteil der Sparer.

Die EU-Kommission betont, mit einem europäischen System seien die Einleger viel besser geschützt als mit einem nationalen Sicherungssystem.

Jürgen Gros: Das Gegenteil ist richtig. Die europäische Einlagensicherung schafft keinen Nutzen, sondern schwächt die in Deutschland bestehenden Einlagensiche-

runssysteme. Europa ist nach wie vor sehr heterogen. Eine europäische Einlagensicherung macht allenfalls Sinn, wenn in allen EU-Staaten die gleichen rechtlichen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen für Banken gelten. Davon ist die EU aber noch weit entfernt. Insofern ist nicht nachvollziehbar, warum eine deutsche Bank für die Kunden zum Beispiel einer zyprischen Bank mithaften soll.

Warum eigentlich nicht?

Jürgen Gros: Dazu will ich Ihnen gerne ein Beispiel nennen. Während der Anteil notleidender Kredite am gesamten Kreditbestand in Deutschland bei 1,8 Prozent liegt, sind es in Zypern 44,4 Prozent. Dort ist also fast jeder zweite Kredit ausfallgefährdet. Das ist ein immenses Bilanzrisiko und macht die Banken ziemlich instabil. Eine gemeinsame Einlagensicherung würde dann dazu führen, dass über kurz oder lang auch stabile Banken für Verluste aus den Problemkrediten unsolider Banken haften müssten. Das käme einem ordnungspolitischen Sündenfall gleich.

Weil die Gemeinschaft für risikoreiche Geschäfte Dritter einstreten müsste?

Jürgen Gros: Ja. Denn bei einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme müssen im Schadensfall alle Banken haften, nicht allein der Verursacher. Damit wird ein zentrales Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft außer Kraft gesetzt: das Prinzip der Eigenverantwortung. Geht bei einem riskanten Geschäftsmodell alles gut, profitiert einer. Klappt es nicht, muss die Gemeinschaft einstehen. In der Praxis wären das vor allem die deutschen Banken, die den europäischen Sicherungsstopp zu einem Drittel füllen sollen. Sie haften damit vor allem für die südeuropäischen Staaten mit.

## LfA Förderbank Bayern unterzeichnet Charta der Vielfalt

Vielfalt, Toleranz und gegenseitiger Respekt in der Arbeitswelt Die LfA Förderbank Bayern schließt sich der Unternehmensinitiative „Charta der Vielfalt“ unter Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel an.

Die Grundsätze der Charta haben zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren - unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

„Vielfalt ist ein Wirtschaftsfaktor, Motor für Innovationen und damit Grundlage für unternehmerischen Erfolg! Für uns ist es selbstverständlich, sich für ein wertschätzendes Miteinander einzusetzen und die Vielfalt an Fähigkeiten, Talenten, Sichtweisen und Erfahrungen zu fördern. Chancengleichheit auf allen Ebenen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie ein gesundheitsförderndes Arbeitsumfeld sind zentrale Bestandteile unserer Unternehmenskultur. Das zählt sich aus, denn die wichtigste Ressource eines erfolgreichen Unternehmens sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, so LfA-Vorstandschef Dr. Beierl.



Energie Südbayern. Regionaler Partner der Kommunen.

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Seit über 50 Jahren Energieversorger der Region.

Unsere Leistungen:

- > Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- > Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- > Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- > Individuelle Beteiligungsmodelle

www.esb.de/kommunen

ESB  
ENERGIE SÜDBAYERN

# Vielfältiges Miteinander

Integrationspreise 2015 der Regierung der Oberpfalz

Vier Einrichtungen mit Vorbildcharakter wurden in Regensburg mit dem Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz ausgezeichnet. Bayerns Integrationsministerin Emilia Müller und Regierungspräsident Axel Bartelt nahmen die Verleihung vor. Das Preisgeld in Höhe von insgesamt 5.000 Euro wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Integration zur Verfügung gestellt.

Der mit 2.000 Euro dotierte 1. Preis ging an die Stadt Neumarkt i. d. Oberpfalz und würdigte damit das „Das Café der Welt“ im Bürgerhaus der Stadt. Diese bereits langjährige Einrichtung ist beliebter Treffpunkt in der Stadt und einmal pro Woche für Einheimische und Bürger mit Migrationshintergrund geöffnet. Das Café der Welt fungiert als offener Treff zwischen unterschiedlichen Generationen unterschiedlicher Kulturen.

## Gelebter Alltag

Gemeinsam werden hier abwechslungsreiche Programme geschmiedet und mitgebrachte, landestypische Knabereien aus anderen Ländern der Erde probiert. Wenn sich dann die Café-Besucher im Gespräch austauschen und dadurch begegnen, werden die unterschiedlichen Kulturen und Bräuche im gelebten Alltag eines jeden Einzelnen sichtbar. Mit dem Gespräch gewinnt das Gegenüber an Konturen, Emotionen schärfen weiter das Bild und der Mensch gegenüber verliert an Fremdheit.

Den mit 1.500 Euro dotierten 2. Preis erhielt die Schule am Mönchsberg in Hemau mit dem Schulmotto „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Die Grund- und Mittelschule verzeichnet einen hohen Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund, die aus über 15 verschiedenen Ländern kommen. Das Schulmotto lautet „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“.

Mit dem ehemaligen Übergangwohnheim in Hemau, in dem zunächst Spätaussiedler und Russlanddeutsche untergebracht waren, begann für die Schule die Zeit, dass auch Schüler aus anderen Kulturkreisen an die Schule kamen. Viele dieser Familien, die aus Russland, Kasachstan, der Ukraine stammten, sind inzwischen in der Umgebung ansässig geworden bzw. haben inzwischen selbst Familien gegründet, die sich sehr gut integrieren konnten. Dies ist auch mit ein starker Verdienst der Schule, für die Integration einen hohen Stellenwert hat und der sich in einer Vielzahl zusätzlicher Einzelprojekte zeigt.

Bei Projekten wie beispielsweise „Wir sind Deutschland“ oder „Gemeinsam geht es besser“ oder dem Projekt „Weltreise“ erarbeiten die Kinder gemeinsam Wissen über unterschiedliche Länder und Kulturen und lernen so den gemeinsamen Umgang miteinander. Die beiden dritten Preise, dotiert mit je 750 Euro Preisgeld, wurden an den Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer e.V. und an die Von-der-Tann-Grundschule (beide aus Regensburg) verliehen.

Der Schwerpunkt des 1971 entstandenen Arbeitskreises für ausländische Arbeitnehmer e.V., (a.a.a.) liegt in der Basisarbeit Sprachförderung und Jugendarbeit. Bereits für eine ganze Generation ehemaliger „Gastarbeiter“ wurde damit der Weg zu einem friedlichen kulturellen Miteinander gebahnt und den jungen Menschen der Start in Ausbildung und Berufsleben erleichtert. Die Bedeutung der Sprachkompetenz als Schlüsselrolle für Erfolg und Anerkennung hat der a.a.a. früh erkannt und setzt diese Ziele vorbildlich um.

Der Verein wurde 2012 bereits ausgezeichnet und hat sich dieses Jahr mit einem Projekt zur Gesellschaftlichen Teilhabe von

Mädchen und Frauen mit Ein- und Zuwanderungshintergrund beworben.

An dem Projekt nehmen Frauen verschiedenen Alters mit Ein- und Zuwanderungshintergrund, mit unterschiedlichen Aufenthaltsstatus und verschiedenen Bildungsabschlüssen teil, die sich bei gemeinsamen Unternehmungen, Ausflügen und Besichtigungen austauschen. Für Schülerinnen werden demnächst extra Workshops in Berufen organisiert, die auch einmal geschlechteruntypisch sind, wie zum Beispiel aus den Bereichen der sogenannten Mint-Fächer.

Die Aktivitäten werden gemeinsam geplant: Dazu gehören Stadtführungen, gemeinsame Museumsbesuche, Selbstbehauptungskurse für Frauen, Bowlingabend, Frauensprechstunden in den Vereinsräumen, Frauencafé

mit Austauschtreffen und Wanderungen im Regensburger Umland. Wichtiger Projektbestandteil ist zudem die Information der Öffentlichkeit zur Situation von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund durch das Angebot und die Durchführung von Veranstaltungsreihen.

Die Grundschule Von-der-Tann bewarb wiederum bewarb sich mit dem außergewöhnlichen und außertourlichen Projekt „SPRING – Deutsch lernen durch Sprechen und Singen“. Die Konzeption des Projekts basiert auf der Überlegung, dass der Erwerb der deutschen Sprache mit dem Hilfsmittel Musik leichter fällt. Zustande gekommen ist das Projekt in Kooperation mit dem Lehrstuhl für Musikpädagogik der Universität Regensburg.

## Wachstumsprozess

Spracherwerb ist ein interaktiver Wachstumsprozess, bei dem die Ausdrucksfähigkeit und Verstehenskompetenz gefördert wird. Mit einer durchdachten Methodenvielfalt, wie starkes Gestiku-

lieren der Lehrer, werden die Kinder motiviert. Dabei ist die Musik ein wunderbares Transportmittel, um das Innere der Kinder rasch zu erreichen, Hemmungen in der Sprachanwendung abzubauen und sprachliche Muster unverkrampft zu trainieren.

## Gefühl für Ton und Takt

Erfahrungsgemäß singen selbst traumatisierte Kinder ab dem ersten Tag die Lieder und Sprechstücke mit Körpereinsatz aktiv mit, weil jedes Kind – egal aus welchem Land – ein Gefühl für Ton und Takt mitbringt. Sie lieben es, sich zur Musik zu bewegen. Musikhören und das eigene Musizieren fördert die Gehirnentwicklung und somit auch die kommunikativen Fähigkeiten, die Grundlage für den Spracherwerb sind. Nebenbei wird dadurch auch das Sozialgefüge unter den Schülern sehr positiv beeinflusst. Die Kinder empfinden sich als Gemeinschaft, unabhängig davon, was sie an Vorsozialisierung mitbringen.

Prägend und belebend für den Schulalltag ist die kulturelle Vielfalt in der Grundschule Von-der-Tann: Etwa 55 % der Kinder kommen aus ca. 30 verschiedenen Ländern und vertreten etwa 25 Sprachgruppen. **DK**



Landrat Florian Töpfer (fünfter von links) und seine Stellvertreterin Christine Bender (rechts) freuen sich bei der offiziellen Preisverleihung mit dem Golddorf Geldersheim. **DK**

# Golddorf Geldersheim jetzt offiziell ausgezeichnet

Preisverleihung des Landesentscheids „Unser Dorf hat Zukunft“

Landkreis Schweinfurt. Gold für die Gemeinde Geldersheim. Im Sommer gab es die Nachricht, nun folgte die offizielle Auszeichnung. Im Rahmen der Abschlussveranstaltung des Landesentscheides „Unser Dorf hat Zukunft – Unser Dorf soll schöner werden“ haben der Geldersheimer Bürgermeister Oliver Brust, Altbürgermeisterin Ruth Hanna Gube und Landrat Florian Töpfer die Auszeichnung in Gold durch Staatsminister Helmut Brunner entgegen genommen. Damit geht das Golddorf im kommenden Jahr nun in das Rennen um den Titel auf Bundesebene.

Zur Preisverleihung in Rieden (Landkreis Amberg- Sulzbach) kamen fast 900 Besucher aus 18 Siegerdörfern, die voller Stolz ihre Gold, Silber oder Bronzemedaille und je ein Bienenhotel entgegen nahmen. Die vier bayerischen Siegerdörfer Geldersheim, Hirsberg, Meinheim und Perlesreut aus ursprünglich 327 Teilnehmern erhielten als Anerkennung ein Preisgeld von 5000 Euro.

2013 hatte Altbürgermeisterin Ruth Hanna Gube die Teilnahme am Wettbewerb auf den Weg gebracht. Es war für die Bürger zu der 1250-Jahrfeier eine zusätzliche Herausforderung. Doch die Leidenschaft der Bürgermeisterin und der Bürger für ihren Ort brachten Geldersheim in die nächste Runde. Nach der Kommunalwahl 2014 übernahm der neue Bürgermeister Oliver Brust innerhalb kürzester Zeit die Aufgabe, den Ort im Bezirksentwurf zu führen. Mit Erfolg.

In jeder Bewertungsebene, ob Kreis-, Bezirks- oder Landesentscheid, zeigte sich Geldersheim als lebensfrohe Dorfgemeinschaft, in der die Bürger die Zukunft mitgestalten und anstehende Herausforderungen mit guten Ideen meistern. Das Zentrum der dörflichen Gemeinschaft sind die sensibel restaurierte mittelalterliche Gadenanlage in der Kirchen-

burg, der Tanzsaal des Fränkischen Hofes und der Schützengarten außerhalb der Stadtmauer. Tradition und Moderne, alt und jung verbindet die Geldersheimer mit Selbstverständlichkeit.

Die Gaden, früher zum Lagern von Nahrung genutzt, beherbergen heute zwei Museen, eine Bücherei, ein Atelier und den Jugendtreff. Das Betreuungsangebot der Kita, die Mittagsbetreuung der Grundschule und die vollstationäre Einrichtung in der Altenpflege bereichern das tägliche Leben.

Über seine Grenzen hinweg ist Geldersheim als eine Hochburg der fränkischen Musik- und Trachtenkultur bekannt. Trotz der fruchtbaren Böden und landwirtschaftlicher Nutzung wird rund um Geldersheim der Natur viel Platz gegeben. Die Grüngestaltung im Dorf spiegelt die fränkische Seele wieder: ein schmückendes Beiwerk, das nie aufdringlich wird, aber zum Wohlfühlen beiträgt. Zukunftsweisend ist die Wahl der unterschiedlichen Baumarten im Dorf, die auch der Klimaveränderung trotzen können. Die Jury überzeugte die Willkommenskultur im Umgang und Integration mit Heimatsuchenden, das Engagement der Bürger, die vielfältige Vereinskultur und der Zusammenhalt.

Der staatliche Wettbewerb hat eine lange Tradition. Seit 1961 wird er in Bayern durchgeführt und hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Wettbewerb des Ideenreichtums, des Bürgerengagements und der Zukunftsplanung entwickelt. Im nächsten Jahr findet der 26. Dorfwettbewerb wieder auf Kreisebene statt. Teilnahme berechtigt sind Dörfer bis zu 3.000 Einwohnern. Der Durchführungs des Wettbewerbs ist die Kreisfachberaterin für Gartenkultur und Landespflege, Brigitte Goss zuständig. Der Anmeldeschluss auf Kreisebene ist 1. Juni 2016. Kontakt per E-Mail an [brigitte.goss@lrasw.de](mailto:brigitte.goss@lrasw.de) **DK**



V. l.: Peter Selz, Beisitzer, Amtsleiter Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern; Markus Müller, Beisitzer, Geschäftsführer BBV-Hauptgeschäftsstelle Schwaben; Dr. Peter Jahnke, Leiter des Fachbeirates; Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin SDL Thierhaupten; Alex Dorow, 1. Stellvertreter, MdL; Jürgen Reichert, Vorsitzender, Bezirkspräsident von Schwaben; Richard Fank, Schatzmeister, Vorstandsvorsitzender Kreissparkasse Augsburg; Johann Huber, 2. Stellvertreter, Präsident Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben; Toni Brugger, Beisitzer, Bürgermeister von Thierhaupten; Gottfried Schlemmer, Beisitzer, Vorsitzender des Bayerischen Zimmererhandwerks. **DK**

## Jahreshauptversammlung der SDL Thierhaupten:

# 20. Thierhauptener Advent

Thierhaupten. Im Rahmen der Jahreshauptversammlung der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) fanden heuer Vorstandswahlen statt. In bewährter Manier übernimmt der schwäbische Bezirkspräsident Jürgen Reichert, weiter den Vorsitz. Zu seinem Stellvertreter wurde der Journalist und Landtagsabgeordnete Alex Dorow einstimmig gewählt. Neuer Beisitzer im Vorstand ist Herr Peter Selz, Leiter des ALE Oberbayern. Dem aus dem Vorstand ausscheidenden ehemaligen Landwirtschaftsminister, Josef Miller, wird die Ehrenmitgliedschaft verliehen und in einer gesonderten Veranstaltung überreicht.

Vor den Wahlen wurden die Mitglieder über die Aktivitäten des auslaufenden Geschäftsjahres unterrichtet. Die SDL bot mit 106 Seminaren und rund 2.300 Teilnehmern auch im 24. Jahr ihres Bestehens ein weiteres Rekordjahr. „Die SDL bringt Menschen und Ideen zusammen und steht in Bayern für Qualität“, so der Bezirkspräsident. „Wir sind stolz darauf, eine solche Einrichtung in Schwaben zu haben.“

„Wir scheuen uns nicht davor, schwierige Themen inhaltlich aufzubereiten. Gerade die Integration von Asylbewerbern in den ländlichen Raum erfordert Kommunikation und Haltung“, so Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Immerhin „hat unsere SDL langjährige Erfahrungen mit unterschiedlichen Einstellungen und Interessen. Nur der informierte Kommunalpolitiker oder Bürger“, so Gerlinde Augustin weiter „kann agieren. In dieser völlig neuen Situation gilt es sich zu bewegen, um neue Wege zu finden. Das ist uns mit dem Asylthema sehr gut gelungen, bereits jetzt verfügen wir über ein starkes Netzwerk“, informierte Gerlinde Augustin. Wir möchten, dass der ländliche Raum von dieser Entwicklung profitiert und Asylsuchende rasch in die Gesellschaft integriert.“

„Ich danke insbesondere dem Bezirk Schwaben und der Verwaltung für Ländliche Entwicklung“, so Gerlinde Augustin, Geschäftsführerin der SDL Thierhaupten. „Ohne diese Partnerschaften wäre unser Weiterbildungsangebot in dieser Form nicht möglich.“

Für 2016 hat sie klare Ziele vor Augen. „Wir wollen unser Netzwerk ausbauen, weitere strategische Partnerschaften eingehen.“ Mit dem Seminarangebot für 2016 setzt sie thematische Schwerpunkte in den Bereichen Integration mit Aspekten Sprache, Arbeit, Wohnen. „Unter dem Motto 'kompetent die Flüchtlingshilfe meistern' legen wir ein Qualifizierungsprogramm auf. Aber auch das Thema 'Baukultur und Mobilitätskonzepte' haben wir im Veranstaltungsangebot.“

Der Thierhauptener Advent ist traditionell auch die Plattform für den Austausch der Vereinsmit-

glieder, Beiräte und Moderatoren. Dem langjährigen Referenten Wilhelm Preißinger, vom ALE Schwaben wurde die „Goldene Ehrennadel“ der SDL verliehen. „Wir schätzen an Wilhelm Preißinger seine hohe Fachkompetenz und seine sympathische Art im Umgang mit Menschen“ so Augustin.

Dr. Norbert Göttler, Philosoph und Bezirksheimatpfleger von Oberbayern referierte über die „Zukunftsidee Dorf“. Göttler plädierte in seinem Vortrag, verschiedene Heimatbegriffe zu vereinen, Klassisches zu bewahren und Neues zuzulassen. Ein zukunftsfähiges Dorf bewegt sich zwischen Innovation und identitätsstiftenden Merkmalen.

Weitere Informationen unter: [www.sdl-inform.de](http://www.sdl-inform.de) **DK**

## BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de)

Internet: [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Museumspreis 2015:

# Gelebtes kommunales Engagement

Das Deutsche Hutmuseum Lindenberg und das Augustiner Chorherren Museum Markt Indersdorf sind in Lindenberg mit dem Bayerischen Museumspreis geehrt worden. Die alle zwei Jahre von der Versicherungskammer Kulturstiftung vergebene Auszeichnung würdigt und fördert damit die Kulturarbeit.

Das Hutmuseum erhielt die mit 20.000 Euro dotierte Auszeichnung für eine Einrichtung mit haupt- oder nebenamtlich wissenschaftlicher Leitung. Das Deutsche Hutmuseum Lindenberg erinnert an die fast 300-jährige Tradition der Hutherstellung im bayerischen Allgäu. In den denkmalgeschützten Räumen einer ehemaligen Hutfabrik hat das Museum 2014 sein adäquates Domizil bezogen.

Mit einem neuen Konzept widmet es sich fachlich fundiert sowie ästhetisch ansprechend und spielerisch der Geschichte der Kopfbedeckungen. Die abwechslungsreiche Ausstellung schlägt den Bogen von den verwendeten Materialien, vielfältigen Arbeitsschritten und nötigen Gerätschaften hin zur Gestaltung der Hutmode im Wandel der Zeit. Militärische und zivile Kopfbedeckungen und deren Hierarchien werden ebenso thematisiert wie modische Strömungen.

Das Augustiner Chorherren

Museum, mit 10.000 Euro für ein ehrenamtlich geführtes Hausdach und getragen vom Heimatverein Markt Indersdorf e. V., ist beispielgebend für erfolgreiche Museumsarbeit im Ehrenamt. Ursprünglich als „Heimatmuseum“ geplant, bildet heute die ortsprägende 650-jährige Klostergeschichte den Ausgangspunkt für die Betrachtung des Augustiner Chorherren Ordens. Damit wird eine überregionale thematische Lücke geschlossen.

## Nachnutzung

Weitere Themen des Museums sind die nachfolgenden Nutzungen des Areals, so zum Beispiel zur Zwangsfürsorge für nicht sesshafte Kinder und Jugendliche durch die Nationalsozialisten sowie die Nutzung in der Nachkriegszeit durch die Nothilfe und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) als Kinderzentrum für jüdische und nichtjüdische Kinder.

„An den beiden Preisträger-Museen wird deutlich, was gelebtes bürgerschaftliches und kommunales Engagement für unsere Kulturlandschaft bedeutet: eine wertvolle Bereicherung. Sie haben hervorragende Arbeit geleistet, die beispielgebend für andere Einrichtungen sein kann!“, gratulierte Kunststaatssekretär Bernd Sibler in seinem Grußwort.

Wie Sibler erläuterte, verfüge der Freistaat über eine äußerst vielfältige Museumslandschaft, in der sein kulturelles Erbe besonders gepflegt werde. „Daher unterstützen wir die nicht-staatlichen Einrichtungen über die Landesstelle für nicht-staatliche Museen in Form von Beratung, Fortbildung und finanziellen Zuschüssen.“ In Bayern gebe es derzeit insgesamt etwa 1.350 Museen, darunter rund 1.200 nicht-staatliche.

Helmut Späth, Vorsitzender der Versicherungskammer Kulturstiftung, hob in seiner Laudatio auf das Lindener Museum vor allem dessen neues Konzept hervor. Beeindruckt zeigte er sich zudem von dem großen ehrenamtlichen Engagement, das das Augustiner Chorherren-Museum trage. **DK**



KPV-Landesvorsitzender Stefan Röble (7. v. l.) zu Gast bei der KPV im Nürnberger Land.

## KPV im Nürnberger Land:

# „Die CSU gibt den Takt vor!“

KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Röble als Gast

Stefan Röble, der Landrat aus dem Donau-Ries und Landesvorsitzende der kommunalpolitischen Vereinigung der CSU, war auf Einladung von KPV-Bezirksvorsitzender Karin Müller und KPV-Kreisvorsitzender Cornelia Trinkl zu Gast im Nürnberger Land und freute sich über die rege Tätigkeit der KPV in der Region.

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte er sich und seinen Landkreis Donau-Ries vor. Röble, der seit 2002 Landrat im Donau-Ries ist, war vorher schon als Bürgermeister politisch aktiv. 130.000 Einwohnern hat der Landkreis, der von seiner wirtschaftlichen Stärke mit Firmen wie Airbus Helicopter, Zott, Fendt-Caravan oder Dehner profitiert. Dank dieser gut aufgestellten wirtschaftlichen Struktur konnten in den letzten 10 Jahren 14.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, der Landkreis liegt deutschlandweit in puncto Lebensqualität auf Platz 3.

Als Landrat hatte sich Röble auch hohe Ziele gesteckt und verwirklicht: durch ein Entschuldungskonzept ist sein Landkreis ab dem 1.1.2016 schuldenfrei und das bei einer relativ niedrigen Kreisumlage von 46,5%.

## Gute Vernetzung

Als KPV-Landesvorsitzender ist es ihm wichtig, mit anderen Kommunalpolitikern in Bayern und der Parteispitze der CSU gut vernetzt zu sein. Und so stellte er auch als Stärke heraus, dass in der kommunalpolitischen Vereinigung jedes „einfache“ Mitglied einen guten Draht zu den Entscheidungsträgern auf Landes- und Bundesebene habe. „Die CSU gibt den Takt vor, sei es bei den FAG-Verhandlungen oder in der Besetzung aktueller Themen“, so Röble.

Die im Anschluss an den Vortrag stattfindende Diskussion war von vielerlei Themen wie der Bewusstseinsbildung kommunaler Projekte, der Zukunft der kommunalen Finanzen und natürlich dem

Thema Asyl geprägt, was ihn seiner Aufgabe derzeit viel Zeit und Mühen kostet, da er als Landrat in jeder Gemeinde Informationsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger organisiert und besucht, um so eine gute Basis für ein Miteinander von Einheimischen und Flüchtlingen zu schaffen.

„Das ist keine einfache Aufga-

be“, so der CSU-Landrat. Er betonte jedoch auch, dass in der derzeitigen Situation Werte wie die Achtung des Grundgesetzes, die Gleichstellung von Mann und Frau, Religionsfreiheit, eine gewaltfreie Erziehung oder die freie Meinungsäußerung immer wieder in den Mittelpunkt gestellt werden müssen.

# Kempten gewinnt Deutschen Nachhaltigkeitspreis

Zum achten Mal wurde in Düsseldorf der Deutsche Nachhaltigkeitspreis verliehen. Dabei setzte sich unter den Städten mittlerer Größe Kempten im Allgäu mit einem partizipativen und kooperativen Nachhaltigkeitsmanagement und einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung durch. „Aber auch in weiteren Themenfeldern leistet die bayerische Kommune überzeugende Arbeit“, heißt es in der Jurybegründung.

Die Nachhaltigkeitspolitik der Stadt Kempten basiert seit 2009 auf dem Leitbild „Strategische Ziele 2020“, das fünf für die Nachhaltigkeit zentrale Kernbereiche umfasst: Klimaschutz, Bildung, Stärkung der Wirtschaft, Haushaltskonsolidierung und Gestaltung des demografischen Wandels. Zentrales Element der strategischen Ausrichtung ist ein umfangreiches und innovatives Bürgerbeteiligungsverfahren sowie die Einbindung der Akteure aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Beispielsweise können Interessierte in Planungswerkstätten am Mobilitätskonzept 2030 mitwirken oder im Klimaschutz Bürgerforum aktiv werden.

Bereits seit 20 Jahren arbeitet die Stadt Kempten laut Jury kon-

sequent am Schuldenabbau. In den vergangenen 12 Jahren sei es der Allgäuer Kommune gelungen, die Schulden um 76 % zu reduzieren. Eine ausgeprägte regionale Vernetzung und zahlreiche Kooperationen stärkten die Nachhaltigkeitspolitik der Stadt. Dies gelte insbesondere auch für die Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft. Eine intensive Unternehmensbetreuung, ein Einzelhandelskonzept zur Stärkung der Innenstadt sowie die gezielte Förderung von Gründern seien nur einige Beispiele hierfür.

## Arbeitsmarktorientierte Bildungsmaßnahmen

Auch im Bereich Arbeitsplatzsicherheit und -beschaffung leiste

be“, so der CSU-Landrat. Er betonte jedoch auch, dass in der derzeitigen Situation Werte wie die Achtung des Grundgesetzes, die Gleichstellung von Mann und Frau, Religionsfreiheit, eine gewaltfreie Erziehung oder die freie Meinungsäußerung immer wieder in den Mittelpunkt gestellt werden müssen.

Kempten wertvolle Arbeit. Die Stadt bietet arbeitsmarktorientierte Bildungsmaßnahmen für alle Altersgruppen und soziale Schichten an. Außerdem wurden Langzeitarbeitslose zu „Stromsparhelfern“ für einkommensschwache Haushalte umgeschult.

## Grundlage für gesamte Klimapolitik

Grundlage für die gesamte Klimapolitik der Kommune ist ein integriertes Klimaschutzkonzept, das seit 2014 auch durch einen „Klimaschutzbeirat“ getragen wird. In der kommunalen Beschaffung folgt Kempten strengen Energie- und Klimaschutzrichtlinien. So darf zum Beispiel der Schadstoffausstoß von Fahrzeugen des städtischen Fuhrparks nicht mehr als 130 g CO<sub>2</sub>/km betragen. Dadurch und durch weitere umfassende Maßnahmen ist es Kempten gelungen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zwischen 2000 und 2014 um 60 % zu senken. **DK**

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Unglaublich, wie viele Ereignisse in die Spanne von zwölf Monaten passen. Leben wir wirklich noch in der gleichen Welt wie heute vor einem Jahr?“ Mein Chef, der Bürgermeister, ließ das alte Jahr in der Erinnerung vorüberziehen.

Vieles hat sich verändert. Uns wurde das „Sommermärchen“, die WM 2006, madig gemacht, weil die positiven Seiten Deutschlands durch Provisionszahlungen stärker herausgehoben wurden. Nur: Waren wir deshalb schlechtere Gastgeber, die Stimmung weniger freundlich und das Bild, das wir abgegeben haben, weniger positiv? Der Nimbus deutscher Ingenieurskunst wurde durch VW ramponiert, eines der Flaggschiffe der deutschen Wirtschaft schlechthin. Noch dazu haben die Ingenieure beim Schadstoffausstoß getrickst, obwohl uns Deutschen doch unser grünes Gewissen über alles geht. Schließlich

Und ja, die Flüchtlinge. Keiner weiß, wie es in dieser Frage weitergeht. Aber wenn nicht alles täuscht, zeigen die Bemühungen der Europäer und besonders der Kanzlerin Fröchte, den unkontrollierten Zustrom nach Europa und damit die Gefahr einer humanitären Katastrophe einzudämmen.

Eine große Bewährungsprobe steht uns allerdings noch bevor. Wohin wir auch bei un-

seren Nachbarn blicken, nicht nur in Polen, Frankreich oder der Schweiz reagieren die Menschen und Wähler auf die Globalisierung und das Zusammenrücken der Welt mit Abwehr und Einigelung. Grenzen zu, Euro pfüt, Flüchtlinge raus – auf diesen kurzen Nenner lässt sich nicht nur das Programm des Front National, der Schweizerischen Volkspartei oder der polnischen PiS bringen, sondern dieser Grundtenor schwingt auch in der politischen Diskussion in Dänemark, Österreich, Tschechien oder den Niederlanden immer stärker mit und erreicht vor allem eine junge, verunsicherte, nach Orientierung suchende Generation. Das amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ hat Kanzlerin Merkel zur Person des Jahres gekürt, weil sie gezeigt habe, wie Deutschlands Stärke genutzt werden könne, um zu retten statt zu zerstören. Hoffentlich zeigt auch das deutsche Volk, dass es die Herausforderungen weiter europäisch lösen und keinen der berechtigten deutschen Sonderwege gehen will.

Mein Chef, der Bürgermeister, hofft, die Feiertage werden von den Menschen auch genutzt, um darüber nachzudenken, wie viel Leid der Nationalismus Europa gebracht hat und wie viel wir der europäischen Einigung verdanken. Ich steuere dazu Gedanken der Theologin Hannelore Frank bei: „Hoffnung ist etwas, das wir alle zum Leben brauchen. Denn wer könnte ohne Hoffnung leben? Ohne die Aussicht, das Vertrauen, die Möglichkeit, dass alles besser wird? Vielleicht ist Weihnachten nicht so sehr das Fest der Liebe, als das Fest der Hoffnung.“

Liebe Leserinnen, liebe Leser, in ein paar Tagen feiern wir die Geburt des Kindes, das der Welt Liebe und Hoffnung brachte, Vergebung und Trost. Ich wünsche Ihnen von Herzen, Sie können das Fest in Frieden, Harmonie und in der Zuversicht feiern, dass des Menschen größte Fähigkeit immer noch darin besteht, Gutes zu tun.

Ihre Sabriul

## Ausstellung im Landratsamt Fürstfeldbruck:

# Wertvoller leben

In der „staden Zeit“ bietet sich für die LandkreiskreisbürgerFürstfeldbrucks die Gelegenheit beim Besuch der Ausstellung „Wertvoller Leben“ einmal über die eigenen Werte, Wünsche und Sehnsüchte nachzudenken.

Den Besuchern stellt sich die Frage, was sie als wertvoll in ihrem Leben empfinden: Wie gehe ich mit Geld um? Was ist mir die Natur wert? Was bedeuten Familie und Freunde für mich? Die Ausstellung soll in vielen Facetten anschaulich und erfahrbar machen, dass der Anspruch der Nachhaltigkeit nicht mit den Bedürfnissen der Menschen nach Wohlstand und glücklichem Leben kollidieren muss.

Die Ausstellung „Wertvoller Leben“ des Umweltministeriums ist in sechs Module gegliedert. Es

geht um das persönliche Glück, um die Konsequenzen unseres Handelns in der einen Welt, um die Schätze der lebendigen Erde und unseres Landkreises, um den persönlichen Warenkorb und die Thematik des (Weihnachts)Konsums sowie die Einmaligkeit des blauen Planeten.

Die Ausstellung kann noch bis 17.01.2016 zu den Öffnungszeiten des Landratsamtes Montag bis Donnerstag von 8 bis 18 Uhr und Freitag von 8 bis 16 Uhr besucht werden.

25 Jahre Automobile Georg Scherieble  
Ihr zuverlässiger Partner

**Wir kaufen Ihre Gebrauchtfahrzeuge!**  
Faire Konditionen, seriöse und zuverlässige Abwicklung  
**PKW, Transporter, Nutzfahrzeuge**

alle Alters- und Zustandsklassen  
Besichtigung und Bewertung auch vor Ort  
Bitte kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:  
Tel.: 08204-9608102 · Mobil: 0171-6115055  
Fax: +49 8204 9608103 · E-Mail: info@scherieble.de

Automobile Georg Scherieble · Schelmenlohe 13 · 86866 Mickhausen

Wirtschaftsregion Inn/Salzach:

# Unverzichtbarer Schienen- und Flughafenausbau

Das sog. Chemiedreieck zwischen Simbach am Inn, Ampfing und Traunreut bietet, Zulieferbetriebe mitgerechnet, 75.000 Menschen Arbeit. Aber die Industrie vor Ort sieht diese Arbeitsplätze langfristig in Gefahr, denn um im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig zu bleiben, muss dringend in die Infrastruktur investiert werden. Gemeinsam mit dem Städtebund Inn/Salzach lud der Wirtschaftsbeirat Bayern zu einer Informationsveranstaltung nach Mühldorf am Inn. Flughafenchef Dr. Michael Kerkloh und Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter der Deutsche Bahn in Bayern, verdeutlichten die Notwendigkeit einer Symbiose aus Schiene und Flugverkehr für den Wirtschaftsstandort Inn/Salzach.

Kerkloh lieferte eine Analyse der Situation des Flughafens, der in zwei bis drei Jahren seine Kapazitätsgrenze erreicht haben wird und drängte auf ein politisches Bekenntnis zur dritten Startbahn. Die Stadt München, Gesellschafter des Flughafens mit 23 %, fühlt sich an einen ablehnenden Bürgerentscheid aus dem Jahr 2012 gebunden, obwohl der Entscheid schon längst nicht mehr verbindlich ist. Deshalb wird die Startbahn, die vollkommen aus flughafeneigenen Mitteln finanziert werden

würde, nach wie vor nicht gebaut. Aber die Zeit drängt und der Flughafenchef zeichnete ein düsteres Bild: Würden wichtige Investitionen verpasst bzw. unterlassen werden, so gefährde man 17.400 von derzeit 32.000 Arbeitsplätzen. W hingegen eine zusätzliche Startbahn weitere 15.300 Arbeitsplätze schaffen könne. „Faktisch haben wir Baurecht“, so Kerkloh, „zehn Jahre haben wir alle Gerichte überzeugt, das Bundesverwaltungsgericht hat nicht einmal eine Revision zugelassen.“

Der Flughafen München ist derzeit der siebtgrößte Flughafen und die fünftgrößte Drehscheibe in Europa. Gegenüber 2014 wurde ein Passagierwachstum von 1,5 Millionen auf 41 Millionen verzeichnet. „Seit 1992 haben wir 50 % mehr Passagiere, bis 2030 wird mit einem weiteren Zuwachs von 50 % gerechnet“, erläuterte Kerkloh, die Welt werde immer mobiler und wenn München diesen zu erwartenden Flugverkehr nicht abwickeln könne, würde er andersorts stattfinden.

„Diese Start- und Landebahn ist die letzte, die Deutschland bekommen könnte, wenn sie nicht kommt, dann wird sie im Ausland gebaut“, mahnte Kerkloh und kritisierte, dass es keine großen Infrastrukturprojekte mehr gäbe. Die Anreisemöglichkeiten am Flughafen selber seien auch nicht zufriedenstellend. „Man hat den Transrapid getötet und nichts dafür bekommen“, monierte Kerkloh die nach wie vor schlechte Erreichbarkeit des Flughafens.

Auch Klaus-Dieter Josel bedauert nach wie vor, dass der Transrapid 2008 beerdigt wurde. Erst 2018 soll es eine Veränderung geben. Die Neufahrer Kurve, die derzeit entsteht, werde die Anreise von Ostbayern an den Flughafen erleichtern, versprach Josel und fügte hinzu, dass die Region

Mühldorf allerdings erst durch die Walpertskirchner Spange profitieren würde, die sich derzeit in der Planung befände.

Josel berichtete über den schon laufenden Ausbau der ABS 38 von München über Mühldorf a. Inn nach Freilassing und bejahte, dass die Notwendigkeit zwar erkannt wurde, letztlich die Entscheidung aber beim Bund läge, der auch für die Finanzierung verantwortlich wäre. Ziel sei ein durchgängig zweigleisiger Ausbau der Strecke und eine Elektrifizierung bis Burgauhausen. Damit ließen sich Zugfrequenz und Zuglänge erhöhen, was sich positiv auf den Passagier- und Güterverkehr auswirken und letztendlich auch für eine Entlastung auf der Straße sorgen würde.

Im Umkehrschluss bedeutet dies für den Ist-Zustand, dass, so Johann Krichenbauer, Vorsitzender des Städtebundes Inn/Salzach und 1. Bürgermeister Burgkirchen a. d. Alz, derzeit 2,5 % des gesamten deutschen Güterverkehrs über eine eingleisige, nicht elektrifizierte Strecke abgewickelt würden, die übrigens bereits 1862 zweigleisig geplant wurde.

Johann Wick vom Landratsamt Berchtesgadener Land nannte den Zustand der Strecke für eine europäische Magistrale beschämend. Er war extra angereist, um darauf aufmerksam zu machen, dass der Ausbau der ABS 38 und die damit verbundene bessere Erreichbarkeit des Münchner Flughafens für seinen Landkreis essentiell sei, auch um sich von Salzburg unabhängiger zu machen. In Verbindung mit dem Ausbau wäre für zwei weitere Haltepunkte in

## Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt als **Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH** die Dokumentation zum 3. Bayerischen Breitbandforum der Bayerischen Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.



V. l.: Marianne Zoller, Bürgermeisterin Mühldorf am Inn; Dr. Jürgen Hofmann, Generalsekretär Wirtschaftsbeirat Bayern; Johann Krichenbauer, 1. Bürgermeister Burgkirchen a.d. Alz; Klaus-Dieter Josel, Konzernbevollmächtigter Bayern, Deutsche Bahn AG; Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung Flughafen München; Dr. Willi Kleine, Wirtschaftsbeirat Bayern; Jochen Englmeier, Geschäftsführer Städtebund Inn-Salzach.

Freilassing Nord und Surheim in einer vom Landkreis Berchtesgadener Land in Auftrag gegebenen Studie ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis festgestellt worden. Interessant sei zudem, die Strecke vor dem Hintergrund „Brennerbasistunnel“ zu betrachten, denn eine ausgebaute ABS 38 könnte hier Entlastung schaffen.

Die Stimmung auf der sehr gut besuchten Veranstaltung war spürbar deutlich positiv gegenüber den Ausbauplänen bei Flughafen und Bahn. Laut Dr. Dieter Gilles, Werkleiter von Wacker Chemie,

„ist eine gute Infrastruktur die Investition in die Zukunft“. Vertreter der chemischen Industrie sagten dem Flughafen für seine Initiative „Gut für Bayern“ (www.gutfuerbayern.de) Unterstützung zu. Bereits vor 100 Jahren, erläuterte Krichenbauer, ließ sich die Industrie hier nieder, da es genügend Arbeitskräfte gab und damals mit dem Bau des Alzkanals und der Eisenbahn eine bedarfsgerechte Infrastruktur geschaffen wurde. Nun sei es an der Zeit, die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Text und Bild: CH

### Vorschau auf GZ 1/2

In unserer Ausgabe Nr. 1/2, die am 21. Januar 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energieversorgung
- Umweltschutz
- Abfallwirtschaft - Recycling
- Kommunales Verkehrswesen - ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge
- Garten- und Landschaftsbau

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Absperrpfosten

**LANGER** s. Fahrradabstellanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf** auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgassen 73 - 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 63 70

### Gewerbekbau

**Laumer Bautechnik GmbH**  
Bahnhofstr. 8  
84323 Massing  
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume  
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

[www.laumer.de](http://www.laumer.de) · [info@laumer.de](mailto:info@laumer.de)

### Kindergarteneinrichtungen

**eibe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) | [www.eibe.net](http://www.eibe.net)

### Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.  
Bei Ihren Profis in der Region.

- Henne-Unimog GmbH**  
85551 Heimstetten, [www.henne-unimog.de](http://www.henne-unimog.de)
- Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG**  
93095 Hagelstadt, [www.bassewitz.de](http://www.bassewitz.de)
- Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge**  
89231 Neu-Ulm, [www.wilhelm-mayer.com](http://www.wilhelm-mayer.com)
- Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG**  
95326 Kulmbach, [www.beuthauser.de](http://www.beuthauser.de)
- Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG**  
97076 Würzburg-Lengfeld, [www.kurt-herold.de](http://www.kurt-herold.de)
- KLMV GmbH**  
95145 Oberkotzau, [www.klmv.de](http://www.klmv.de)

### Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

[www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de) Bayern Labo

### Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

[www.twitter.com/gz\\_aktuell](https://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](https://www.facebook.com/GZaktuell)

### Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218  
Telefon: (02773)821256 · [www.hailo-professional.de](http://www.hailo-professional.de)

### Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

**eibe** Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG  
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen  
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199  
E-Mail [eibe@eibe.de](mailto:eibe@eibe.de) | [www.eibe.net](http://www.eibe.net)

### Wartehallen/Außenmöblierungen

**LANGER**   
05326 / 502-0

Wartehallen   
38685 Langelsheim · [www.langer-georg.de](http://www.langer-georg.de)  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Weihnachtsbeleuchtung

**deko-jochum**

weihnachtsbeleuchtung  
beratung · planung · vertrieb  
grünware · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8  
91233 neunkirchen a. sand  
telefon: 09123/99 812 99  
telefax: 09123/99 812 98  
[deko-jochum@t-online.de](mailto:deko-jochum@t-online.de)  
[www.deko-jochum.de](http://www.deko-jochum.de)

Vertragshandel für

Wir liefern in 8-14 Tagen -  
und das bis kurz vor Weihnachten!

### Inserieren bringt Erfolg!

[www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de)

**5. November 2015**

**3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM** Stadthalle Neusäß  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

### Computer Netzwerke

**Die Netzwerkprofis** **crystal**  
The experts for networks.

Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —  
von Entwurf zu Umsetzung und mehr.

Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • [info@crystal.de](mailto:info@crystal.de) • [www.crystal.de](http://www.crystal.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

**Constanze von Hassel**

Telefon 08171.9307-13

[hassel.constanze@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.constanze@gemeindezeitung.de)

### Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

**Theresa von Hassel**

Telefon 08171.9307-10

[hassel.theresa@gemeindezeitung.de](mailto:hassel.theresa@gemeindezeitung.de)

### Fahrradabstellanlagen

**LANGER** s. Wartehallen/Außenmöblierungen

**NÜRNBERG 2015**

**KOMMUNALE**

9. FACHMESSE  
UND KONGRESS  
FÜR KOMMUNAL-  
BEDARF

**14./15. Okt. 2015**

Messe Nürnberg [www.kommunale.de](http://www.kommunale.de)

Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

### Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem **KRENZER**  
... clevere Raumkonzepte

Fordern Sie unsere neuen  
Verkaufsunterlagen an!

Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)  
Tel.: 02771/3208-0 · E-Mail: [info@krenzer-sitzmoebel.de](mailto:info@krenzer-sitzmoebel.de) · [www.krenzer-sitzmoebel.de](http://www.krenzer-sitzmoebel.de)

**23. Juni 2016**

**9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM**  
der Bayerischen Gemeindezeitung  
[www.bayerisches-energieforum.de](http://www.bayerisches-energieforum.de)

## 3. BAYERISCHES BREITBANDFORUM:

# ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT

## RUND 300 TEILNEHMER BEI GZ-FACHVERANSTALTUNG IN NEUSÄß

Ob privat oder im Geschäftsleben, das Internet gehört inzwischen zum Alltag. Dabei steigen die Ansprüche an die Infrastruktur mit der Menge und Leistungsfähigkeit der genutzten Dienste. Die Forderung einer flächendeckenden Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s kann im Zuge des steigenden Bandbreitenbedarfs nur ein Anfang sein. Bereits heute stellt eine umfangreiche Breitbandversorgung einen nicht zu unterschätzenden Standortfaktor für Städte und Gemeinden dar. Dort, wo der privatwirtschaftliche Ausbau ins Stocken gerät, stellen sich auch zunehmend Kommunen und kommunale Betriebe der Verantwortung.

Den kommunalen Entscheidern fällt hierbei die Aufgabe zu, die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen. Mit dem 3. Bayerischen Breitbandforum in der Stadthalle Neusäß schuf die Bayerische GemeindeZeitung erneut eine Plattform, über die wertvolle Kontakte zu Dienstleistern, Finanzpartnern und Netzbetreibern ermöglicht wurden. Fachlich begleitet wurde das Breitbandforum vom Exklusivpartner LEW TelNet sowie den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern.

Insgesamt folgten rund 300 Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und von

branchenrelevanten Unternehmen der Einladung. Mehr als 30 Partner bzw. qualitativ hervorragende Aussteller konnte das Forum für sich gewinnen. Für 2016 ist eine Fortsetzung der Veranstaltung geplant.

### ENTSCHEIDUNGSHILFEN

Die hochkarätigen Referenten boten in Vorträgen und einer Podiumsdiskussion für die Besucher wegweisende Entscheidungshilfen bei ihren individuellen Fragen.

„Einen dornigen Weg“ seien die Kommunen mit dem Bayerischen Breitbandförder-

programm gegangen, konstatierte jüngst das ehemalige Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse. Aus diesem Grunde, so GZ-Verlegerin Anne-Marie von Hassel in ihrer

### DOKUMENTATION IM INTERNET

Dieser Sonderdruck sowie die Vorträge – soweit sie freigegeben wurden – und die Links zu den Ausstellern stehen unter [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de) zum Download bereit. ■

Begrüßung, habe die Bayerische GemeindeZeitung ihr Breitbandforum ins Leben gerufen.

Seit 2013 sei viel geschehen; so habe Ministerpräsident Horst Seehofer unter anderem entschieden, das Breitbandthema im Heimatministerium anzusiedeln. Staatsminister Dr. Söder zufolge ist die Art



„Die digitale Region: lebenswert und zukunftsstark“ lautete das Thema der Podiumsdiskussion, die Christian Sachsinger moderierte. Es diskutierten (v. l.): Anke Knopp, Bertelsmann Stiftung; MDirig Dr.-Ing. Rainer Bauer, StMFLH; Johannes Stepperger, Geschäftsführer LEW TelNet; Bernd Burkhart, IT-Leiter Kliniken an der Paar; Dr. Stephan Albers, BREKO - Bundesverband Breitbandkommunikation und Jörn Steinhauer, Geschäftsführer der alphasystems GmbH. ■

des Anschlusses von Gemeinden im ländlichen Raum „eine der wichtigsten Fragen gleichwertiger Lebensbedingungen in Stadt und Land und ein grundlegendes Infrastrukturelement“. Mittlerweile, so von Hassel, befänden sich über 90 % der bayerischen Gemeinden im Förderverfahren. Gleichwohl bleibe noch viel zu tun, um die ambitionierten Ziele erreichen zu können.

Neusäß' Erster Bürgermeister Richard Greiner zufolge hatte sich der Stadtrat auf seiner konstituierenden Sitzung zum Ziel gesetzt, möglichst in allen Neusäßer Stadtteilen bald schnelles Internet herzustellen. Die Stadt mit ihren 22.000 Einwohnern ist ein typisches Kind der Gebietsreform. Sie besitzt acht Stadtteile unterschiedlicher Größenordnung, was die Stadt vor erhebliche Herausforderungen gestellt habe.

### WIN-WIN-SITUATION IN NEUSÄß

2011 nahm Neusäß am ersten Förderverfahren des Freistaats teil. Damals ging es darum, Entwicklungsgebiete zu definieren und diese ans schnelle Internet anzuschließen.



Bürgermeister Richard Greiner. ■

Umgesetzt wurde dies mit dem Infrastrukturbetreiber LEW TelNet. Rund 1.400 Haushalte und Gewerbetreibende im Schmutterpark und im Gewerbegebiet Täferlingen profitierten von dieser Maßnahme.

Aufgrund des Eigenausbaus der Deutschen Telekom konnten drei Jahre später sieben von acht Neusäßer Stadtteilen mit schnellem Internet versorgt werden. Zu diesem Zweck wurden 41 Kilometer Glasfaserkabel im gesamten Stadtgebiet verlegt und 38 Multifunktionsgehäuse neu aufgestellt. Im Zuge dessen wurde laut Greiner auch für entsprechende Verbesserungen im öffentlichen Straßenraum gesorgt – „eine echte Win-win-Situation“.

Als letzter Neusäßer Stadtteil kann nunmehr Schlipshelm für schnelles Internet erschlossen werden. Bau und Betrieb des neuen Hochleistungs-Breitbandnetzes setzen der regionale Telefon- und Internetanbieter M-net und LEW TelNet gemeinsam um. Beide Unternehmen beteiligen sich an den Investitionskosten. Mitte Oktober dieses Jahres übergab Heimatminister Söder den Förderbescheid für das Breitbandprojekt, das über das laufende Bayerische Breitbandförderprogramm mitfinanziert wird. Greiner zufolge werden zum Jahresende die entsprechenden Baumaßnahmen beginnen; bis Mitte 2016 soll der Breitbandanschluss erfolgen. ■

## STEFAN GRAF / BAYERISCHER GEMEINDETAG:

# HERAUSFORDERUNG ZWEITE ANTRAGSWELLE

**D**ass die Akzeptanz der bayerischen Breitbandförderung hoch ist, konstatierte Direktor Stefan Graf. Nach einer Laufzeit von knapp drei Jahren, inklusive einer Optimierung im Juli 2014, seien bereits 92 % der bayerischen Gemeinden ins Förderverfahren eingestiegen. Nach Grafs Überzeugung war es „ein geschickter Schachzug der Staatsregierung, die Vermessungsämter einzuschalten“, hätten diese doch in den kommunalen Gremien vor Ort die Wichtigkeit des Themas entsprechend kommuniziert.

„1,5 Mrd. Euro Staatsmittel stehen bei einem durchschnittlichen Fördersatz von 77 Prozent und einem durchschnittlichen Förderhöchstbetrag von 725.000 Euro bei bloßer Ausschöpfung der staatlichen Mittel

kommunale Investitionen von 433 Millionen Euro gegenüber – und das obwohl der Ausbau der Breitbandinfrastruktur keine kommunale Pflichtaufgabe, sondern Bundeszuständigkeit ist“, hob Graf hervor. Die Kommunen

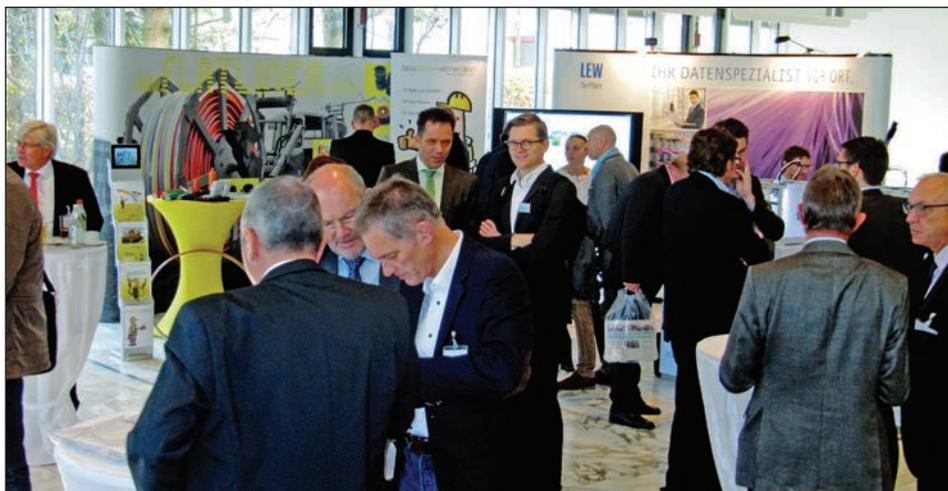
„springen hier nur in die Bresche“, weil andernfalls der ländliche Raum bei einem weiteren Standortfaktor ins Hintertreffen geraten könnte.

Ein Großteil der Förderung gehe in FTTC, d. h. in den Ausbau der Kabelverzweiger, da dies in der Vergangenheit als die kostengünstigste Variante angesehen wurde. Für 347 Kommunen seien bereits 360 Fördersteckbriefe ausgestellt. Bis Ende 2016 werden 167.000 Haushalte allein auf Basis dieser Projekte mit NGA (Next Generation Access)-Anschlüssen versorgt.

Laut einer IW Consult-Umfrage zeigten sich Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche dennoch unzufrieden mit der momentanen Ausbausituation, d. h. der verfügbaren Bandbreite, so Graf. Diese Kritik müsse freilich relativiert werden, „bildet der Ist-Zustand doch nicht ab, was sein wird, wenn die Förderbescheide vorliegen und die Bauarbeiten beginnen“.

### PRAGMATISCHER TECHNOLOGIEMIX

Interessant sei, dass die Gemeinden Zurückhaltung bei der Fördersumme üben – sie blieben „weit unter ihren Möglichkeiten“, betonte der Gemeindetagsdirektor. Stelle sich also die Frage: „Waren wir zu vorsichtig, hätten wir nicht gleich in FTTH investieren sol-



Die Kongressteilnehmer informierten sich ausgiebig an den Informationsständen im Foyer. ■



Blick in den kleinen Vortragsraum.

len? Stimmt die strategische Richtung überhaupt?“

Tatsache ist: Deutschland rangiert beim Glasfaserausbau unterhalb des OECD-Durchschnitts. „Um große Bandbreiten zu erreichen, wird Glasfaser die Zukunft sein“, meinte Graf. Letztlich müsse man sich nach den Kosten strecken. Deshalb plädierte er für einen pragmatischen TechnologiemiX-Ansatz: Während für einen sofortigen Ausbau mit FTTH-Glasfasertechnik geschätzte Kosten in Höhe von ca. 13 Mrd. Euro zu veranschlagen seien (3 Mrd. Euro Förderung nötig), lägen die Kosten mit einem TechnologiemiX bei lediglich ca. 4 Mrd. Euro.

### STANDARD BLEIBT FTTC

Graf: „Standard bleibt die FTTC-Lösung, aber soweit die Förderhöchstsummen für eine Flächendeckung reichen, sollten Gewerbe und Bildungseinrichtungen wie Schulen mit Glasfaser erschlossen werden.“ Insbesondere gelte dies bei der „zweiten Förderwelle“. Zudem riet Graf dazu, Tiefbauarbeiten für die Leerrohrverlegung zu nutzen. Hier könne viel Geld gespart werden.

„Unsere Strategie, gemeinsam mit der Wirtschaft möglichst schnell flächendeckend zu höheren Bandbreiten zu kommen, hat sich als richtig erwiesen“, stellte der Direktor fest. Die Bayerische Staatsregierung hatte sich bei ihrer Ausbastrategie auf Fachstimmen gestützt, die die Erschließung der Kabelverzweiger als sinnvollen Zwischenschritt hin zur flächendeckenden Glasfaserverdrahtung betrachten. Auch der Gemeindetag habe diese „step by step“-Vorgehensweise unterstützt.

„Nun aber gibt es Hiobsbotschaften, die klar darauf hindeuten, dass viele Gemeinden mit der Förderhöchstsumme nicht auskommen werden“, fuhr Stefan Graf fort. Hoffnung habe man deshalb in das im vergangenen Oktober vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) vorgelegte „Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau“ gesetzt. Mit einer Laufzeit von zwei Jahren soll es das Versprechen der schwarz-roten Koalition umsetzen, bis 2018 alle deut-

schen Haushalte mit mindestens 50 MBit/s schnellen Internetanschlüssen zu versorgen.

### BUNDESFÖRDERPROGRAMM

Als gesamte Fördersumme hat das BMVI 2,7 Milliarden Euro eingeplant (inklusive einer möglichen Kofinanzierung der Länder), wobei der Bund in der Regel 50 Prozent der



Stefan Graf.

zuwendungsfähigen Kosten übernehmen soll. Über eine mögliche Kofinanzierung durch den Freistaat wären maximal 90 % möglich. Der Höchstbetrag an Bundesförderung pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro.

Planungs- und Beratungskosten können mit bis zu 100 Prozent und bis zu einem Betrag von maximal 50.000 Euro gefördert werden. Damit wird ein zusätzlicher Anreiz dafür geschaffen, schnell mit den Vorbereitungen für Ausbauprojekte zu beginnen.

Städte und Gemeinden können die Zuschüsse entweder nutzen, um sich im Lückenmodell an den Ausbaukosten durch ein Telekommunikationsunternehmen zu beteiligen, das andernfalls nicht investieren würde. Die zweite Variante ist das Betreibermodell: Stadtwerke oder andere kommunale Gesellschaften verlegen mit Hilfe der Zuschüsse Leerrohre und Glasfaserleitungen und verpachten

diese anschließend an ein Unternehmen, das die Technik betreibt. In der geplanten Förderrichtlinie werden für das Betreibermodell allerdings hohe Hürden aufgebaut.

### SCORING-MODELL ZUM PUNKTE-SAMMELN

Als Grundlage für die Ausschüttung von Fördergeldern dient ein Scoring-Modell, mit dem bis zu 100 Punkte gesammelt werden können. Besonders hoch gewichtet es die rechtzeitige Fertigstellung des Projekts bis 2018, die durchschnittlichen Kosten pro Anschluss sowie die Bevölkerungsdichte im Zielgebiet.

„Unserer Ansicht nach gibt das Bundesförderprogramm keine Fördersicherheit“, bemerkte Graf. Da sich Antragsteller im Scoring durchsetzen müssen, stelle sich die Frage, „ob Gemeinden mit ‚versprengten Ortsteilen‘, die noch nicht über das bayerische Programm gelaufen sind, wirklich zum Zug kommen oder doch nicht eher schlechte Karten haben werden“. Nach Auffassung des Bayerischen Gemeindetags sollte der Bund die Einnahmen aus der Digitalen Dividende II nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilen. Somit könnten diese ihren Topf erweitern und nach ihrem bewährten Procedere weiter fördern.

„Wir gehen davon aus, dass das Bundesprogramm mindestens so viele Probleme in der Anlaufphase hat wie das bayerische Förderprogramm“, bilanzierte Graf. Er befürchtete, dass hier noch viel Lehrgeld zu zahlen sein wird: „Die Verantwortlichen im Bund wären gut beraten gewesen, sich etwas intensiver in Bayern zu erkundigen – schließlich haben wir bereits leidvolle Erfahrungen gemacht.“

„Unser Wunsch ist es, dass der Freistaat ein Gesamtpaket schnürt“, unterstrich Graf abschließend. Beinhaltet soll es „ein bayerisches Programm mit möglicher Verschiebung der Förderhöchstsumme und Kofinanzierung des Bundesprogramms“. Für die Endphase des bayerischen Programms soll somit Klarheit geschaffen werden. Insgesamt aber sei man auf einem sehr guten Weg.

OLIVER SCHREMPEL / BAYERISCHES BREITBANDZENTRUM:

## BREITBANDBAU – STATUS UND AUSBLICK

Eine hochleistungsfähige Breitbandversorgung spielt nicht nur in Ballungszentren und Städten eine zentrale Rolle, sondern ist insbesondere im ländlichen Raum eines der großen Zukunftsthemen. Ziel des Freistaats ist, bis 2018 flächendeckend Hochgeschwindigkeitsnetze zu schaffen und das modernste Breitband für Bürger und Unternehmen zum Standard zu machen. Hierfür wurde ein umfangreiches Förderprogramm aufgelegt.

Wie Oliver Schrempel, Leiter des Bayerischen Breitbandzentrums Amberg (BBZ), berichtete, sind von 2.065 Gemeinden in Bayern mit insgesamt 40.000 Ortsteilen aktuell 1.887 Gemeinden im Förderverfahren (Stand: 05.11.15). Dies entspricht einem Anteil von 92 Prozent. Mit einer Gesamtfördersumme von 189 Millionen Euro starten nun bereits 555 Kommunen in den Breitbandausbau.

Als Zielsetzung für den Ausbau definierte Schrempel einen hohen Grad an Flächendeckung mit schnellem Internet und zukunftsfähige Lösungen wie einen hohen Glasfaseranteil (FTTB) – beispielsweise in Gewerbegebieten oder sonstigen Gewerbestandorten, Hotels etc. (Bandbreite 100 Mbit/s aufwärts) sowie – soweit noch nicht versorgt – die Erschließung der Schulen mit schnellem Internet.

### ES GIBT KEINEN KÖNIGSWEG

Schrempl zufolge „steht außer Frage, dass die FTTB-Lösungen die zukunftssichersten werden. Das Dilemma ist nur: Wir haben lediglich ein bestimmtes Maß an Fördermitteln. Letztlich muss die Gemeinde zwischen Flächendeckung und zukunftsfähiger Lösung

abwägen und das ist für sie nicht immer einfach.“ Einen optimalen Königsweg wird es nach Schrempls Dafürhalten nicht geben. Breitbandmanager an den Ämtern für Digitalisierung, Breitband und Vermessung leisteten den Gemeinden jedoch Hilfestellung. Dieses Beratungsangebot sollte unbedingt angenommen werden. „Ein zweiter Blick schadet nicht, kann aber Anregungen und Hinweise bringen!“

Wie der BBZ-Leiter hervorhob, werde das Auswahlverfahren mittlerweile sehr viel differenzierter in Angriff genommen. Hatte man zu Beginn des vergangenen Jahres fast 100 % FTTC-Lösungen, habe sich dies inzwischen stark gewandelt. So habe die Stadt Dinkelsbühl mit ihren 67 Ortsteilen und 11.300 Einwohnern (150 EW/km<sup>2</sup>) fünf Lose gebildet und diese ausgeschrieben. Bei Los 5 habe FTTB den Zuschlag bekommen, weil es wirtschaftlicher als FTTC gewesen sei. In Kelheim wiederum habe man sich für eine FTTB-Förderung im Gewerbegebiet und bei Einzelhöfen entschieden.

Bereits durchgeführte Auswahlverfahren lassen laut Schrempel den Schluss zu, dass diese immer komplexer werden und sich die

Fristen entsprechend verlängern. Durchschnittlich sind etwa zwei Anbieter pro Auswahlverfahren und in 30 % der Verfahren ein Anbieter zu verzeichnen. Bislang habe sich an jedem Verfahren zumindest ein Netzbetreiber beteiligt. Die Verfahren seien meist billiger als geschätzt; es gelte, die Losbildung zielgerichtet anzuwenden.



Oliver Schrempel.

### DIE PREISE BLEIBEN KONSTANT

Im bayerischen Förderverfahren könne die kommunale Infrastruktur indirekt gefördert werden, fuhr Schrempel fort. Davon machten die Kommunen mittlerweile regen Gebrauch, indem sie dem Netzbetreiber im Auswahlverfahren die Infrastruktur zur Verpachtung oder zum Verkauf anbieten. Damit bekämen die Kommunen wieder einen Teil ihrer in die Wirtschaftlichkeitslücke umgelegten Investitionskosten zurück.

Ausgeblieben ist eine explosionsartige Entwicklung der Infrastrukturkosten. Wie Schrempel bemerkte, seien seit September 2014 keine signifikanten Steigerungen festzustellen. „Die Preise bleiben konstant – auch dort, wo nur wenige Bieter vorhanden sind.“

Eine weitere Befürchtung, „nämlich dass wir durch die nicht einsehbare, geheime Vectoring-Liste erhebliche Probleme im Förderverfahren bekommen könnten“, habe sich ebenso wenig bewahrheitet. „Bis auf wenige Einzelfälle, wo es wirklich weh tut, behindert das Vectoring das Förderverfahren nicht“, resümierte der BBZ-Leiter.

Insgesamt ist seiner Ansicht nach der Weg zur Partizipation im Bundesförderprogramm weitaus beschwerlicher als im bayerischen Förderprogramm: Kommunen müssten sich bewerben und stünden mit allen Antragstellern im Bundesgebiet im Wettbewerb.



Eine kompetente Mannschaft des Bayerischen Breitbandzentrums informierte die Fachbesucher. Im Internet findet man unter [www.schnelles-internet-in-bayern.de](http://www.schnelles-internet-in-bayern.de) viele Informationen über das Förderprogramm, die Kommunen im Verfahren, die Breitbandrichtlinie, Musterdokumente und Leitfäden, häufige Fragen, weiterführende Links und Kontaktlisten. ■

# Von 5 auf 100 MBit/s\* in 50f0rt

Hier ist MagentaZuhause

JETZT IN IHRER STADT MIT  
BIS ZU 100 MBIT/S\* SURFEN!

**39,95 €\*** mtl.

für 12 Monate, danach 44,95 € mtl.  
[www.telekom.de/schneller](http://www.telekom.de/schneller)

T. . .

ERLEBEN, WAS VERBINDET.

\* Angebot gilt für Breitband-Neukunden bei Buchung eines MagentaZuhause L Pakets bis zum 15.02.2016. MagentaZuhause L kostet in den ersten 12 Monaten 39,95 €/Monat, danach 44,95 €/Monat. Der Aufpreis für MagentaZuhause L Entertain (mit TV) beträgt 9,95 €/Monat (inkl. 4,95 €/Monat für den Festplattenrekorder). Voraussetzung ist ein geeigneter Router. Hardware zzgl. Versandkosten in Höhe von 6,95 €. Einmaliger Bereitstellungspreis für neuen Telefonanschluss 69,95 €. Mindestvertragslaufzeit für MagentaZuhause 24 Monate, für den Festplattenrekorder 12 Monate. MagentaZuhause L ist in ausgewählten Anschlussbereichen verfügbar. Individuelle Bandbreite abhängig von der Verfügbarkeit. Ein Angebot von: Telekom Deutschland GmbH, Landgrabenweg 151, 53227 Bonn.

DR. HENRIK BREMER / BREMER HELLER RECHTSANWÄLTE:

## VON FTTC ZU FTTB: DER WEG ZUR NÄCHSTEN AUSBAUSTUFE

Durch Fördermittel oder sonstige Aktivitäten wurde eine Verbesserung der Versorgung mit schnellem Internet erreicht, die aber oft nicht ausreicht. Nunmehr gibt es neue Fördermittel, nachzulesen in der ‚Richtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland‘, erklärte Rechtsanwalt Dr. Henrik Bremer.

Fördergegenstände seien das Wirtschaftlichkeitslückenmodell und das Betreibermodell. Mit ersterem (in der Praxis meistens FTTC, jedoch auch als FTTB-Lösung denkbar) schließt die Kommune die Wirtschaftlichkeitslücke eines Telekommunikations-Unternehmens, das in einem wirtschaftlich unattraktiven Gebiet ein Breitbandnetz errichtet. Beim Betreibermodell werden Kommunen durch die Bundesförderung in die Lage versetzt, passive Infrastrukturen wie z. B. Glasfaserstrecken zu errichten, die sie den Netzbetreibern verpachten. Eine Kombination mit anderen Förderprogrammen (z. B. der Bundesländer) ist möglich.

### ZU BEGINN GERINGERE INVESTITIONSKOSTEN

Bremer zufolge liegen die Vorteile einer FTTC-Lösung mittels Wirtschaftlichkeitslückenförderung darin, dass nicht das gesamte Netz finanziert wird, sondern nur die Wirtschaftlichkeitslücke. Außerdem entstehen für die öffentliche Hand zu Beginn geringere Investitionskosten als beim Pachtmodell und der Verwaltungsaufwand ist minimal.

Nachteile wiederum sind die geringe Kontrolle der öffentlichen Hand über die Zukunftsfähigkeit des geförderten Netzes und die Tat-

sache, dass es keinen Einfluss auf die Netz- und Dienstleistungsqualität gibt. Darüber hinaus macht ein verlorener Zuschuss die Refinanzierung unmöglich, weshalb hier aber auch kein Risiko, sondern die Gewissheit über den Verlust der Investition besteht.

### DIE LETZTE MEILE AUFRÜSTEN

„Die letzte Meile muss technisch aufgerüstet werden, damit höhere Bandbreiten erreicht werden können. Das muss das Ziel sein“, betonte Bremer. FTTC-Zuschüsse könnten einen gewissen Beitrag leisten, „aber dies ist jeweils im Einzelfall technisch und wirtschaftlich zu untersuchen“. Da private Anbieter Fördermittel verlangten, müsste die Öffentliche Hand in der Folge erneut zahlen und würde kein Eigentum und keinen Einfluss erwerben.

„Die Lösung lautet: Die öffentliche Hand engagiert sich nachhaltig selbst!“, so Bremer. Voraussetzungen hierfür seien die Einigkeit über die langfristige strategische Rolle der Kommunen, die Vermeidung von kostenintensiven Umwegen auf dem Weg zur Zielerreichung sowie die Gründung von Zusammenschlüssen / Kooperationen, die in Bezug auf die technische und betriebswirtschaftliche Planung sinnvoll sind. Es empfehle sich eine

wirtschaftliche Analyse der Entscheidungssituation und die Herstellung von Kostentransparenz für unterschiedliche Breitband-Technologien. „Grundsätzlich“, so Bremer, „ist die Investitionshöhe nicht zwangsläufig entscheidend für Wirtschaftlichkeit des Projekts, aber relevant für ein Kooperations- bzw. Finanzierungskonzept.“

Nach seiner Auffassung ist FTTB „vielfach unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorteilhaft“. So gebe es beim Ausbau eine erfahrungsgemäß deutlich höhere Anschlussquote. Hingegen seien die erzielbaren Erlöse pro Kunde bei FTTC vielfach nicht auskömmlich, da ein mögliches Produktangebot beim FTTB-Ausbau höherwertig sei. Auch müssten die Kosten für die „letzte Meile“ (ab Hauptverteiler/Kabelverzweiger) für Pächter

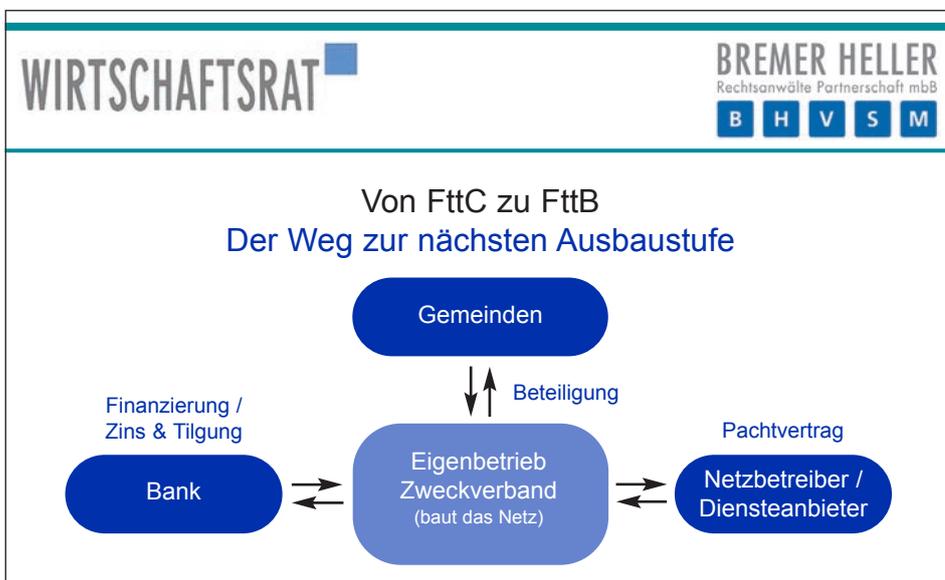


Dr. Henrik Bremer.

berücksichtigt werden. Bremers Tipp: „Fördermittel können Zusatz-Beiträge leisten! Hier ist Eile geboten!“

Fazit: „FTTB ist teuer und nur zu finanzieren, wenn die Kapitalkosten gering gehalten werden und eine Kundenakzeptanz erwartet werden kann.“ Zu den notwendigen Vorüberlegungen eines FTTB-Ausbaus zählen die Klarheit über die langfristige Technologie-Strategie, Überlegungen zur regionalen Differenzierung des Ausbaustrategie, Klarheit über den zeitlichen Verlauf des Netzaufbaus, die Definition von Wirtschaftlichkeitskriterien/Herstellung von Kostentransparenz sowie die Einbeziehung nicht-monetärer Aspekte in die Entscheidung.

Als Aspekte für die Umsetzung führte Bremer schließlich die Gründung von Zweckverbänden an; hier könnten Interessen solidarisch verfolgt werden. Zudem sicherten langfristige Pachtverträge sowohl Einnahmen als auch Kapitaldienstfähigkeit.





# Wo die Zukunft Einzug hält, ist Vodafone Kabel Deutschland.

## Das Hybrid-Glasfaser-Koaxialnetz von Vodafone Kabel Deutschland

Gemeinden im Internet-Ausbaugebiet von Vodafone Kabel Deutschland sind bereits heute an die multimediale Zukunft angeschlossen. Dank der hohen Bandbreite werden eine zukunftsfähige Versorgung und viele weitere Vorteile gewährleistet:

- Zukunftsfähige Infrastruktur für private Haushalte und Gewerbetreibende
- Download-Geschwindigkeiten von bis zu 200 Mbit/s in Ausbaugebieten<sup>1</sup>
- Fernsehen, Internet und Telefon über einen Anschluss<sup>1</sup>
- Auch im ländlichen Raum verfügbar

Weitere Informationen und Verfügbarkeitsauskunft auf  
[www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen/kommunen/](http://www.kabeldeutschland.de/wohnungsunternehmen/kommunen/)

Für Anfragen zum weiteren Netzausbau in Ihrer Gemeinde wenden Sie sich an:  
[breitbandoffensive@kabeldeutschland.de](mailto:breitbandoffensive@kabeldeutschland.de)

Es lohnt sich!

<sup>1</sup> Die Maximalgeschwindigkeit von 200 Mbit/s ist im Ausbaugebiet in immer mehr Städten und Regionen (wie z.B. Augsburg, Bremen, Chemnitz, Leipzig, Mainz, München, Regensburg, Saarbrücken und Würzburg) mit modernisiertem Hausnetz verfügbar. Weitere Städte und Regionen folgen. Bitte prüfen Sie, ob Sie die Produkte von Vodafone Kabel Deutschland in Ihrem Wohnobjekt nutzen können.



ANTON BERGER UND ANDREAS LANGE / RÖDL &amp; PARTNER GBR:

# AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE UND RECHTLICHE BRENNPUNKTE DES BREITBANDBAUS

Als eine der führenden Prüfungs- und Beratungsgesellschaften ist Rödl & Partner in der Energiebranche entlang der gesamten Wertschöpfung von der Erzeugung über die Netze bis hin zum Vertrieb tätig. Experten für Energiewirtschaft und Anwälte für Energierecht stehen mit ihrer internationalen Erfahrung beratend zur Seite, berichteten Dipl.-Ökonom Anton Berger und Rechtsanwalt Andreas Lange.

Die Anforderungen an den Neuabschluss eines Konzessionsvertrages haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund der Vorgaben von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt sowohl für die Kommunen als auch die Energieversorgungsunternehmen deutlich verschärft. Für den Fall einer Netzübernahme nach Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages sind auch heute noch eine Vielzahl von Rechtsfragen ungeklärt.

## RASCH ANSTIEGENDE DATENVOLUMINA

Laut Berger und Lange klingt die strategische Zielsetzung des Koalitionsvertrages aus dem Jahr 2013 mit Blick auf die Digitalisierung zunächst erfreulich. Bis zum Jahr 2018 soll es in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 MBit/s geben. Damit geht die Bundesregierung sogar noch einen Schritt weiter als die EU, die in ihrer „digitalen Agenda“ seinerzeit ein Minimum von 30 MBit/s bis zum Jahr 2020 anstrebte. Vor dem Hintergrund, dass sich der Bedarf an Bandbreite in den vergangenen Jahrzehnten ungefähr in einem fünfjährigen Turnus verzehnfachte, sei jedoch fraglich, ob die vorgegebenen Ziele den tatsächlichen Bedarf decken können.

Laut einer BREKO-Breitbandstudie aus dem Jahr 2014 liegt die Standardbandbreite derzeit knapp über 10 Mbit/s. Rund 56 % der potenziellen Kunden fragen einen Anschluss über 10 Mbit/s nach. Die nachgefragte Standardbandbreite wird sich bis 2020 auf rund 200 Mbit/s erhöhen. Cisco Systems, ein US-amerikanisches Unternehmen aus der Telekommunikationsbranche, kommt wiederum in einer Studie zur Entwicklung des Internet-Datenverkehrs zu dem Ergebnis, dass sich das durch das Internet versandte Datenvolumen bei Unternehmen zwischen 2012 und 2017 mehr als verdoppeln wird, während in privaten Haushalten sogar mit einer Verdreifachung zu rechnen ist.

Fakt sei, so Berger und Lange, dass Kommunen ein ureigenes Interesse an einer möglichst guten Breitbandversorgung, haben, da

ein den aktuellen Maßstäben entsprechender Internetanschluss sowohl für Unternehmen als auch für die Bürger unabdingbar ist. Aufgrund des hohen Stellenwertes leistungsfähiger Internetzugänge werde die Breitbandversorgung oftmals auch der kommunalen Daseinsvorsorge zugerechnet.



Anton Berger und Andreas Lange.

## VERGLEICH DER WIRTSCHAFTLICHKEIT

Wie die Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der BRD“ besagt, ist ein Vergleich der Wirtschaftlichkeit des Betreibermodells und des Wirtschaftlichkeitslückenmodells durch ein Interessenbekundungsverfahren oder eine Studie erforderlich. Zu wählen sei das wirtschaftlichere Modell. Ausnahmen, die etwa aus strategischen Gründen des Breitbandausbaus resultieren, sind von der Bewilligungsbehörde zuzulassen.

Anfallende Beratungsleistungen zur Erstellung von Businessplänen und Wirtschaftlichkeitsanalysen sind mit bis zu 50.000 Euro förderfähig. Die gewährte Fördersumme für die Planungsleistungen (z. B. Wirtschaftlichkeitsabwägung) muss nicht zurück bezahlt

werden, wenn der Förderantrag abgelehnt wird.

## VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE ZUWENDUNGEN

Zuwendungen sind unter folgenden Voraussetzungen möglich:

1. Das Projektgebiet wird nicht innerhalb von drei Jahren marktgetrieben ausgebaut.
2. Der Breitbandausbau ist eine wesentliche Verbesserung zur aktuellen Breitbandversorgung in der gesamten Gebietskörperschaft.
3. Alle Haushalte im Projektgebiet werden dann zuverlässig mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s versorgt.
4. Vor Beantragung von Fördermitteln wird ein Markterkundungsverfahren durchgeführt.
5. Bei der Antragsstellung wird ein vollständiger Finanzierungsplan vorgelegt.

Gefördert werden bis zu 10 Mio. Euro und bis zu 50 % der zuwendungsfähigen Kosten - in strukturschwachen Gebieten bis zu 70 % und im Einzelfall bis zu 15 Mio. Euro. Eine Kombination von Bundes- und Landesförderung ist möglich. Der Eigenanteil der Kommune liegt mindestens bei 10 %. Der feste Eigenanteil der Kommunen in Höhe von 10 % kann auch von den Ländern geleistet werden, wenn die Gebietskörperschaft Anordnungen im Rahmen eines Haushaltssicherungsverfahrens unterliegt.

Beim sog. Scoring-Modell kann eine maximale Punktzahl von 100 erreicht werden. Das Modell besteht aus vier übergeordneten Förderkriterien, die nicht gleich gewichtet sind. Diese vier Oberkriterien (Förderbedarf, Projekterfolg, effizienter Mitteleinsatz, Nachhaltigkeit) werden durch einzelne Unterpunkte konkretisiert.

Besonders viele Punkte werden erzielt, wenn ein Gebiet bis 2018 erschlossen wird. Widersprüchlich erscheint die Punktevergabe bei besonders dünn besiedelten Gebieten. Unter dem Unterpunkt 1.1 können bis zu 14 Punkte erreicht werden. Allerdings gibt es nur eine sehr geringe Anzahl an Punkten für die Unterkategorie 3.5, wenn der Ausbau je Anschluss besonders teuer ist. Dies ist aber gerade in dünn besiedelten Gebieten häufig der Fall.

Wichtige Anmerkung zum Betreibermodell: Da ein Weiterbetrieb durch die Gebiets-

200 Megabit pro Sekunde:

Flächendeckend und bezahlbar.



**servus**

Ihren Ansprechpartner vor Ort erreichen Sie unter [kommune@amplus.ag](mailto:kommune@amplus.ag)

körperschaft nicht möglich ist, hat sich der Zuwendungsempfänger nach Ablauf des Vertrags mit dem privatwirtschaftlichen Betreiber (Pachtvertrag) um eine Veräußerung des Netzes unter Sicherstellung des Open-Access-Gedankens im Sinne der NGA-Rahmenregelung (Next Generation Access Network) zu bemühen.

### WETTBEWERBSVERZERRUNGEN VERMEIDEN

Darüber hinaus gilt der Grundsatz, dass Beihilfen, d. h. selektive staatliche Unterstützungen für Unternehmen, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen können, möglichst zu unterlassen sind. Ausnahmen stellen der Private Investor Test, De-Minimis-Beihilfen, NGA-Rahmenregelung, Betrauung gemäß Freistellungsbeschluss der Kommission (DAWI), Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (Art. 52 AGVO) und die Einzelnotifizierung (evtl. „letter of comfort“) dar.

Im Rahmen des Bundesförderprogramms (Wirtschaftlichkeitsvergleich) ist die Businessplanung von FTTX-Netzen erforderlich. Sinnvoll ist sie zur Beurteilung des strategischen Potentials der Wertschöpfungsstufen. Unter der Prämisse, dass ein operativer wirtschaftlicher Betrieb gegeben ist (Aufwendungen und Preissetzung stimmig) sind Berger und Lange zufolge Kundenentwicklung und Investitionshöhe die maßgeblichen Einflussparameter auf die Wirtschaftlichkeit. Dabei ist zu beachten, dass nicht jeder technisch mögliche Kunde auch tatsächlich zahlender Abnehmer wird. Zudem hängt die Penetrationsrate maßgeblich vom Wettbewerb innerhalb des entsprechend nachgefragten Bandbreitenbereichs im Ausbaubereich ab.

Die Investitionshöhe wiederum kann bei gleicher Kundenzahl je nach Struktur und Beschaffenheit des Ausbaubereiches variieren. Sie wird maßgeblich von den Tiefbaukosten bestimmt. Eine starke Zersiedelung steigert

über hohe Leitungslängen die Tiefbaukosten insgesamt. Außerdem erhöhen ungünstige Bodenverhältnisse die Tiefbaukosten.

### NEUES GESCHÄFTSFELD

Fazit: „Breitbandausbau ist ein prioritäres Thema für Kommunen. Für Stadtwerke kann sich aus dem Verlegen und Betreiben von Glasfasernetzen ein zukunftsfähiges Geschäftsfeld ergeben“, so die Referenten. Das aktuelle Bundesförderprogramm biete im Fall der Unterversorgung wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeiten, das (daseinsvorsorge-) relevante Thema des Breitbandausbaus voran zu treiben. Unabhängig vom Förderprogramm sei insbesondere der beihilferechtliche Rahmen ausreichend zu würdigen. Eine belastbare Businessplanung stelle eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für oder gegen eine Umsetzung eines Betreibermodells dar. Auch im Zuge der Förderanträge sei sie eine wichtige Voraussetzung. ■

DR. STEPHAN ALBERS / BUNDESVERBAND BREITBANDKOMMUNIKATION E. V.:

## STARKE PARTNER FÜR STÄDTE UND KOMMUNEN

Immer mehr engagierte Bürgermeister, Gemeinde-, Stadt- und Landräte haben erkannt: Breitband ist Standortfaktor Nummer eins – noch vor den Themen Verkehrsanbindung oder Gewerbe- und Grundsteuer. Die enge Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden für einen erfolgreichen Breitbandausbau vor Ort sei extrem wichtig, bekräftigte BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. Deshalb entschieden sich immer mehr Kommunen für lokale oder regionale Kooperationsmodelle.

Der vom BREKO als führender deutscher Breitbandverband kreierte Slogan „Nicht ohne meinen Bürgermeister!“ stelle daher eine richtige und wichtige Zuspitzung auf die zentrale Rolle des flächendeckenden Glasfaseraus-

baus dar, die maßgeblich auf lokaler und regionaler Ebene vorangetrieben wird.

Damit der Sprung zum vernetzten Leben und Arbeiten gelingt, müssen Albers zufolge

Highspeed-Netze entstehen – und zwar in ganz Deutschland. Dieses Ziel verbindet die mittlerweile mehr als 200 Mitgliedsunternehmen des Bundesverbands Breitbandkommunikation, darunter mehr als zwei Dutzend bayerische Netzbetreiber. Sie sind Kooperationspartner von Städten und Gemeinden und Kompetenzträger im Netzausbau, Netzbetrieb sowie bei der Vermarktung von Telekommunikationsdienstleistungen.

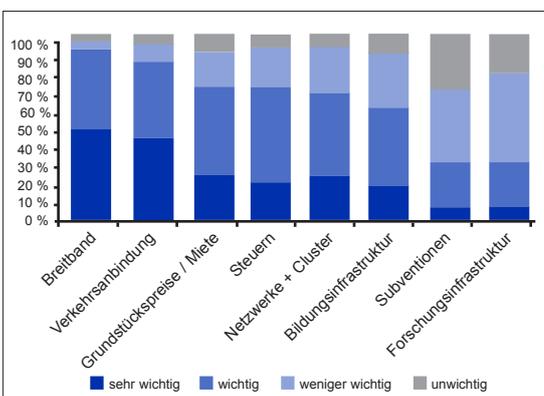
### HIGHSPEED-NETZE FÜR GANZ DEUTSCHLAND

Nach Albers' Darstellung ist für 63 % der bundesdeutschen Unternehmen die gewünschte Bandbreite an ihrem Standort aktuell nicht verfügbar. Für mehr als 60 % hat die Verfügbarkeit von schnellem Internet großen und entscheidenden Einfluss auf die nächste Standortentscheidung. Ende 2014 waren Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Mbit/s im Bundesdurchschnitt zu 66,4 % verfügbar, in Bayern zu 65,4 %.

### NACHHALTIGE PROJEKTE FÖRDERN

Laut Albers sollte das Augenmerk nicht in erster Linie auf das Jahr 2018 und die Erreichung des (kurzfristigen) Breitbandziels von 50 Mbit/s für alle Haushalte gelegt werden. Der BREKO setzt darauf, dass das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur seinen Ermessensspielraum bei der Entscheidung zur Förderung konkreter Projekte dazu nutzt, vor allem nachhaltige und

### Kriterien zur Standortwahl für Unternehmen



- für **63 %** der Unternehmen ist die gewünschte Bandbreite an ihrem Standort nicht verfügbar (2009 43 %)
- für mehr als **60 %** der Unternehmen hat die Verfügbarkeit von schnellem Internet großen Einfluss auf die nächste Standortentscheidung

zukunftssichere Glasfaserprojekte, die direkt bis ins Gebäude (FTTB) oder die Wohnung (FTTH) reichen, voranzubringen. Würden jetzt vor allem kurzfristig günstigere, kupferbasierte Übergangslösungen gefördert, werde bereits in wenigen Jahren ein weiterer, kostspieliger Netzausbau notwendig. Daher gelte es, gerade im Rahmen von Förderprogrammen schon heute auf die zukunftssichere Glasfaser zu setzen.

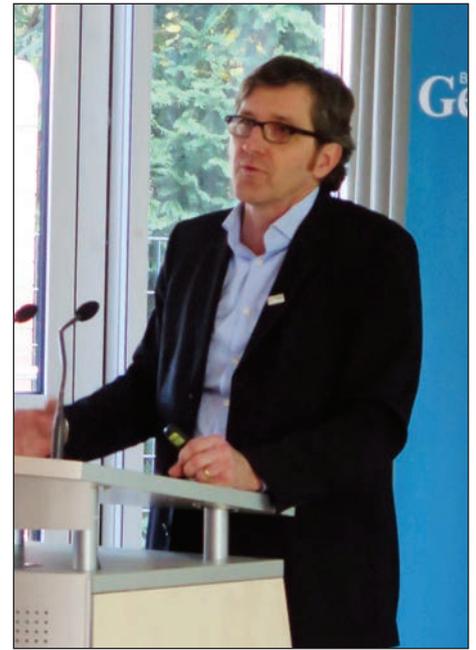
### FOKUSSIERUNG AUF KOOPERATIONEN

In Deutschland ist der Anteil an echten Glasfaseranschlüssen sehr gering: Der Bundesdurchschnitt liegt bei 5 Prozent. Auch in Bayern fließt das Geld trotz eines 1,5-Milliarden-Euro-Förderprogramms weitestgehend in den VDSL-Ausbau, wie der Referent erläuterte. Rund 80 Prozent aller Ausbaumaßnahmen im Bereich FTTB/H erfolgten durch alternative Netzbetreiber. Nur 21 Prozent aller Glasfaser-Anschlüsse seien von der Telekom gebaut worden; sie setze auf den Ausbau alter Kupfertechnologie (FTTC). Dabei wäre nach Albers' Auffassung die verstärkte Fokussierung auf Kooperationen weitaus sinnvoller.

Zudem spreche sich der BREKO weiterhin dafür aus, dass neben der Wirtschaftlichkeitslückenförderung auch Betreibermodelle – hier errichtet die Stadt, der Landkreis oder die Kommune selbst das (passive) Glasfasernetz als wichtige Investition in die Zukunft und lässt es anschließend auf Miet- oder Pachtbasis von einem erfahrenen Carrier (aktiv) betreiben und vermarkten – eine realistische Chance auf Förderung erhalten müssen. Denn die entsprechende Richtlinie des Bundes setzt hohe Hürden für eine Förderung von Betreibermodellen.

Daher setzt der Verband darauf, dass die Bundesländer ihre eigenen Länderförderprogramme so ausgestalten, dass Betreibermodelle eine tatsächlich gleichberechtigte Stellung neben der Schließung von Wirtschaftlichkeitslücken erhalten. Bei der Wirtschaftlichkeitslückenförderung erhält der Netzbetreiber von der Kommune einen Zuschuss für den Bau und Betrieb eines Breitbandnetzes, wenn der Ausbau in dem betroffenen Gebiet sonst nicht wirtschaftlich realisierbar wäre.

Albers' Fazit: „Glasfasernetze sind Grundlage und Voraussetzung des digitalen Wandels.“



Dr. Stephan Albers.

Regionale Ausbaustrategien ermöglichen zukunftssichere Investitionen. Regionale Netzbetreiber sind die richtigen Partner von Städten und Kommunen.“

# Ganz Bayern in 60 Minuten.

**Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns.  
Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.**

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

\* **Ab jetzt immer samstags** von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:  
[www.tvbayernlive.de](http://www.tvbayernlive.de)

BIRGIT ZEIDLER / LfA FÖRDERBANK BAYERN:

# FINANZIERUNG VON INVESTITIONEN IN DEN BREITBANDBAU

Für den Wirtschaftsstandort Bayern sind hochleistungsfähige Breitbandanschlüsse von strategischem Interesse. Die LfA hat daher die Finanzierung des Breitbandausbaus als weiteren Förderschwerpunkt gesetzt. Mit dem zinsgünstigen Infrakredit Breitband flankiert die LfA Förderbank Bayern das Zuschussprogramm des Bayerischen Finanzministeriums und ermöglicht eine Finanzierung von bis zu 100 Prozent der Wirtschaftlichkeitslücke der Gemeinde. Die Beantragung erfolgt direkt bei der LfA. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2015 hat die LfA ihre Kreditzusagen über den Infrakredit Breitband im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzehnfacht.

Gefördert werden Aufwendungen der Gemeinde bei Investitionen von privaten oder kommunalen Netzbetreibern in bayerische Breitbandinfrastrukturen. Antragsberechtigt sind Gemeinden, Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbände. Voraussetzung für die Vergabe des Kredits durch die

günstig über die KfW refinanziert und zusätzlich aus Gewinnmitteln der LfA zinsverbilligt. Interessierte Gemeinden können den Infrakredit Breitband direkt bei der LfA Förderbank Bayern beantragen. Die Konditionen werden täglich neu festgelegt und sind ebenso wie die Antragsunterlagen und weitere Informationen im Internet unter [www.lfa.de](http://www.lfa.de) abrufbar.

## FÖRDERBEISPIEL AUS DER PRAXIS

Ein Förderbeispiel: In einer Gemeinde ist noch nicht überall schnelles Internet verfügbar. Kein Netzbetreiber plant hier in den nächsten drei Jahren eine Verbesserung. Nur bei Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke von 2 Millionen Euro durch die Gemeinde kann ein privater Investor in einem Auswahlverfahren gewonnen werden.

vor Vorhabensbeginn bei der LfA Förderbank beantragt werden. Als Vorhabensbeginn gilt der Abschluss eines Vertrages der Gemeinde mit einem Netzbetreiber. Anträge können zeitgleich mit der Beantragung des Zuschusses bei der zuständigen Bezirksregierung bei der LfA gestellt werden. Eine Änderung der Höhe des beantragten Infrakredit Breitband ist vor der Darlehenszusage übrigens jederzeit möglich – das spielt zum Beispiel eine Rolle, wenn sich der Eigenanteil der Gemein-

### BERATUNG

Für Rückfragen und Anträge steht Ihnen das Team Infrastrukturfinanzierung der LfA Förderbank Bayern gerne zur Verfügung:

- Tel.: 089 / 2124 – 1505
- E-Mail: [infra@lfa.de](mailto:infra@lfa.de)
- [www.lfa.de](http://www.lfa.de)



Birgit Zeidler.

LfA ist die Zuschussgewährung gemäß der Bayerischen Breitbandrichtlinie durch die jeweils zuständige Bezirksregierung.

## 100-PROZENT-FINANZIERUNG MÖGLICH

Eine Förderung erfolgt maximal bis zur Höhe der Differenz zwischen dem staatlichen Zuschuss und den von der Bezirksregierung als förderfähig anerkannten Aufwendungen der Gemeinde. Bei Kreditbeträgen bis 2 Millionen Euro kann der LfA-Finanzierungsanteil bis zu 100 Prozent der förderfähigen Aufwendungen betragen. Bei Kreditbeträgen über 2 Millionen Euro werden maximal 50 Prozent der förderfähigen Aufwendungen finanziert. Die Darlehenslaufzeit beträgt 10, 20 oder 30 Jahre mit bis zu 2, 3 und 5 tilgungsfreien Anlaufjahren (Zinsbindung jeweils 10 Jahre). Der Infrakredit Breitband wird zins-

de aufgrund der bewilligten Höhe der Zuwendung durch die Bezirksregierung im Lauf des Verfahrens erhöht oder reduziert. Nach positiver Prüfung der Antragsunterlagen durch die LfA kann der Förderkredit bereits mit dem Erlass des Zuwendungsbescheids der

Förderbeispiel			
Wirtschaftlichkeitslücke:		2.000.000 EUR	
Zuschuss des Freistaats Bayern:		700.000 EUR	
Verbleibender Eigenanteil der Gemeinde:		1.300.000 EUR	
Investitionsplan	in Mio.	Finanzierungsplan	in Mio.
Wirtschaftlichkeitslücke	2,0	Zuschuss	0,7
		Infrakredit Breitband	1,0
		Eigenmittel Gemeinde	0,3
Summe	2,0	Summe	2,0

Die Wirtschaftlichkeitslücke der Gemeinde beträgt 2 Mio. Euro. Von der zuständigen Bezirksregierung wird ihr ein Zuschuss in Höhe von 700.000 Euro zugesagt. Der Restbetrag der gemeindlichen Aufwendungen wird durch den Infrakredit Breitband von 1,0 Millionen Euro sowie durch Eigenmittel der Gemeinde in Höhe von 300.000 Euro abgedeckt.

Wichtig für die Gewährung des LfA-Darlehens ist, dass die Mittel im entsprechenden Haushalt der Gemeinde eingeplant sind und

Bezirksregierung zugesagt und bei Erfüllung der Auszahlungsvoraussetzungen entsprechend abgerufen werden.

Darüber hinaus können Investitionen von Gemeinden in den Breitbandausbau auch über das Förderprogramm Infrakredit Kommunal finanziert werden. Dies kann hilfreich sein, da der Zuschuss der Bezirksregierung nur einmalig gewährt wird und ggf. darüber hinaus weitere Investitionen in den Breitbandausbau einer Gemeinde notwendig sind.

JANA WINTERMEYER / VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN (VKU):

## DIE DIGITALISIERUNG DER DASEINSVORSORGE

Laut Art. 57 Abs.1 der Bayerischen Gemeindeordnung „zählt Breitbandversorgung als zentraler Standortfaktor bei Ansiedelung von Gewerbe und Privatpersonen de facto zur Daseinsvorsorge“, unterstrich VKU-Referentin Jana Wintermeyer. Dem VKU als wirtschaftspolitischem Interessenverband der Kommunalwirtschaft gehören über 1.400 kommunale Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung wie auch der Abwasser- und Abfallentsorgung und Telekommunikation in Deutschland an, davon haben mehr als 200 ihren Sitz in Bayern.

Breitbandversorgung dient laut Wintermeyer als Basis für die Digitalisierung, die Begriffe wie Virtuelle Kraftwerke, Smart City, Smart Grid oder Big Data umfasse. Wie Stadtwerke die Daseinsvorsorge digitalisieren, erläuterte die Referentin anhand einiger Beispiele.

**Beispiel 1:** Die Stadtwerke Neustadt bei Coburg verstehen sich als Ansprechpartner für „alles“, d. h. die klassischen Bereiche Energieerzeugung, Energiespeicherung, Energieeffizienz, aber auch für den Bereich Vernetzung. Die Stadtwerke gründeten das Tochterunternehmen Telenece Telekommunikation Neustadt GmbH und sind in diesen Bereich

eingestiegen. Angeboten werden Telekommunikationsdienstleistungen, aber auch neue Geschäftsbereiche wie Smart Home. Dabei sind die Stadtwerke aber nicht den Weg der reinen Energieeinsparung gegangen, sondern haben sich mit dem demografischen Wandel in und um Neustadt beschäftigt.

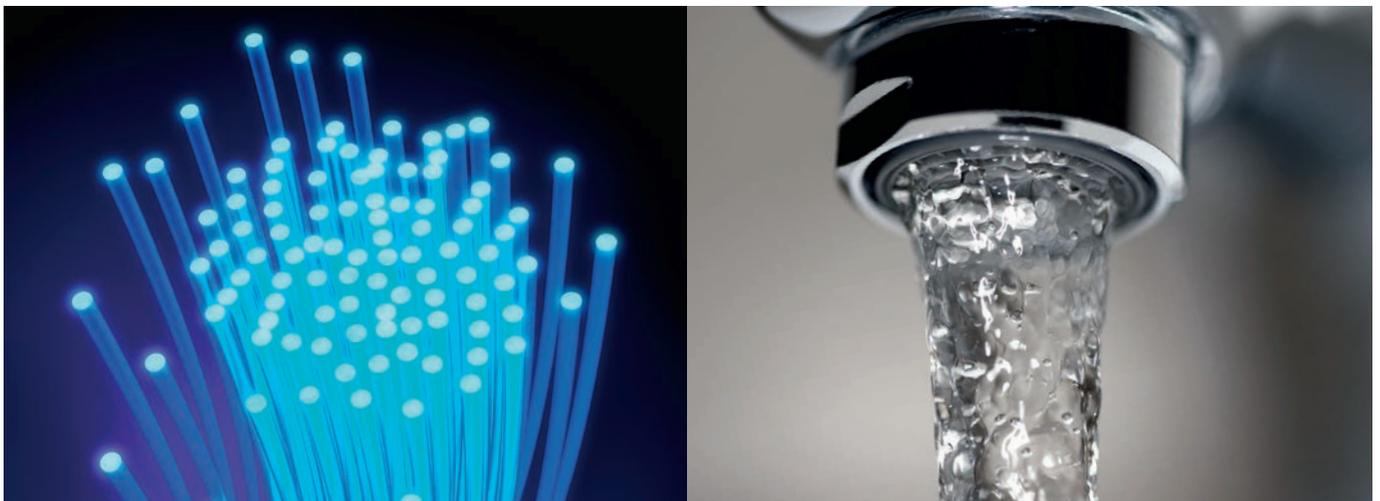
### ASSISTENZSYSTEME FÜR SENIOREN

Tatsache ist, dass in weiten Teilen der Stadt die über 65-Jährigen überproportional hoch vertreten sind. Aus diesem Grund haben die Stadtwerke Neustadt in ihrem Smart Home-Projekt Assistenzsysteme entwickelt, die es

den Leuten ermöglicht, länger in ihren eigenen vier Wänden zu leben. Dazu wurden beispielsweise Sozialverbände als Kooperations-



Jana Wintermeyer.



## WIR FÖRDERN GLAS UND KLAR

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in den Ausbau der Breitbandtechnologie genauso wie klassische kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0

[www.lfa.de](http://www.lfa.de)

  
**LfA FÖRDERBANK BAYERN**  
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

partner eingebunden. Das Intelligente Wohnen bietet den Senioren die Möglichkeit, ihre Heizung, Lichter, Geräte, Steckdosen und Strommesskomponenten in ihrem Haus oder ihrer Wohnung von überall zu verwalten und zu steuern. Eine geglückte Form der Daseinsvorsorge auf digitaler Basis.

**Beispiel 2:** Die SWN Stadtwerke Neumünster, Schleswig-Holsteins grüner Energieversorger und Telekommunikationsanbieter, hat eine eigene SWN-SmartHome Produktlinie gestartet. Der Regionaldienstleister setzte hierzu auf das „SMART HOME Plug & Play“ System des Kölner Technologieunternehmens ROCKETHOME. Es erfüllt die Anforderungen eines einfachen, intuitiv zu bedienenden Systems. Die neue Produktlinie wurde speziell für Stadtwerke entworfen. Effizienter Energieeinsatz und sicherheitstechnische Anlagen im Haus sind über das System steuerbar. Endkunden beziehen ihr SWN-SmartHome Paket über ihren lokalen Anbieter.

#### VIRTUELLES KRAFTWERK

**Beispiel 3:** Dass es auch in der Energieversorgung eine Digitalisierung gibt, belegt das virtuelle Kraftwerk „M-Partnerkraft“ der Stadtwerke München. Beim virtuellen Kraftwerk werden viele kleinere Erzeugungsanlagen und große Stromverbraucher mit schaltbaren Lasten miteinander vernetzt. Dadurch

werden Erzeugungskapazitäten realisiert, die denen großer Kraftwerke entsprechen. Das virtuelle Kraftwerk wird zentral von den SWM gesteuert und geregelt – abhängig vom Bedarf im Stromnetz. Es umfasst derzeit Anlagen verschiedenster Energieträger wie Bioenergie, Geothermie, Wind-, Solar- und Wasserkraft. Darüber hinaus sind auch steuerbare Verbraucher wie BHKW oder Netzersatzanlagen integriert.

#### HOHE INFRASTRUKTURKOMPETENZ

Grundsätzlich, so Wintermeyer, stellen Förderprogramme wichtige Weichen für den wettbewerblichen Breitbandausbau dar. Was diesen aus Sicht des VKU allerdings massiv behindern würde, sei die Rückkehr zum Monopol und zwar durch den exklusiven Vectoring-Einsatz am Hauptverteiler. Hierfür habe die Deutsche Telekom Anfang Februar 2015 einen Antrag bei der Bundesnetzagentur gestellt. Die Folge: Andere Unternehmen bekämen damit keinen entbündelten Zugang zur Teilnehmeranschlussleitung, sondern ein Vorleistungsprodukt, das die Telekom zur Verfügung stellt. „Wir würden damit also ein Technologie-Monopol schaffen“, betonte Wintermeyer. Das Erreichen der Breitbandziele würde verteuert und erschwert, der Glasfaserausbau verlangsamt und bereits getätigte Investitionen gleichsam entwertet.

„Vertrauen Sie beim Breitbandausbau ein-

fach auf die Stadtwerke!“, lautete deshalb Wintermeyers Appell. Kommunale Unternehmen verfügten über hohe Infrastrukturkompetenz, seien klassische Mehrspartenunternehmen, höben gerade beim Breitbandausbau Synergien durch Mitverlegung und seien erfolgreiche Kooperationspartner.

So haben beispielsweise die Stadtwerke Rödental innerhalb von sechs Wochen den gesamten Ortskern mit Glasfaser ausgebaut. Sie kooperieren mit der SÜC//dacor, der Telekommunikationstochter der Stadtwerke Coburg. Ein weiteres Beispiel ist die M-net Telekommunikations GmbH mit ihren vielfältigen Kooperationspartnern.

#### VERANTWORTUNG FÜR DIE REGION

„Stadtwerke übernehmen auch Verantwortung für ihre Region“, fuhr Wintermeyer fort. Konkret bedeutet das: „Es findet kein Rosinenpicken statt, nach Möglichkeit bauen Stadtwerke das gesamte Gemeindegebiet aus.“

Dieses Engagement schlägt sich auch in Zahlen nieder: Laut einer VKU-Umfrage waren im vergangenen Jahr 140 kommunale Unternehmen im Glasfaserausbau aktiv, weitere planten den Einstieg. Vergangenes Jahr investierten sie 0,5 Mrd. Euro, bis 2018 werden es 1,7 Mrd. Euro sein. 2014 konnten sie 5,7 Mio. Haushalte versorgen, für 2018 sind 6,3 Mio. Haushalte prognostiziert. ■

DR. IMKE GERMANN / MRK MEDIA AG:

## BREITBAND FÜR DEUTSCHLAND: SO WIRD'S GEMACHT!

Die digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern und Deutschland. Immer mehr Gemeinden haben sich deshalb für den Breitbandausbau und für schnelles Internet entschieden. Dabei sind kommunale Entscheidungsträger auf die fachkundige Unterstützung durch kompetente Fachfirmen angewiesen. Das Münchner Unternehmen MRK Media AG ist seit vielen Jahren erfolgreich in diesem Markt tätig. Die MRK unterstützt ihre Auftraggeber mit zukunftsorientierten Komplettlösungen und wirkt aktiv bei der Umsetzung mit, stellte die Vorstandsvorsitzende Dr. Imke Germann fest.

Das Leistungsportfolio der MRK umfasst nicht nur die Beratung, sondern auch die Projektrealisierung und Dokumentation. Im Einzelnen sind das die Projektschritte Strukturplanung, Standort- und Wegesicherung, Projektierung, Monitoring und Steuerung der bauausführenden Firmen, Bauüberwachung und Dokumentation. Wie Imke Germann betonte, können die Leistungen auch als Turn-Key-Lösungen gemeinsam erbracht werden, inklusive Projekt- und Prozessmanagement.

Im Zeitraum Januar 2014 und dem dritten Quartal 2015 hat die MRK im Freistaat Bayern 73 Vorhaben mit rund 650 Multifunktionsgehäusen (MFG) im Rahmen der Förderinitiative „Mehr Breitband für Deutschland“ mit dem gesamten Leistungsspektrum unterstützt. Ein überaus erfolgreiches MRK-Projekt wurde im Zusammenhang mit der Glasfaser-Erschließung für den Markt Essenbach im Landkreis Landshut realisiert. MRK war mit der Bauoberleitung und der örtlichen Bauüberwachung beauftragt. Die Bauoberleitung

umfasste die Koordinierung des Projekts und die Projektsteuerung. Hinzu kam die Verantwortlichkeit für die gesamte Baudurchführung einschließlich der Kosten- und Terminkontrolle. Das viel beachtete Projekt der flächendeckenden Glasfaser-Erschließung für Essenbach wurde von MRK im Dezember 2014 erfolgreich abgeschlossen. Essenbachs damaliger Bürgermeister Fritz Wittmann lobte MRK in höchsten Tönen: „Das Projekt war ein Riesenerfolg. Es wurde vorzeitig abgeschlossen und der Kostenrahmen wurde sogar unterschritten.“

#### GROßPROJEKT BRANDENBURG GLASFASER 2020

Aktuell und federführend ist das Unternehmen beim flächendeckenden Ausbau der netzgebundenen Breitbandinfrastruktur im Land Brandenburg tätig (Großprojekt „Brandenburg Glasfaser 2020“). Ziel der Breitbandstrategie der dortigen Landesregierung ist die flächendeckende Breitbanderschließung aller Haushalte mit bis zu 50 Mbit/s bis 2020. Realisiert wird dieses Projekt, welches ein Gesamtvolumen von mehr als 120 Mio. Euro umfasst, auch mit Fördermitteln der Europäischen Union.

In nur 12 Monaten hat die MRK den Bau



Präsentierten gemeinsam das erfolgreiche Essenbacher Projekt: Altbürgermeister Fritz Wittmann und Dr. Imke Germann.

von rund 500 MFGs und 900 km Kabeltrasse inklusive Tiefbau begleitet und koordiniert und rund 800 MFGs mit 1.500 km Kabeltrasse dokumentiert. Insgesamt wurde in 15 Landkreisen ein flächendeckender Breitbandausbau vorgenommen. Neben der Standort- und Wegesicherung, der Struktur- und Ausbauplanung und dem Behördenmanagement

hat MRK alle Phasen der Bauausführung und Dokumentation begleitet und koordiniert.

#### KRITISCHE ERFOLGSFAKTOREN

Wie die allgemeine Praxis zeigt, sind Imke Germann zufolge zahlreiche „kritische Erfolgsfaktoren“ zu beachten. So stehe bei-

spielsweise während der Planung zunächst die Berücksichtigung vorhandener Leerrohrtrassen im Fokus. Auch sollten Gemeinden die Frage klären, welche anderen Tiefbaumaßnahmen anstehen, was der Flächennutzungsplan auch über das Thema Breitband hinaus vorsieht, wo vorrangige Bedarfssituationen vorliegen, wo Mitverlegungsmöglichkeiten gegeben sind und was an Genehmigungsaufwand zu erwarten ist.

#### KOMMUNIKATION MIT ALLEN BETEILIGTEN

Zudem sollte ein Datensatz erzeugt werden, „der so aufgeteilt ist, dass dieser in den entsprechenden Geoinformationssystemen (GIS) auch vorgehalten werden kann“. „Immer dann, wenn in den kommenden Jahren Tiefbaumaßnahmen durchzuführen sind, sollten Sie anhand Ihres vorliegenden Masterplans wissen, welche Struktur Sie in welchem Streckenabschnitt einbauen“, so Imke Germann an die kommunale Adresse.

Während der Genehmigungsphase erachtet Imke Germann insbesondere die Kommunikation mit allen in den Genehmigungsprozess involvierten Beteiligten als wichtig. Die Korrespondenz mit den Trägern öffentlicher Belange, mit Medienträgern, Versorgungsun-

# M ein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.  
[m-net.de/glasfaserausbau](http://m-net.de/glasfaserausbau)

Individuelle Lösungen für Gemeinden:  
[breitbandausbau@m-net.de](mailto:breitbandausbau@m-net.de)

**m-net**  
 Mein Netz



ternehmen und allen weiteren beteiligten Dritten sei zeitaufwändig und bedürfe eines gewissen Vorlaufs. Auch vorbereitende Maßnahmen zum Einholen von Genehmigungen im Zuge von Tiefbauvorhaben mit Gewässerkreuzungen oder Bahnlinienquerungen benötigen Zeit und müssen gut vorbereitet sein. „Hier kann die Gemeinde auch unterstützen und sollte darauf ihr Augenmerk richten“, betonte Germann.

Auch während der Realisierungsphase gebe es zahlreiche Herausforderungen, fuhr die Vorstandsvorsitzende fort. Da die Kommune der erste Ansprechpartner für die Bürger sei, sollte sie stets Informationen über den Projektstatus einholen, um bei eventueller zeitlicher Verzögerung gegensteuern zu können.

Darüber hinaus riet die Vorstandsvorsitzende, alle vor Ort Beteiligten frühzeitig und

umfassend einzubinden. Durch eine umfassende Informationspolitik sollte es gelingen, auch die Bürger mitzunehmen. Die MRK Media AG als leistungsstarker Partner der Kommunen für nachhaltige Komplettlösungen steht mit ihren acht Büros in Deutschland und mit ihrer Zentrale in München bereit, um den flächendeckenden Breitbandausbau in ganzen Landkreisen und Regionen zu unterstützen und entscheidend voranzubringen. ■

FRITZ WITTMANN / BÜRGERMEISTER A. D., MARKT ESSENBACH:

## GLASFASERAUSBAU IM MARKT ESSENBACH

Zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören heute nicht nur eine überzeugende Straßenanbindung und gute Schulen, sondern auch schnelle Internetzugänge. Mit dem neuen Glasfasernetz ist der Markt Essenbach im Landkreis Landshut Vorreiter beim Breitbandausbau und bestens für die digitale Zukunft gerüstet.

Die rund 11.500 Einwohner zählende Marktgemeinde – mit 31 Ortsteilen umfasst sie ein Territorium von 84 km<sup>2</sup> – hatte jahrelang – wie viele Kommunen im ländlichen Raum – ein Problem. Wie Bürgermeister a. D. Fritz Wittmann, der den Ort bis 2014 regierte und in dessen Amtszeit das Projekt initiiert und im Wesentlichen umgesetzt wurde, betonte, sei Surfen im Netz entweder nur schlecht oder zu manchen Tageszeiten überhaupt nicht möglich gewesen.

Als der Druck seitens der Bevölkerung und des Gewerbes nach höheren Bandbreiten zunahm, gleichzeitig aber alle Anläufe mit potentiellen Versorgern auch nach zwei Jahren noch scheiterten (das letzte Angebot für einen FTTC Ausbau mit Bandbreiten bis zu 16 Mbit/s umfasste eine Wirtschaftlichkeitslücke von 1,5 bis 2 Mio. Euro), entschied sich

Essenbach im Jahr 2011 für einen eigenfinanzierten FTTH-Ausbau.

### DIE BÜRGER MUSSTEN SELBST ENTSCHEIDEN

Dabei sei laut Wittmann anfangs keineswegs sicher gewesen, ob die Rechnung aufgeht. Neben dem Gemeinderat mussten auch die Essenbacher Bürger von dem Projekt überzeugt werden. So fand vor dem Beginn der Bauarbeiten eine Vorvermarktung statt. Das Projekt sollte nur umgesetzt werden, wenn sich mindestens 40 Prozent aller Eigentümer verbindlich für einen direkten Hausanschluss entscheiden. Das Interesse bei den folgenden Informationsveranstaltungen war sehr groß. Schließlich wollten über 50 Prozent von den Vorteilen der neuen Technologie profitieren.

Während die von der Kommune eigens gegründete Kommunalgesellschaft die Verlegung des passiven Glasfasernetzes organisierte, stellt der Telefon- und Internetanbieter M-net die aktiven technischen Komponenten und die Telekommunikationsdienste zur Verfügung. Heute bietet das Unternehmen in Essenbach Telefon- und Internetanschlüsse mit 25, 50 oder 100 Mbit/s sowie den Empfang eines hochwertigen Kabel-TV-Signals mit über 144 nationalen und internationalen (HD-)TV-Sendern an. Beide Parteien handeln im gegenseitigen Interesse, dadurch wird das Risiko jedes einzelnen Partners minimiert. Im Gegenzug partizipieren aber auch beide vom Erfolg. Der Return on Investment ist Wittmann zufolge auf ca. 30 Jahre angelegt.

Die Projektpartner leisteten mit der Realisierung des Glasfaserprojekts in Essenbach Pionierarbeit. Denn dort reichen die zukunftsfähigen Glasfaserkabel bis in die einzelnen Häuser. Diese FTTB-Ausbauvariante wurde bis zur Realisierung des Projekts in Essenbach fast ausschließlich im städtischen Raum angewandt.

Für die Erschließung der einzelnen Haushalte hob man auf einer Länge von 140 Kilometern neue Glasfasertrassen aus. Insgesamt wurde eine Kabellänge von 1.080 Kilometern ausgerollt. Der offizielle Projektabschluss des Glasfaserausbau wurde eineinhalb Jahre nach dem Startschuss gefeiert.

Inzwischen sind bereits 60 Prozent der Bürger mit von der Partie, ein nachträglicher Anschluss an das Glasfasernetz ist eigenfinanziert jederzeit möglich. Das Projekt kostete am Ende 13,5 Millionen Euro, womit das Budget unterschritten wurde. Wie Wittmann hervorhob, habe beim Ausbau stets der Versorgungsgedanke im Vordergrund gestanden. Glasfaser sei mittlerweile ein harter Standortfaktor. Er plädierte dafür, den Kommunen mehr Handlungsfreiheit einzuräumen und die aktuellen Fördermodelle zu überdenken. Die Kommunalvertreter rief Wittmann dazu auf, „mehr Mut zur Eigeninitiative“ zu entwickeln. ■



Moderator Rainer Maria Jilg interviewte auch das Publikum.

DR. JOHANNES BÖHM / AMPLUS AG:

## 200 MEGABIT PRO SEKUNDE – FLÄCHENDECKEND UND BEZAHLBAR

**F**ür uns ist Langfristigkeit, Nachhaltigkeit und die partnerschaftliche Kooperation mit der Kommune unsere oberste Priorität. Wir verstehen Sie. Wir beraten Sie. Gemeinsam. Aus der Region. Für die Region, erklärte Kommunalberater Dr. Johannes Böhm.

Seit der Gründung im Jahr 2009 etablierte sich die amplus AG mit Sitz in Teisnach (Landkreis Regen) als eines der führenden Breitbandunternehmen Süddeutschlands. Als Tochter der CCNST Group versorgt der zweitgrößte Breitband-Carrier Bayerns heute mehr als 100 Kommunen in zwölf Landkreisen Niederbayerns und der Oberpfalz mit VDSL von bis zu 200.000 Kbit/s. Die Fertigstellung des ersten Glasfaserprojekts nach neuer Förderrichtlinie in ganz Bayern gehört ebenso zur Unternehmensgeschichte wie die Spezialisierung auf VDSL, FTTH und FTTB (fibre to the home / building) im ländlichen Raum.

Einmalig unter den Internetanbietern ist das Ausbaukonzept. Statt ausschließlich Kabelverzweiger (KVz) mit Glasfaser anzuschließen, setzt amplus in vielen Fällen auf den Hybridausbau: Abgelegene Gemeindegebiete werden mit Glasfaser bis ins Haus (FTTH: fibre to the home) erschlossen – und haben dadurch ebenso Zugang zum „High-speed Internet“.

### SCHNELLES INTERNET FÜR JEDEN

Mehrere tausend Kunden profitieren bereits vom Breitbandnetz der amplus AG mit Übertragungsraten von bis zu 100.000 Kbit/s

– in den FTTH-Gebieten 200.000 Kbit/s. Noch mehr werden in den nächsten Jahren folgen, denn: „Schnelles Internet für Jeden“ ist von Beginn an die Philosophie von amplus und Richtschnur der Geschäftstätigkeit. In Kooperation mit Kommunen erarbeiten dazu mehr als 60 Mitarbeiter der CCNST Group individuelle Konzepte für den geplanten Breitbandausbau. So entwickelt amplus in partnerschaftlicher Zusammenarbeit langfristig orientierte und innovative Lösungen.

Bayernweit realisiert die amplus AG derzeit über 1.000 FTTB-Anschlüsse. Ein Qualitätsmerkmal ihrer Ausbaustrategie liegt in der ausschließlichen Verlegeart der Glasfaser in Tiefbauweise. Für 2015/16 sind mehr als 500 Kilometer Glasfaserleitungen und Leerrohrsysteme geplant, 250 Kilometer Glasfasertrassen und FTTB/FTTH befinden sich bereits im Bau.



<https://breitbandtest.bayern>

## Initiative Breitbandtest.Bayern

Mit der Teilnahme an dem Breitbandtest.Bayern unterstützen wir Sie als Kommune dabei, den Ausbaustatus des geförderten schnellen Internets zu überprüfen!





Dr. Johannes Böhm.

Laut Böhm steht amplus seit jeher für nachhaltigen Breitbandausbau und setzt auf FTTB für weitläufige Gemeindeteile. Bayerische Kommunen hätten in den vergangenen Jahrzehnten viel Geld investiert, um oberirdische Kabeltrassen in die Erde zu verbannen. Allein deshalb wäre es ein Unding, jetzt wieder mit dem Bau von Überlandleitungen zu beginnen. amplus nehme seine Versorgungsverantwortung gegenüber den Partner-Kommunen ernst. Dazu gehöre auch die technisch

beste Umsetzung – „und das ist und bleibt in Sachen Glasfaser die unterirdische Verlegung“. Alle Kooperationspartner teilten die Überzeugung von amplus: Billig ist nicht immer gut – die langfristige Bilanz muss stimmen. Bei oberirdischer Glasfaser ist das ausgeschlossen.

### ERFOLGREICHE BEISPIELE

Als FTTB-Pilotprojekte führte Böhm die Gemeinden Pösing (Landkreis Cham) und Aiterhofen (Landkreis Straubing-Bogen) sowie die Städte Nabburg (Landkreis Schwandorf) und Plattling (Landkreis Deggendorf) an. Nach Böhms Worten ist Pösing die erste Kommune des Landkreises und ganz Bayerns mit ausschließlichem FTTB-Ausbau. Bewusst habe sich der Gemeinderat für einen kompletten FTTB-Ausbau entschieden.

Seit 2012 versorgt der regionale Internetanbieter große Teile der Gemeinde Aiterhofen mit Bandbreiten bis zu 100 Megabit pro Sekunde. Ende August 2015 gab die amplus AG eine Intensivierung Ihres Engagements, sprich die Weiterentwicklung der Glasfaser-versorgung bekannt. Durch viele Vor-Ort-Termine wurde ein optimales Ausbaukonzept erarbeitet.

### BAYERNWEIT SPITZE

Zwar startet die Gemeinde Aiterhofen später in das Förderprogramm als umliegende

Kommunen – das Ergebnis aber ist hinsichtlich Preis-Leistungs-Verhältnis und insbesondere Nachhaltigkeit bayernweit an der Spitze. Darüber hinaus gilt auch für Aiterhofen das Versprechen der amplus AG, alle von ihr bisher über Kabelverzweiger (FTTC) versorgten Ortsteile weiterhin auf eigene Kosten in den nächsten Jahren auf Glasfaser bis ins Haus umzurüsten. Der eigenwirtschaftliche Ausbau ist im Sommer 2016 abgeschlossen, die noch zu erschließenden Ortsteile sind mit dem Auswahlverfahren zum Breitbandausbau am Start.

Auch in der Stadt Nabburg ist der Anfang zum schnellen Internet gemacht. Ende August wurde der Kooperationsvertrag zum Breitbandausbau unterzeichnet. Nach Ablauf der geplanten zehnmonatigen Bauzeit profitieren 197 Nabburger Adressen von der idealen Bandbreite für moderne Internet-Services wie IPTV, Cloud-Applikationen und Streaming-Dienste. Gewerbetreibende können sich mit festen IP-Adressen, hohen Upload-Raten und überdurchschnittlicher Netzstabilität für das neue Internetzeitalter rüsten. Das Besondere: Jede Adresse erhält eine Glasfaserleitung bis ins Haus und damit Bandbreiten von 200 Megabit pro Sekunde.

In Plattling wiederum suchten die Stadtwerke einen Partner, der ein Neubaugebiet im Eigenausbau mit FTTB erschließt. Nur die amplus AG war bereit, diesen Schritt zu gehen, sieht sie sich doch als Grundversorger.

## ROLF-PETER SCHARFE / VODAFONE KABEL DEUTSCHLAND:

# BREITBANDBAU MIT VODAFONE KABEL DEUTSCHLAND

In Zukunft bündeln Vodafone und Kabel Deutschland ihre Mobilfunk- und Festnetzkompetenzen unter der starken Premiummarke Vodafone. 400.000 km eigenes Glasfaser- und Kabelnetz in Deutschland und 2,8 Mio. Kabel Internet Kunden sprechen für eine leistungsfähige Backbone-Infrastruktur. Mit Red One bringt Vodafone laut Direktor Rolf-Peter Scharfe jetzt eine neue Tarifwelt auf den Markt, mit der Kunden das für sie jeweils Beste aus Internet, Festnetz, Mobilfunk und TV kombinieren können.

Wie Scharfe berichtete, befinden sich in Bayerns Kommunen zahlreiche Projekte in der Umsetzung. Seit Anfang 2015 sei ein starker Anstieg mit der Tendenz zu FTTB zu verzeichnen. Dabei seien die Projektgrößen unterschiedlich: von kleinen Siedlungen bis zu ganzen Gemeinden.

Als Eckpunkte der Projekte definierte der Direktor die Wirtschaftlichkeitslücken-Förderung bzw. Anmietung passiver Netze, den ausschließlichen FTTB Glasfaser Ausbau als nachhaltigste Lösung sowie die enge Zusam-

menarbeit mit den Kommunen und die Erstellung individueller Vermarktungskonzepte. Der Ausbau gehe fast ausschließlich mit Hausanschlüssen einher, da dies die kostengünstigste Variante für die Kommune darstelle.

### AUSBAU LÄUFT AUF VOLLEN TOUREN

Der Ausbau des ultraschnellen Festnetzes läuft bei Vodafone auf vollen Touren. Damit profitieren Kunden auch in kleineren Orten

aktuell von Spitzengeschwindigkeiten bis zu 200 Mbit/s – und surfen nun doppelt so schnell wie mit dem schnellsten DSL Anschluss. Mit dieser Ausbaustufe versorgt Vodafone jetzt insgesamt 6 Millionen Haushalte im größten Hochgeschwindigkeits-Festnetz der Republik (Stand: Mitte Oktober 2015).



Rolf-Peter Scharfe.

Der schnelle Breitbandausbau geht auch in Zukunft ambitioniert weiter: Ab 2016 werden bereits über zehn Millionen Kabelhaushalte Zugang zu den 200 Mbit/s-schnellen Internetanschlüssen haben. Bis zu 100 Mbit/s- schnelle Kabel-Internetanschlüsse stehen schon heute für 14,6 Millionen Haushalte im Kabel-Verbreitungsgebiet des Netzbetreibers bereit.

Bayernweit bietet Vodafone Kabel Deutschland für 68 % aller Haushalte und 60 % der Haushalte im ländlichen Raum schnelles Internet. Insgesamt profitieren über 4 Mio. Haushalte im Freistaat von diesem Angebot. Dabei sind 200 Mbit/s bereits bei rund 1,8 Mio. Haushalten verfügbar.

### DIGITALTE VIDEOANGEBOTE MIT HOHEM BANDBREITENBEDARF

Die steigende Nutzung digitaler Videoangebote mit hohem Bandbreitenbedarf (HD, Ultra-HD) ist Scharfe zufolge der Haupttreiber für den Anstieg des Datenvolumens. Weitere Wachstumstreiber seien datenintensive Dienste wie Videokonferenzen, M2M-Communications und eHealth. 2017 werde die Summe aller Videonutzungsformen im Internet 80 bis 90 % des weltweiten Datenverkehrs betragen, d. h. „zukunfts-fähige Breitbandinfrastrukturen müssen Bandbreiten deutlich über 50 Mbit/s bereitstellen.“

Blicke man auf die Entwicklung des Bandbreitenbedarfs, so sei festzustellen, dass das Verhältnis von Down- und Upstream sich mit aktuell 8:1 massiv zugunsten Downstream verschiebt, urteilte Scharfe. Auch Cloud-Dienste seien deutlich stärker im Download, da Inhalte nur einmal hoch, aber mehrfach heruntergeladen werden. „Die Folge davon ist, dass der Bandbreitenbedarf zunehmend asymmetrischer wird.“

### HOCHMODERNES KABELNETZ FÜR LEISTUNGSSTARKE INTERNETPRODUKTE

Mit seinem hochmodernem Kabelnetz – unter anderem dank des vorhandenen Glasfaseranteils – bietet Vodafone Kabel Deutschland in ersten Ausbaugebieten bereits heute überaus leistungsfähige Internetprodukte an. Im DOCSIS-Standard ist technisch gesehen sogar noch ein Vielfaches der Übertragungsgeschwindigkeit von 200 Mbit/s möglich.

Neben Highspeed-Internet mit sehr hohen Up- und Download-Geschwindigkeiten gewährleistet DOCSIS 3.0 eine hervorragende Verbindungsstabilität und Störungssicherheit. In einem Feldversuch im Schweriner Kabelnetz hat Vodafone Kabel Deutschland als weltweit erster Kabelnetzbetreiber eine permanente Download-Geschwindigkeit von bis zu 4,7 Gbit/s und eine Upload-Geschwindigkeit von 50 Mbit/s erreicht. Dies zeigt laut Scharfe die enorme Leistungsfähigkeit, die

das Kabelnetz bereits heute aufweist, und was in Zukunft noch zu erwarten ist.

DSL-/VDSL-Netze können ihre volle Bandbreite nur erreichen, wenn die Strecke zwischen dem DSL-/VDSL-Verteilerkasten und dem Anschluss in der Immobilie nicht zu lang ist. Denn je weiter der Anschluss vom Verteilerkasten entfernt ist, desto stärker nimmt die Bandbreite ab, die für Internetanwendungen zur Verfügung steht. Die technischen Eigenschaften des Fernsehkabels ermöglichen jedoch, dass auch über längere Strecken große Datenmengen transportiert werden können. Scharfe: „Kabel ist Hochleistungstechnologie der Zukunft.“

Wie der Direktor konstatierte, „hat Breitband heute eine ähnliche Bedeutung wie die

Versorgung mit Gas, Wasser und Elektroenergie. Passive Infrastrukturen wie Leerrohre und Glasfaser sind die wichtigsten Elemente. Kommunen können als Eigentümer dieser Infrastruktur Einfluss auf den Betreiber ausüben.“ Anbieter, Dienste und Bandbreitenbedarf werden sich im Laufe einer Amortisationszeit von mehr als 20 Jahren ändern, prognostizierte Scharfe. „Was bleibt, ist die (passive) Infrastruktur.“

Beim Betreibermodell, bei dem die Kommune in die Infrastrukturmaßnahme investiert und diese Investition durch die Mietzahlungen der Telekommunikationsunternehmen refinanziert, entstünden durch interkommunale Zusammenarbeit Synergien. Der Erfolg liege im richtigen Geschäftsmodell, nicht in der Technik. ■



### Breitbandausbau durch inexio

## Bringen Sie 100 Mbit/s in Ihre Gemeinde!

Mit dem hochwertigen und modernen Glasfasernetz von inexio wird schnelles Internet auch in Ihrer Gemeinde möglich – Sichern Sie sich jetzt Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s!

Mehr Informationen unter [www.inexio.net](http://www.inexio.net)

**INEXIO**  
CONNECTING YOUR BUSINESS

UDO HARBERS /TELEKOM DEUTSCHLAND AG:

## ZUR ZUKUNFT DES NETZAUSBAUS DER DEUTSCHEN TELEKOM

In den aktuellen Förderverfahren in Bayern gewinnen wir rund 80 Prozent aller Ausschreibungen. 80 Prozent aller Bürgermeister können mit ihrem Sachverstand nicht irren, bemerkte Pressesprecher Udo Harbers.

Beispielgebend hierfür sei der soeben geschlossene Kooperationsvertrag mit der Stadt Leipheim im Landkreis Günzburg. Im Wesentlichen übernehme die Telekom dort die Versorgung mit Bandbreiten von mindestens 30 Mbit/s. Darüber hinaus sei auch der spezielle Bedarf der Stadt bedient worden, einzelne Regionen in Leipheim sowie das Gewerbegebiet mit FTTB und FTTH zu versorgen. Zudem baue die Telekom außerhalb des Förderprogramms mit eigenen Mitteln FTTH aus. Der Ausbauperiode erstreckte sich bis ins Frühjahr 2017. Harbers: „Überall wo es sinnvoll und finanzierbar ist, baut Telekom Glasfaser bis ans Haus und bis in die Wohnung. Bei einem derartigen Projekt sprechen wir allerdings von einem Investitionsbedarf im siebenstelligen Bereich.“

### SCHRITTWEISER AUSBAU

Wie Harbers erläuterte, „wird die Telekom die Glasfaser schrittweise zu ihren Kunden bringen“. Der evolutionäre Netzausbau mit den Komponenten ADSL2+  $\leq$  16 Mbit/s (heute Standard), FTTC + VDSL-Vectoring  $\leq$  100 Mbit/s (Ausbau ist gestartet), Super-Vectoring  $\leq$  250 Mbit/s (Ausbau ab 2018), FTTB und FTTH  $\leq$  1.000 Mbit/s (Ausbau vor allem in Neubaugebieten) folge dem Bedarf an Bandbreiten und Wirtschaftlichkeitsaspekten.

Laut einer Kalkulation des TÜV Rheinland aus dem Jahr 2013 würden der flächendeckende FTTH-Ausbau bundesweit 94 Mrd. Euro und der FTTB-Ausbau 71 Mrd. Euro kosten – Geld, das nicht verfügbar ist. Im Falle eines sog. Technologiemicx schlägen dagegen 20 Mrd. Euro zu Buche, „womit man sich eher in realistischen Bereichen bewegen würde“. Danach könnten alle Haushalte mit einer Geschwindigkeit von mindestens 50 Megabit pro Sekunde im Netz surfen.

Harbers zufolge hat die Telekom mit ihrem FTTH-Ausbau in knapp 35 deutschen Städten die Erfahrung gemacht, dass neben der Kostenfrage auch der zeitliche Aspekt von entscheidender Bedeutung ist. Der großflächige Ausbau von FTTH bis 2018 sei schlichtweg nicht zu schaffen. Dafür werde wesentlich mehr Zeit benötigt.

### EVOLUTIONSSCHRITTE

Spreche man vom Technologiemicx, so seien folgende Evolutionsschritte von LTE ein wesentlicher Bestandteil:

- LTE 100: Mittlerweile Standard vor allem in Städten; 100 Mbit/s zum Start von LTE mit der 1. Generation Endgeräte
- LTE 150: LTE heute mit 1.8 GHz Speedvorteil



Udo Harbers.

- LTE 300: neue LTE Advanced Features Kombination von 1.8 und 2.6 GHz
- LTE 600: Pilot in Alzey Ende 02/14; innovative Antennen und Kombination von 1.8 und 2.6 GHz.

### VERFÜGBARKEIT HOHER BANDBREITEN

„Mit diesen Evolutionsschritten sind natürlich die maximalen Bandbreiten genannt“, betonte Udo Harbers und ergänzte: „Wir als Telekom müssen dafür Sorge tragen, dass von diesen maximalen Bandbreiten möglichst viel beim Kunden ankommt und die Versorgung in der Fläche gewährleistet ist. Dafür verwenden wir dann auch weitere Frequenzen, deren Nutzung wir gerade teuer erstickert haben. Dies wird die Verfügbarkeit ho-

her Bandbreiten und die Kapazitätsmöglichkeiten in den LTE-Netzen erhöhen.“ Der derzeitige Ausbaustand liegt bei 85 % Abdeckung (Download bis 150 Mbit/s), als Ausbauziel ist eine 95%ige Abdeckung mit bis zu 300 Mbit/s avisiert.

### TECHNOLOGIEMIX

Ein weiterer Bestandteil des Technologiemicx und damit der „Integrierten Netzstrategie“ (INS) der Telekom ist der Glasfaserausbau. „Wir sind auf einem guten Weg; 44 % aller bundesdeutschen Haushalte erreichen wir mittlerweile mit Glasfaser bis zum Kabelverzweiger“, meinte Harbers. Mit VDSL2 Vectoring und ausschließlich eigenen Investitionen will die Telekom bis 2018 etwa 80 % der Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgen.

Konkret geht es beim VDSL2 Vectoring um die sogenannte letzte Meile zwischen dem Verteilerkasten und dem Hausanschluss der Endkunden. Durch Vectoring ist derzeit im

Download eine Geschwindigkeit von bis zu 100 Megabit möglich (Upload bis zu 40 Mbit/s), ohne die Kabel zu hohen Kosten auszutauschen. Es handelt sich also gewissermaßen um ein Upgrade der jetzigen Infrastruktur. Für 2018 ist die Einführung von Super-Vectoring mit mehr als 250 Mbit/s geplant. Harbers: „Vectoring ist mittlerweile schon aktiv. Überall dort, wo die Telekom selbst investiert und keine Förderung fließt, kann sie Vectoring anschalten. Überall dort, wo gefördert wird, sorgen wir zwar für die Technik, dürfen sie aber noch nicht anknipsen.“

Der Hybride Zugang als letzter INS-Baustein ist eine automatische Geschwindigkeitserhöhung durch Addition von LTE und DSL-Geschwindigkeit, bei der mehrere Übertra-

gungskanäle intelligent gebündelt werden. Diese Kombination von Festnetz auf Kupferkabel und Mobilfunk ist seit gut einem Jahr im Markt. Das Produkt wird in Zukunft eine Download-Höchstgeschwindigkeit von bis zu 550 Mbit/s erreichen und wird von der Telekom exklusiv vermarktet. Nach Harbers Darstellung ist es „gerade in ländlichen Regionen extrem sinnvoll“.

Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit von Vectoring und Super Vectoring hat die Telekom den Bedarf von Privat- und Geschäftskunden untersucht. Am Beispiel einer vierköpfigen Familie wurde die Entwicklung der Breitbandnutzung auf zehn Jahre hochgerechnet. Ergebnis: „Im Wesentlichen wird die Nutzung von Videodiensten in diesem Zeitraum steigen. Auch werden diese Videodienste höhere Qualitäten haben. Wir sind aber sicher, dass Vectoring mit seinen technischen Entwicklungsschritten diesen wachsenden Bedarf abdecken wird.“

Um Vectoring künftig auch im sogenannten Nahbereich eines Hauptverteilers einsetzen zu können, hatte die Telekom Deutschland GmbH zu Beginn des Jahres bei der Bundesnetzagentur einen Antrag auf Änderung der regulatorischen Rahmenbedingungen eingereicht.

#### FLÄCHENDECKENDE HIGH-SPEED-ANGEBOTE IM LÄNDLICHEN RAUM BLEIBEN SCHWIERIG

Zum Hintergrund: Harbers zufolge entstehen signifikante Bandbreitenunterschiede zwischen dem Nahbereich und den Bereichen außerhalb des Nahbereichs. Flächendeckende, einheitliche High-Speed-Angebote durch die Telekom sowie Wettbewerber, die das Telekom-Netz nutzen, seien damit nicht möglich. Die Kabelunternehmen böten keinen Zugang zum Netz, de facto handle es sich hier um ein Monopol für Bandbreiten um die 100 MBit/s in den Nahbereichen. Die Wettbewerbsfähigkeit der TK-Branche gegenüber Kabelunternehmen sei im Nahbereich stark eingeschränkt.

Zehn Monate nach dem Antrag der Telekom sieht der Entscheidungsentwurf nun einen Kompromiss vor. Zum einen soll es der Telekom möglich sein, die Nahbereiche mit Vectoring zu erschließen und Wettbewerbern nur noch einen virtuellen Zugang zur „letzten Meile“ anzubieten, zum anderen bekommen die Wettbewerber der Telekom aber die Möglichkeit, das Nahbereichsnetz selbst auszubauen. Die Voraussetzung dafür ist, dass sie sich in den jeweiligen Gebieten bisher stärker als die Telekom bei der Erschließung von Schaltkästen mit VDSL engagiert haben. Zudem müssen sie bis Ende Mai 2016 eine verbindliche Aussage über den Ausbau treffen. In einem Konsultationsverfahren können sie sich noch zu dem Entwurf äußern. ■

ANDREAS WEBER / REHAU AG + CO:

## VOM BORDSTEIN ZUM SCHREIBTISCH

ZUKUNFTSSICHER MIT RAUSPEED MIKROKABELROHREN

Langfristig führt kein Weg am FTTH-Ausbau vorbei. Keine andere Technologie ist zukunftsfähiger und bietet derzeit so hohe ungeteilte Bandbreiten wie Glasfaser. Deshalb gilt es jetzt schon, den nächsten Schritt zu planen, informierte Vertriebsleiter Andreas Weber.

Beim Netzausbau sei ein Masterplan bzw. ein allgemeiner Breitbandplan sinnvoll. Langfristig lohne sich ein einheitliches FTTH-Netz nur mit einem Gesamtkonzept. Weber riet dazu, sich Unterstützung von Fachleuten nicht nur bei der Planung einzelner Straßenzüge bzw. Ortsteile zu holen, sondern bei Bedarf auch in der Ausführung.

80 % der Kosten sind Tiefbaukosten. So ergibt sich laut Weber ein enormes Einspar-

potenzial durch die systematische Mitverlegung von Leerrohren im Rahmen von Tiefbaumaßnahmen (Strom, Nahwärme, Wasser...). Diese Maßnahme sei auch bei einem bestehenden Telekom-Netz sinnvoll. Auf diese Weise könnten spätere Aufgrabungsmaßnahmen vermieden werden.

Der Ausbau glasfaserbasierter Hochgeschwindigkeits-Datennetze in der globalen Kommunikationstechnik erfordere immer

Breitbandnetze | Netzbetrieb | Netzservice

**mieco**  
Eine starke Verbindung 

Breitbandnetze aus einer Hand

WIR BAUEN ZUKUNFT

SCHNELL

SICHER

REGIONAL



Jetzt direkt mit dem Smartphone informieren.



[www.miecom.de](http://www.miecom.de)

neue Systemkomponenten zur Verlegung, zur Verbindung und zum Betrieb. Mit größtmöglicher Flexibilität, bedarfsgerechter Anpassung, ausgereifter Verbindungstechnik und einem umfangreichen Formteil- und Zubehörprogramm bietet das Mikrokabelrohrsystem Rauspeed beste Voraussetzungen für den Bau nachhaltiger Breitbandnetze, so Weber.

Das Rauspeed System besteht aus verlegensicheren Mikrokabel-Einzelrohren und Rohrbündeln, direkt erdverlegbaren Steckfittings, Einzelzugabdichtungen und einem speziellem Raucut Verlegewerkzeug. Damit ist es bestens gerüstet, um eine schnelle und kosteneffiziente Anbindung per Erdrakete zu ermöglichen.

### OPTIMALER SCHUTZ FÜR DIE FILIGRANEN GLASFASERKABEL

Die Mikrokabelrohre aus Polyethylen (PE) dienen zum optimalen Schutz der filigranen Glasfaserkabel und werden meist in Form von Rohrverbunden unter der Erde verlegt. Zur Unterscheidung und Wiedererkennung werden die Mikrokabelrohre mit Farbstreifen und im Verbund mit der jeweiligen Rohrnummer signiert. So kann bei der späteren Verlegung jedem Mikrokabelrohr eindeutig ein Gebäude zugeordnet werden.

Die Einzelrohre werden mit einem Mantelverbund aus Polypropylen (PP) umhüllt, der bis zu 25 Mikrokabelrohre aufnehmen kann. Bei der Verlegung bis zum Endkunden wird dieser Verbund geöffnet und ein oder mehrere, mit Glasfasern zu belegende Mikrokabelrohre zum Gebäude geführt. Um eine optimale und flexible Verlegung zu gewährleisten, bieten sich je nach Gegebenheit zahlreiche Verlegetechniken - von der Verlegung im offenen Graben oder Schutzrohr über Einpflügen und Erdraketenverlegung bis hin zur Verlegung im Spülbohrverfahren.

Das Einblasen von Rauspeed-Einzelrohren ist Weber zufolge bei bereits vorhandenen PE-HD Kabelschutzrohr-Trassen mit Innenriefung geeignet. Bevor Mikrokabelrohre in Kabelschutzrohre eingeblasen werden können, ist eine Druckluftbeaufschlagung nötig, die eine Erhöhung der Steifigkeit bewirkt. Dadurch wird verhindert, dass sich die Mikrokabelrohre beim Einblasen in die Kabelschutzrohre übereinanderlegen und verwinden, wodurch die Einblaslänge herabgesetzt werden würde.

Ein Einziehen von Rauspeed-Einzelrohren oder Rohrverbunden kommt besonders bei bereits bestehenden PVC, PP, PE-HD Kabelschutzrohr-Trassen zum Einsatz. Mit Hilfe eines Ziehstrumpfes bzw. Ziehkopfes können einzelne Mikrokabelrohre eingezogen werden.

Zur sicheren und dichten Einführung eines oder mehrerer Mikrokabelrohre ins Gebäude werden Rauspeed-Hauseinführungen eingesetzt. Im Inneren des Gebäudes (im Regelfall in den Kellerräumen des Teilnehmers) wird das Hausanschlussröhrchen mit einem Rasterbogen am Ende der Hauseinführung zum Glasfaser-Abschlusspunkt (Hausanschlussbox) geführt. Für einen grabenlosen Hausanschluss mittels Erdrakete kommt die grabenlose Rauspeed-Hauseinführung zum Zug.

### BESONDERE ABDICHTUNG

Zur Abdichtung zwischen Mikrokabelrohr und Glasfaserkabel wird wiederum die Rauspeed-Einzelzugabdichtung eingesetzt. Eine Abdichtung erfolgt im Regelfall sowohl zu Beginn der Trasse am Glasfaserverteilpunkt (KVz/MFG) als auch am Ende der Trasse im Gebäude (AP). Um das Eindringen von Wasser und schleichender Gase zu verhindern, ist besonders die Abdichtung im Gebäude erforderlich.



Andreas Weber.

Zum nachträglichen gas- und wasserdichten Verbinden von bereits mit Glasfaserkabel belegten Mikrokabelrohren wird die teilbare Rauspeed Einblasmuffe eingesetzt. Damit ist das Einblasen von Glasfaserkabeln über längere Strecken möglich. Weitere Einsatzgebiete sind das nachträgliche Verbinden im Reparaturfall oder im Gebäude eine kurz vor dem AP mögliche Abdichtung des Kabels gegen das Mikrokabelrohr.

### GEFAHREN IM BRANDFALL REDUZIEREN

Wie Weber weiter anführte, müssen Kabel und Rohre für die Hausinstallation speziell ausgerüstet sein, um Gefahren im Brandfall so weit wie möglich zu reduzieren. Hauptursache für die Gefährdung von Personen seien entstehende Rauchgase wie CO/CO<sub>2</sub> sowie die Absenkung der O<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft. Bei starker Rauchentwicklung würden Orientierung und Flucht schwer, oftmals aber unmöglich gemacht.

RAUSPEED Inhouse Mikrokabelrohre eignen sich speziell für die Verlegung im Innenbereich und bieten im Brandfall höchste Sicherheit. Sie sind rauchgasarm, halogenfrei und selbstverlöschend.

Fazit: „REHAU bietet einen flächendeckenden Service, sprich ein Rundum-Sorglos-Paket“, urteilte Weber. Dank dem engmaschigsten Außendienstnetz am Markt sei das Unternehmen stets vor Ort und biete Unterstützung in allen Projektphasen sowie kundenspezifische Lösungen auch bei Kleinmengen. Zudem offeriere die Premiummarke für polymerbasierte Lösungen kostenfreie Verlegerworkshops und biete eine qualifizierte Baustelleneinweisung und -betreuung.



Ob winzigste Durchmesser für medizinische Anwendungen, riesige Abwasserrohre oder Breitbandverkabelung: Rehau ist der kompetente Hersteller. An mehr als 170 Standorten tragen über 19.000 Mitarbeiter in mehr als 50 Ländern zu Wachstum und Erfolg des oberfränkischen Unternehmens bei.

MATTHIAS SIEGEL / THÜGA METERINGSERVICE GMBH:

## EINFLUSSFAKTOREN FÜR DIE WIRTSCHAFTLICHKEIT

**A**ls Spezialist im gesamten Prozess des Messwesens und des Energiedatenmanagements bietet Thüga MeteringService in Naila auch das Datenmanagement für Telekommunikation und Breitband-Internet an. Das Ergebnis für die Kunden: Maßgeschneiderte, wirtschaftliche Lösungen in den Bereichen Zählerfernauslesung, Energiedatenmanagement, Marktkommunikation, SmartEnergy, IT- Services und Breitbandnetz.

Wie Projektleiter Matthias Siegel darlegte, ist das Unternehmen seit dem Jahr 2009 als Telekommunikationsnetzbetreiber aktiv. Die Anschlussquote beträgt 35 %; insgesamt kann Thüga MeteringService auf 1.700 Kunden verweisen. „Wenn der Einzelfall sich wirtschaftlich darstellt, dann steht der Umsetzung nichts im Weg“ lautet die Thüga Strategie 2021.

Als Betreiber eines eigenen Breitband-Netzgebietes „Hochfrankenwald“ hat die Thüga Metering Service GmbH bereits mehr als ein Dutzend Kommunen und deren Ortsteile unter dem Markennamen komDSL mit Breitband-Anschlüssen versorgt. Gerade außerhalb der Großstädte, in ländlich geprägten Regionen, ist Siegel zufolge eine rasche Datenübertragung ein elementarer Standortfaktor, um die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern.

Mit dem integrierten Breitband-Konzept, das bereits bei 16 Unternehmen umgesetzt wurde, will das Unternehmen speziell Ge-

meinden und Energieversorgen das Leben erleichtern, indem es individuell zugeschnittene Pakete anbietet. Von der Analyse und Wirtschaftlichkeitsberechnung über die Netz-



Matthias Siegel.

und Materialplanung bis hin zur Inbetriebnahme und dem weiterführenden Betriebs-Support können alle Leistungen abgedeckt werden. Darüber hinaus wird Stadtwerken sogar angeboten, unter Nutzung der Marke komDSL selbst ein neues Geschäftsfeld zu etablieren.

### GANZHEITLICHE BETREUUNG AUS EINER HAND

Durch die ganzheitliche Betreuung aus einer Hand und modulare Leistungspakete werden im „Integrierten Breitbandmodell für Versorger“ Kompetenzsynergien optimal genutzt. Die Anmietung der bestehenden Teilnehmeranschlussleitungen (FTTC) ermöglicht in Ausbaustufe 1 die sofortige Anbindung des Kunden an das Glasfasernetz. In Ausbaustufe 2 erfolgt der direkte Anschluss der Gebäude bzw. Haushalte an das Glasfasernetz (FTTB/H). Durch die blitzschnellen Verbindungsgeschwindigkeiten werden die Bedürfnisse der Kunden im Hinblick auf ständig steigende Übertragungsanforderungen auch für die Zukunft erfüllt. Thüga MeteringService erstellt das technische Konzept und liefert professionellen Support für innovative Netzbetreiber.

Laut dem führenden deutschen Breitbandverband BREKO gelten folgende Erfolgskriterien: 1. Kleiner Dienstweg: Nicht ohne meinen Bürgermeister, 2. Ganzheitlicher Ansatz: planen + bauen + betreiben + vermarkten, 3. Investitionsrisiken mindern: Sale first – built later!, 4. Kernkompetenzen bündeln: Partnerschaftliche Kooperationsmodelle, 5. Lokal + Regional: Kostensynergien heben = Leerrohre nutzen sowie neue Verlegetechnologien wie beispielsweise Microtrenching einsetzen.



Das große Plus für innovative Kommunikation

Thüga MeteringService unterstützt Kommunen und Stadtwerke beim Breitband-Ausbau für Gewerbegebiete und Endkunden.

Mehr unter [www.komdsl.de](http://www.komdsl.de)



RENÉ MEYER / INEXIO KGAA:

## WIE TREFFEN SIE IHRE BREITBANDENTSCHEIDUNG NACHHALTIG?

Telekommunikationsdienste der „nächsten Generation“ und Informationstechnologie für professionelle Geschäftskunden bietet die 2007 gegründete inxio KGaA an. Der Standort in Kinding im Altmühltal ist bayernweiter Vertriebs- und Technikstützpunkt. An fünf bundesdeutschen Standorten sind derzeit mehr als 175 Mitarbeiter beschäftigt – Tendenz steigend.

Wie René Meyer, Leiter Vertrieb Bayern, im Zusammenwirken mit BR-Moderator Tom Meiler informierte, hat sich das Unternehmen auf den Breitbandausbau im ländlichen Raum spezialisiert. Inzwischen hat inxio als Netzbetreiber und kommunaler Partner über 600 Gemeinden an sein Backbone-Netzwerk angeschlossen und betreut mehr als 55.000 Privat- und über 2.000 Gewerbekunden. Dabei setzt man auf den nachhaltigen Ausbau durch Glasfaserleitungen, „denn für den FTTH-Ausbau ist es nie zu spät“. Wo nötig, werden Distanzen mittels Richtfunkstrecken überbrückt.

„Die Aktivitäten im Freistaat gewinnen weiter an Schwung“, wie Meyer verdeutlichte. Gleichzeitig realisiert inxio in Bayern völlig neue Formen von Kooperationen im Breitbandausbau. So konnten in Zusammenarbeit mit der Laaber-Naab-Infrastruktur GmbH in Beratzhausen, der sich inzwischen landkreisübergreifend mehr als ein Dutzend Gemeinden angeschlossen haben, Synergien gewonnen, Ortsnetze erschlossen und viele Baumaßnahmen angestoßen werden.

### AKTUELLE BEISPIELE

Erst kürzlich haben die Stadt Parsberg, die heuer der Laaber-Naab Infrastruktur GmbH beigetreten war und inxio einen Vertrag zum Breitbandausbau unterzeichnet. Insgesamt kalkuliert inxio mit einer Investition von rund 2 Millionen Euro, um die Stadt und die Stadtteile mit einer modernen und leistungsfähigen Glasfaserinfrastruktur zu versorgen. Bei einer Wirtschaftlichkeitslücke von rund 850.000 Euro erhält Parsberg aus dem Förderprogramm des Freistaates Bayern rund 510.000 Euro.

inxio und die Laaber-Naab Infrastruktur GmbH werden in den nächsten zwölf Monaten, ausgehend von einer Glasfasertrasse entlang der Bundesautobahn A3, Glasfaserkabel bis an die derzeitigen Kabelverzweiger verlegen und auf den letzten Metern bis zum Kunden die vorhandenen Kupferkabel nutzen. Durch diesen FTTC-Ausbau realisiert inxio für seine Kunden Bandbreiten von bis zu 100 Mbit/s. In einigen Teilen der Stadt Parsberg sind aktuell sogar rund 200 FTTH-Anschlüsse – etwa in den jetzt zu erschließenden Neu-

baugebieten – geplant. Damit erhalten die Kunden noch größere Bandbreiten. Ziel der Laaber-Naab Infrastruktur GmbH ist es, die regionale Wertschöpfung zu erhalten. Eine interkommunale Zusammenarbeit zum Bau eigener Breitbandkabelnetze zur Vollver-

schnellere Internet gehen in vielen Ortsteilen zu einem Outdoor-DSLAM. Dieser wird neben dem Verteilerkasten der Telekom aufgebaut. Dort wird dann das schnelle Internet in die bestehenden Kupferkabel eingespeist und versorgt so die Haushalte mit einer DSL-Geschwindigkeit von 30 Mbit/s bis zu 100 Mbit/s. In manchen Ortsteilen werden aber auch die Grundstücke direkt mit einer Glasfaserleitung erschlossen. Dort sind dann Geschwindigkeiten von bis zu 200 Mbit/s möglich.

Die Kosten für die DSL-Erschließung be-



Moderator Tom Meiler im Gespräch mit inxio-Vertriebsleiter René Meyer (r.).

sorgung der einzelnen Gemeinden sei daher ein hervorragender Denkansatz, so Meyer.

Als Pluspunkte einer Breitband-Infrastruktur-Gesellschaft führte er unter anderem die optimale Ausgestaltung der Infrastruktur durch Berücksichtigung und Einbringen vorhandener und künftig zu schaffender Netze der beteiligten Partner an. Darüber hinaus reduziere sich durch das Partnermodell das Investitionsrisiko des Einzelnen. Neben der Aufgabenteilung passives/aktives Netz sei durch den regionalen „Touch“ der Produkte und damit einer höheren Identifizierung des Kunden eine höhere Marktdurchdringung gewährleistet.

Beschlossene Sache ist auch der von inxio zu realisierende Breitbandausbau im oberpfälzischen Dietfurt. Im gesamten Gebiet der Großgemeinde werden innerhalb des nächsten Jahres rund 47 Kilometer Glasfaserkabel verlegt, mit Ausnahme von Töging, das bereits erschlossen ist. Diese Leitungen für das

laufen sich auf ca. 2,4 Mio. Euro, ca. 1 Mio. Euro investiert inxio in den Ausbau und ca. 1,4 Mio. Euro die Stadt Dietfurt. Die Fördermittel des Freistaates Bayern betragen 940.000 Euro, für die Stadt verbleiben somit noch etwas mehr als 500.000 Euro.

In allen bislang unterversorgten Gebieten Gredings sorgt inxio bis Ende 2016 für schnelle und leistungsfähige Telekommunikationsanschlüsse. Insgesamt investiert das Unternehmen 1,7 Millionen Euro in den Ausbau, rund die Hälfte davon als Zuschuss, um die Wirtschaftlichkeitslücke zu schließen. Im Rahmen des Ausbaus wird inxio auf bereits verlegte Leerrohre der Stadt Greding zurückgreifen. Durch diese Synergie werden Kosten eingespart und die Baubelastung reduziert. Insgesamt stellt sich das Investitionsprogramm von inxio sehr ambitioniert dar: Bis 2020 will der Telekommunikationsanbieter jährlich mindestens 25 Millionen Euro investieren.

DANIEL ÖFELE / ESRI DEUTSCHLAND GMBH:

# FAST@HOME – DEN GLASFASERAUSBAU AUTOMATISIERT UND KOSTENOPTIMIERT PLANEN

Esri Deutschland ist führend in Geoinformationslösungen für Privatwirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Für die Telekommunikationsbranche bietet das Unternehmen ein innovatives, auf die speziellen Bedürfnisse fokussiertes Lösungs- und Dienstleistungsportfolio, erläuterte Account Manager Daniel Öfele.

Wie kann dem Planer direkt die Möglichkeit gegeben werden, selbst einfach und schnell per Web-GIS kostenoptimierte Netzstrukturen für verschiedene Ausbauszenarien zu berechnen? Die Lösung heißt Fast@Home – eine Kooperation zwischen atesio und Esri Deutschland. Die Integration eines auf ArcGIS basierenden Tools mit modernen mathematischen Optimierungsmethoden kann wesentliche Beiträge leisten, wenn es darum geht, die künftige Versorgung aller Bürger mit 50 Mbit/s, 100 Mbit/s oder mehr kostengünstig zu gestalten.

Rohr- und Kabelplanung sowie die kundenspezifische Parametrierung (Rohr, Kabel, Kosten) sind in der automatisierten Glasfaser-Netzplanung mit Fast@Home inbegriffen. Zudem werden Materiallisten automatisiert erstellt und die Grundlagen für Investitionsentscheidungen ermittelt. Mit der ArcGIS Plattform bietet Esri geointelligente Lösungen zur Unterstützung von Prozessen innerhalb der gesamten Breitband-Wertschöpfungskette. Im Rahmen des Breitbandausbaus kann die ArcGIS Plattform genutzt werden, um die Bereiche FTTx-Netzplanung, -bau und -betrieb, Marketing und Vertrieb sowie Ressourcenma-

nagement und Provisionierung mit Geodaten, räumlichen Analysen und dynamischen Kartenanwendungen zu unterstützen.

ArcGIS von Esri gibt schnell Überblick: Welchen Erschließungszustand hat ein ausge-



Daniel Öfele.

wiesenes Gebiet? Wo fragen Bürger aktiv nach? Auch der räumliche Blick auf Gewerbe-, Industrie- und Neubaugebiete spielt beim Breitbandausbau eine wichtige Rolle.

Bürger und Vertreter aus der Wirtschaft können über eine interaktive Karte im Gemeindeportal schnell und einfach das Interesse für einen Anschluss ihres Grundstücks mitteilen. Die Gemeinde wiederum kann über die Karte ihre Entscheidungen und den Fortschritt des Breitbandausbaus transparent kommunizieren. Geanalysen sind insbesondere im Bereich der Planung die essenzielle Grundlage für strategische Entscheidungen. Erste Schätzungen für notwendige Ausbaurkosten in großflächig angelegten Regionen werden auf Basis der Bevölkerungsstruktur und -verteilung, wirtschaftlicher Kennzahlen, Leistungskennzahlen und weiterer Parameter ermittelt. Auch der Budgetbedarf lässt sich mit GIS präzisieren.

Auf Basis der vorhandenen Netzinfrastruktur und unter Berücksichtigung der zum Einsatz kommenden Netztechnologie simulieren die Systeme konkrete Ausbauszenarien und bewerten Alternativen. Die daraus abgeleiteten Materiallisten sind eine belastbare Grundlage zur Kalkulation der Ausbaurkosten. Esri hat Fachlösungen, diesen komplexen und zeitaufwändigen Planungsprozess auf Basis eines Regelwerks hochgradig zu automatisieren und damit deutlich zu verkürzen.



**REHAU**  
Unlimited Polymer Solutions

## EINE VERBINDUNG FÜR DIE ZUKUNFT RAUSPEED Mikrokabelrohre

Setzen Sie beim Ausbau glasfaserbasierter Breitbandnetze auf ein zukunftssicheres und perfekt abgestimmtes Mikrokabelrohrsystem. Denken Sie auch bei aktuellen Bauvorhaben an die mögliche Mitverlegung von Mikrokabelrohren. Wir beraten Sie gerne! Mehr Informationen erhalten Sie unter [www.rehau.de/rauspeed](http://www.rehau.de/rauspeed)

Mit REHAU erhalten Sie praxiserprobte Versorgungsnetze aus einer Hand – von der unabhängigen Wärmeversorgung über Hochlast-Kanalrohrsysteme bis hin zum High-Speed Anschluss.

REHAU AG+Co, Verkaufsbüro Nürnberg, Tel: 09131 93408-0, [nuernberg@rehau.com](mailto:nuernberg@rehau.com)

\*auf das Rohrsystem

CHRISTOPH SUDHUES / ZAFACO GMBH:

# INITIATIVE BREITBANDTEST.BAYERN

## KLARHEIT ÜBER DEN STATUS QUO DER TATSÄCHLICH REALISIERTEN BANDBREITE

Die zafaco GmbH versteht sich als übergreifender, unabhängiger und neutraler Dienstleister in den Bereichen Benchmarking, Business Service Management und Business Intelligence mit eigener messtechnischer Infrastruktur und nahezu 34 Millionen Testverbindungen pro Jahr. Diese Unabhängigkeit und Neutralität ist die Grundlage des Geschäftsmodells der zafaco GmbH, betonte der Geschäftsführende Gesellschafter Christoph Sudhues.

Das Vertrauen in die Unabhängigkeit von zafaco zeige sich unter anderem dadurch, dass die Messungen zu den regelmäßig von der Zeitschrift connect, Europas größtem Magazin zur Telekommunikation, veröffentlichten Breitband-Netztests durch zafaco durchgeführt werden. Weiterhin ermittelte das Unternehmen über die Initiative Netzqualität die Dienstqualität von Breitbandzugängen im Auftrag der Bundesnetzagentur für die Qualitätsstudien 2012 und 2013.

### ENDKUNDENMESSSYSTEM

Zudem habe die zafaco GmbH jüngst den Zuschlag der Bundesnetzagentur für die Entwicklung und den dreijährigen Betrieb eines Endkundenmesssystems erhalten, um die Leistungsfähigkeit der stationären oder mobilen Internetzugangsdienste zu erfassen und zu bewerten.

Ziel von Breitbandtest.Bayern, einer

Initiative der Breitbandberatung Bayern GmbH sowie der zafaco GmbH ist es, möglichst viele Haushalte während eines Zeitraums von drei Monaten pro Jahr in dem entsprechenden Ausbauggebiet des bayerischen Hochgeschwindigkeitsförderprogramms zu motivieren, den Status quo der tatsächlich realisierten Bandbreite zu ermitteln.

### TRANSPARENZ SCHAFFEN

„Durch die Ergebnisse der Initiative helfen wir Kommunen, Klarheit über diesen Ausbau zu erlangen. Nur so können die Kommunen Transparenz schaffen und nachhaltig sicherstellen, dass jeder Einwohner das geförderte schnelle Internet nutzen kann“, informierte Sudhues. Für die Kommunen stelle Breitbandtest.Bayern ein Instrument zur aktiven Bürgerbeteiligung dar.

Der Breitbandtest überzeugt nach Sudhues Worten mit klaren Differenzierungsmerk-

malen zu anderen Tools: So werde durch die hierzulande entwickelte Software und die nationalen Referenzsysteme nach höchsten Qualitätsstandards in Deutschland getestet. Zudem stehe der Breitbandtest.Bayern den Bürgern kostenlos und ohne Werbung zur Verfügung. Die detaillierte Ergebnisauswertung erhalte jeweils die Kommune und die ermittelten Messwerte und Endkundenangaben würden regelmäßig in einem mehrstufigen Validierungsprozess überprüft (Qualitätssicherungsmaßnahmen). Ferner sei eine Kontrollmessung mittels Micro PC möglich.

### VALIDIERUNG

Durch Abfragen der Modem/Router wird eine Erweiterung des Messverfahrens ermöglicht. Die synchronisierte Datenrate der Leitung dient zu Validierungszwecken, zudem ist eine Abfrage der Router-Schnittstellen inklusive Verbindungsgeschwindigkeiten gewährleistet. „Hier geht es um die Erkennung, ob die Messung über WLAN erfolgte und mit welcher Datenrate der Endkunden PC mit dem Modem/Router verbunden ist“, erläuterte der Geschäftsführer. Hinzu kommt die Erkennung und Berücksichtigung von Datenverkehr in Sende- und Empfangsrichtung, der zusätzlich zur Messung erfolgte.

### GEOREFERENZIERTE VISUALISIERUNG

Wie Sudhues darlegte, erhalten Kunden (Kommunen) der Initiative Reports im PDF- oder Excel-Format, die anschließend mit Standard-Tools weiterbearbeitet werden können. Über die georeferenzierte Visualisierung (GIS) der Messergebnisse und einen Kommunenfortschrittsviewer sind ebenso Auswertungen möglich.

### PRÄSENTATION DER ERGEBNISSE IM RATHAUS

Das Dienstleistungsangebot erstreckt sich von Messungen der tatsächlichen Übertragungsgeschwindigkeiten im Festnetzbereich bis hin zu Reports im PDF- oder Excel-Format. Der Messzeitraum beträgt drei Monate; die Vorstellung der Ergebnisse erfolgt im Rathaus. Optional besteht die Möglichkeit, Messungen der tatsächlichen Übertragungsgeschwindigkeiten im Mobilfunkbereich durchzuführen und eine georeferenzierte Analyse und Darstellung pro Ortsteil, Straße und Hausnummer vorzunehmen. Hierfür ist eine jährliche Messung notwendig.



Christoph Sudhues.

FLORIAN ARENS / ECONTECH GMBH:

## HERAUSFORDERUNG TIEFBAUKOSTEN

### AUSGEWÄHLTE STELLHEBEL, DIE BEEINFLUSSBAR SIND

**A**ls Systempartner im Bereich Netzbau importiert und vermarktet die econtech GmbH hochwertige Investitionsgüter internationaler Hersteller in ganz Europa. Dazu zählt die Vermarktung multifunktionaler Baumaschinen der schwedischen Marke Huddig, für deren Service und Vertrieb econtech im deutschsprachigen Raum verantwortlich zeichnet.

Merkmale der Breitbandleerrohrinfrastruktur sind nach Darstellung von Geschäftsführer Florian Arens eine lange Lebensdauer, geringe Instandhaltungskosten sowie hohe Errichtungskosten. Laut Breko (Bundesverband Breitbandkommunikation) betragen die Tiefbaukosten in ländlichen und unterversorgten Regionen bis zu 80 % des gesamten Breitbandausbaus und sind damit der entscheidende limitierende Faktor bei der flächendeckenden Versorgung mit schnellem Internet.

Hier sorgt econtech für Abhilfe durch Prozessoptimierung und Kostenreduktion in den Bereichen Freileitungsbau bis Mittelspannungsebene sowie Leitungstiefbau mit dem Schwerpunkt Leerrohrinfrastruktur in ländlichen Gebieten. Die Basis hierfür bildet der Huddig Geräteträger, ein voll geländegängiges Fahrzeug, das alle Werkzeuge mitbringt, die ihn zum schnellen wie wirtschaftlichen Verlegen von Leitungen aller Art sowie auch von Leerrohren befähigen: Kabelpflug, Bagger Einheit, Frontlader und Hubarbeitsbühne.

### GEZIelt KOSTEN SENKEN

Neben der Wahl einer wirtschaftlichen Verlegetechnik existieren weitere Stellhebel für das Senken der Kosten im Breitbandausbau: Die Mitverlegung von Leerrohren bei sowieso anstehenden Infrastrukturmaßnahmen kann späteren Breitbandprojekten zu hoher Wirtschaftlichkeit verhelfen. Außerdem leisten die koordinierte Mitwirkung lokaler Behörden am Planungsprozess, die optimierte Planung und Prozessorientierung sowie das Vereinfachen von Verlegevorschriften und Verlegestandards einen – wenn auch geringeren – Beitrag.

Nach Arens' Angaben liegen beim Einsatz des Huddig die Kosten für die Verlegung von Leerrohren bei 10 Euro pro Meter – inklusive Vorbereitung und Wiederherstellung der Oberfläche. Ein günstiger Betrag im Vergleich zu den sonst üblichen Verlegekosten, die abhängig von den örtlichen Bedingungen 40 Euro pro laufenden Meter betragen.

Ermöglicht wird diese Kostenreduktion unter anderem durch optimierte Anbaugeräte, die für das Vorbereiten, Pflügen und Nachbe-

reiten der Pflugstrecke nur ein Zwei-Mann-Team erfordern. Eingepflügt werden Breitbandleerrohre, Kabelschutzrohre und Mittelspannungskabel.



Florian Arens.

### NUR GERINGE FLURSCHÄDEN

Durch eigenständiges Mitführen der Kabeltrommel ist ein kontinuierliches Pflügen gewährleistet. Zudem verursacht Pflügen im Gelände mit großer Bereifung geringe Flurschäden. Dank des hydrostatischen Antriebs, der guten Traktion und des starken Baggerarms kann eine Pflugtiefe bis 1,2 Meter und eine Frästiefe von 1,5 Meter realisiert werden. Durch die Kombination der Pendelknicklen-

kung und des Baggerarms ist es möglich, seitlich versetzt und in engen Radien auch parallel zur Fahrbahn und hinter Leitplanken zu pflügen bzw. zu fräsen. Auch kann mit dem Gerät sehr präzise parallel zu bestehenden Trassen gepflügt werden, was schmale Korridore erlaubt.

### PETER PFLUGPRINZIP

Da die Verlegegeschwindigkeit sehr hoch ist, werden Straßensperrungen vermieden und können Pflugstrecken somit als wandernde Baustelle geführt werden. Die hohe Qualität der Verlegung (lange Einblaslängen möglich) sowie die Einsparung von Kraftstoff und damit auch die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen sind weitere Vorteile des Huddig Geräteträgers. „Durch das PETER Pflugprinzip erreichen wir eine deutliche Kostenreduktion“, bilanzierte Arens. PETER stehe für Prozessorientierte Arbeitsweise, Einsatzflexibilität, Technik, Erfahrung und Rationelles Arbeiten.

75 bis 80 % der Baukosten können laut Arens in den frühen Planungsphasen und 15 bis 20 % in der Ausführungsphase beeinflusst werden. „In der Planungsphase gemachte Fehler und nicht berücksichtigte Technologien werden in der Ausführungsphase wirksam. Eine Beeinflussung ist dann aber kaum mehr möglich“, gab der Geschäftsführer zu bedenken. Damit der Pfluganteil gesteigert werden könne, sei es sinnvoll, das Wissen der Planungsbüros über das PETER Pflugprinzip zu erweitern, die Trassenplanung auf das PETER Pflugprinzip auszurichten und econtech frühzeitig in Projekte einzubinden.

Erfolgreich eingesetzt wurde die Technologie bereits auch in Bayern, dort unter anderem in der Gemeinde Eurasburg (Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen), in Augsburg und im Landkreis Rhön-Grabfeld.



Kabelpflug im Einsatz.

GERHARD LEHMANN / OPTERNUS GMBH:

## BEIM ERSTEN MAL RICHTIG!

MODERNE MESSTECHNIK HILFT, DIE OPERATIVEN KOSTEN ZU SENKEN – FTTH TESTEN, OPTIMIEREN, SICHERN

Unbestritten muss ein zukunftssicherer Breitbandausbau auf Glasfaser setzen. Nur: FTTH ist eine Herausforderung für alle am Ausbau Beteiligten. Denn die Implementierung von Glasfaser bis ins Haus wird weitestgehend bestimmt von den Verlege- und Tiefbaukosten. Diese Investitionen sind selbst für größere Telekommunikationsanbieter eine Herausforderung, denn mit einer Amortisation dieser Kosten ist erst in etwa 25 bis 30 Jahren zu rechnen.

So schauen nicht nur Dienstleister, sondern auch Netzbetreiber gerne in Richtung Stadtwerke, wenn es um die Infrastruktur, d. h. dem eigentlichen physikalischen Glasfä-

aufzudecken und effizientere Arbeitsprozesse zu etablieren. Doch noch heute installieren Ungerlernte und noch nicht einmal praktisch eingewiesene Arbeitskräfte mit Glasfaser in derselben Weise wie mit elektrischen Kabeln. Ein gravierender Fehler!



„Die richtige Messtechnik hilft, Fehler zu vermeiden und spart letztlich sehr viel Geld“, meint Andreas Gläser von der Opternus GmbH.

ernetz, gehen soll. Bei verständlichem Kostendruck und allen Sparzwängen aber müssen solche Netze im Hinblick auf die Kundenzufriedenheit ausgelegt werden. CAPEX Senkungen (also Investitionssenkungen) sind okay. CAPEX Minimierung aber im Hinblick auf Zukunftssicherheit, Qualität und Zuverlässigkeit der eingesetzten Materialien gefährdet Kundenzufriedenheit – und diese ist speziell im FTTH Ausbau alles entscheidend. Jeder redet von CAPEX-Investitionen. Jedoch ist das Sparpotential im OPEX (also Betriebs- und Personalkosten) weitaus höher (um das Acht- bis Zehnfache). Senkt man also die Kosten für die Abnahme und den Betrieb der Abschlüsse selbst, so wird ein deutlich höheres Einsparpotential erzielt.

### GLASFASER FUNKTIONIERT ANDERS ALS ELEKTRISCHE KABEL

Bereits vor fast einem Jahrzehnt wurden erste FTTH-Pilotprojekte gestartet, um in dieser frühen Implementation Schwachstellen

sollte dies in einer sauberen Netzdokumentation festhalten.

Die heutige Messtechnik kann maßgeblich zur OPEX Senkung beitragen. Dabei geht es eben nicht nur um eine „Erfassung“ der Messwerte, sondern deren Abweichung gegenüber festgelegten Grenzwerten. Somit werden Fehler direkt vor Ort mittels Rot-/Grün-Anzeigen erkannt. Das ist die Chance, um Fehler vor Ort zu beseitigen und „mehrfaches Aus-senden zur Baustelle“ und damit erhöhte Kosten zu vermeiden

Dies betrifft vor allem auch die „Interpretation von grafischen Messergebnissen“, wie z.B. OTDR Kurven. Wird FTTH mittels einer PON-Struktur realisiert, so sind Überprüfungen der einwandfreien Arbeit selbst für erfahrene Techniker bereits eine Herausforderung: Will man alle Ereignisse entlang der Faserstrecke (Koppler, Spleiße, Gesamtdämpfung) richtig erfassen, so sind mehrere Messungen mit unterschiedlichen Pulsbreiten nötig.

### DIREKTE FEHLERBESCHREIBUNGEN

Intelligente Link Mapper beruhen zwar auch auf einem Pulsverfahren wie OTDRs, liefern aber klar verständliche, eindeutige Darstellungen der Strecken und bei Nichteinhalten von Grenzwerten direkte Fehlerbeschreibungen und Hinweise zur Abhilfe.

Eine weitere OPEX Reduzierung ist möglich, wenn z. B. die Möglichkeiten moderner Messtechnik genutzt werden, dem Auftraggeber Daten direkt über die Cloud zur Verfügung zu stellen. Und der Nutzen für das Subunternehmen liegt auch direkt auf der Hand: Bezahlung bei Ablieferung.

### FEHLER SIND MENSCHLICH ...

Fehler sind menschlich, und so mag es

Anwendungstypische Fehler zeigen sich bei den finalen Prüfungen bzw. Abnahmemessungen der Teilabschnitte – mit zum Teil verheerenden Resultaten. Dies liegt zum einen in der Verlegearbeit begründet, zum anderen im Nutzen bzw. der Benutzung von Messgeräten.

### MESSEN BEDEUTET QUALITÄTSDOKUMENTATION

Abnahmemessungen werden oftmals noch immer als „Pflichtübung“ und lästige Arbeit abgetan. Messen bedeutet aber „Qualitätsdokumentation“ und ist gerade heute im Hinblick auf das hohe „Outsourcing“

von Dienstleistungen unabdingbar. Der Netzprovider muss sein Netz kennen und

**EXFO iOLM**  
"ECHTE" PON Verifikation

Power Meter Link View

Global pass/fail status: **Fail**

Position (m)	Type	Wavelength (nm)	Loss (dB)	Reflectance (dB)
1421.0	Splitter 1:8	1310	12.900	
		1550	12.700	

Make sure that split ratio specified in configuration is correct.  
Make sure that splitter is properly spliced.  
Make sure that connector or bulkhead is in good condition, clean and well connected.  
Inspect and clean.

Das sieht doch schon viel verständlicher aus!

Legend: Copper Pair (red line), Fiber (yellow line)

PODIUMSDISKUSSION:

## DIE DIGITALE REGION – LEBENSWEIT UND ZUKUNFTSSTARK

Inwiefern ist das schnelle Internet wichtig für die digitale Region der Zukunft? Unter der Moderation von Christian Sachsinger (Bayerischer Rundfunk) erörterten MDirig Dr.-Ing. Rainer Bauer/Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Johannes Stepperger/Geschäftsführer LEW TelNet, Dr. Anke Knopp/Bertelsmann Stiftung, Bernd Burkhardt/IT-Leiter Kliniken an der Paar, Jörn Steinhauer/alphasystems und Dr. Stephan Albers/BREKO – Bundesverband Breitbandkommunikation e.V. diese Frage überwiegend aus technischer bzw. finanzpolitischer Sicht.

Tenor der Diskussion: Das schnelle Internet wird benötigt, um Menschen ein zukunftsfähiges Leben in der Kommune zu ermöglichen. Auch brauchen es Unternehmen für einen Verbleib im ländlichen Raum. Und schließlich ist das schnelle Internet zwingend erforderlich für eine optimale medizinische Versorgung.



Der Vortrag von Gerhard Lehmann kann im Internet heruntergeladen werden unter [www.bayerisches-breitbandforum.de](http://www.bayerisches-breitbandforum.de)

vorkommen, dass in der Hektik des Alltags einige Arbeitsschritte einfach vergessen werden. Auch hier kann moderne Messtechnik direkt unterstützen, indem der eigentliche Workflow-Prozess vordefiniert auf dem Messgerät zur Verfügung gestellt wird und den Anwender Schritt für Schritt führt.

### ... ABER VERMEIDBAR!

Fazit: Messgeräte, die lediglich Messwerte erfassen, gehören der Vergangenheit an. Moderne Messmittel unterstützen die Mitarbeiter vor Ort, vermeiden Fehler und liefern Lösungsansätze zur Problembeseitigung. Ein wiederholtes Anfahren der Baustelle ist zwingend zu vermeiden. Deshalb gilt die Devise: „Beim ersten Mal richtig!“

Dr. Rainer Bauer, Leiter der Digitalisierungsabteilung im bayerischen Finanzministerium, verwies eingangs auf den Erfolg des Bayerischen Breitband-Förderprogramms. 92 % aller Kommunen im Freistaat sind im Verfahren, in Schwaben 84 %. 554 Kommunen haben bereits Mittel in Höhe von 190 Mio. Euro zugewiesen bekommen (Stand: 5.11.2015). Wurden beim Start des Förderprogramms gerade einmal etwa 16 % der Haushalte im ländlichen Raum mit 50 Mbit/s versorgt, so waren es Mitte 2015 bereits 30 %. Zum Jahresende werden es Bauer zufolge noch mehr Haushalte sein, da nunmehr auch die entsprechenden Tiefbaumaßnahmen durchgeführt würden.

### DER ERSTE WEG FÜHRT ZUM LANDESAMT FÜR DIGITALISIERUNG, BREITBAND UND VERMESSUNG

„Jeder Bürgermeister, der seine Kommune mit schnellem Internet versorgen will, sollte sich zunächst mit dem Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Verbindung setzen, sich mit dem Breitbandberater besprechen, anschließend ein Ingenieurbüro aufsuchen und mit diesem

gemeinsam die Gemeinde begleiten. Das ist der richtige Weg“, betonte Bauer.

Mit dem „Startgeld Netz“ unterstütze der Freistaat Bayern die Kommunen bei der verwaltungstechnischen Abwicklung des Breitbandförderprogramms. Gefördert werden die Beauftragung externer Planungsbüros ebenso wie der eigene Personal- und Sachaufwand der Kommune. Damit soll den Kommunen der Einstieg in das Förderverfahren zum Breitbandausbau erleichtert werden. Die Höhe der Pauschale beträgt je Kommune 5.000 Euro.

### GLASFASER FÜR DIE GANZE KOMMUNE IST UNERSCHWINGLICH

Nach Bauers Worten „hatten wir eine gewisse Sorge, dass zu wenig FTTH direkt verbaut wird“. Mittlerweile hätten aber zwei Drittel der bayerischen Kommunen Glasfaser in ihre Ausschreibung mit aufgenommen, wobei aber auch klar sein müsse, „dass Glasfaser für die ganze Kommune oder ganz Bayern unerschwinglich ist“. Alles in allem stünden für die digitale Erschließung Bayerns Fördermittel in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung, so Bauer, der die Kommunen dazu aufrief, die vorhandenen finanziellen Mittel auch abzurufen.

Ein eigenes Kommunikationsnetz, das mittlerweile etwa 3.500 km Leitungslänge, davon rund 2.500 km Glasfaserkabel, umfasst, betreibt LEW TelNet, ein Tochterun-



V. l.: Anke Knopp, MDirig Dr.-Ing. Rainer Bauer, Johannes Stepperger, Bernd Burkhardt, Dr. Stephan Albers, Jörn Steinhauer und Christian Sachsinger.



Eine ausgezeichnete Tagungsatmosphäre fanden die Kongressteilnehmer in der Stadthalle Neusäß vor.

ternehmen der Lechwerke AG, in Bayerisch-Schwaben und Teilen Oberbayerns. Laut Geschäftsführer Johannes Stepperger „bedienen wir uns hier der Kommunikationsinfrastruktur des Energieversorgers, die sehr stabil funktionieren muss“. Mit einem sukzessive ausgebauten Glasfasernetz bediene LEW TelNet Kommunen und Gewerbegebiete mit Internetanschluss. „Der Vorteil an diesem Glasfasernetz ist, dass wir in der Region vor Ort sind und passgenaue Lösungen für den ländlichen Raum anbieten können“, erläuterte Stepperger.

Da die Glasfaser – im Gegensatz zum Kupferkabel beispielsweise – skalierbar sei, nütze das Unternehmen nunmehr ausschließlich die Glasfaserinfrastruktur. „Das bedeutet: Wenn wir heute mit Glasfasertechnologie 50 Megabit pro Sekunde übertragen können, sind wir in kurzer Zeit in der Lage, die Datenmengen zu skalieren und dann ist auch 1 Gigabit kein Problem mehr.“

#### AUCH REIN PRIVATWIRTSCHAFTLICH FINANZIERTER AUSBAU

Wie Stepperger weiter ausführte, bringt LEW TelNet mehr als 50.000 Privathaushalte, Gewerbetreibende und Unternehmen mit höchsten Bandbreiten ins Internet. Neben Projekten im Rahmen der Breitbandförderprogramme des Freistaats Bayern setze der Spezialist für Datenkommunikation auch rein privatwirtschaftlich finanzierte Ausbauprojekte um: So konnten bereits Gewerbegebiete und Neubaugebiete mit Glasfaseranschlüssen bis ins einzelne Gebäude erschlossen werden. Damit verfüge die Kommune über eine „hervorragende Ausgangsbasis“.

#### KOSTENTREIBER TIEFBAU

„Ein Glasfaserausbau hat viele, nicht skalierbare Kosteneffekte, d. h.: Der größte Kostentreiber beim Glasfaserausbau sind mit maximal 80 % die Tiefbaukosten“, unterstrich Stephan Albers, BREKO – Bun-

desverband Breitbandkommunikation e.V. Gerade Stadtwerke seien in der Lage, „Kosten gut in den Griff zu bekommen“, weil sie die Infrastruktur vor Ort nützen und langfristige Businesspläne aufstellen können. Stadtwerke verfügten über einen guten Kontakt zum Bauamt, woraus Synergien zu ziehen seien.

Albers begrüßte die Tatsache, dass das bayerische Modell für einen Glasfaserausbau bis ins Haus geöffnet wird. Kommunale Betreibermodelle sähen eine flächendeckende Erschließung der Gewerbebetriebe und Haushalte mit Glasfaser regelmäßig vor. Dies könne mit der sog. Wirtschaftlichkeitslückenförderung (dabei wird die Differenz zwischen Ausbau- und Betriebskosten und Einnahmen des Telekommunikationsunternehmens über einen Betrachtungszeitraum von sieben Jahren subventioniert) absehbar nicht sichergestellt werden.

#### NICHT OHNE MEINEN BÜRGERMEISTER

Ein Erfolgskriterium für eine gute Versorgung mit Breitband laute: „Nicht ohne meinen Bürgermeister“, fuhr Albers fort. „Das heißt: Diese Entscheidung über eine zukunftsfähige Breitbandversorgung muss Chefsache sein – oder werden.“ Dazu benötige der Rathauschef die richtigen Partner, in der Regel die lokalen Netzbetreiber mit ihren guten Kenntnissen. Wichtig sei es auch, dem Unternehmen ein gewisses Maß an Investitionssicherheit zu geben und Überzeugungsarbeit beim Bürger zu leisten.

Die Bereitstellung von schnellem Internet ist nach Auffassung von Dr. Anke Knopp, Projektmanagerin des Programms „Lebenswerte Kommune“ der Bertelsmann Stiftung, eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Es sei daher grundsätzlich eine kommunale Aufgabe der politischen Entscheider, diese Versorgung sicherzustellen und auch die Fragen der Finanzierung in den Blick zu nehmen sowie die rechtlichen Fragen zu klären.

#### UNBEDINGT IN HIGH-SPEED-INTERNET INVESTIEREN

Knopp zufolge werden sich die Bürgermeister „noch in zehn Jahren daran messen lassen müssen, ob sie heute die richtige Entscheidung getroffen haben oder nicht“. Auch wenn hier viel Investition unter der Erde verschwinde, sei es richtig, in High-Speed-Internet zu investieren. Nur ein flächendeckender hochbitratiger Breitbandanschluss sei zukunftsfähig und bereits jetzt ein echter Standortfaktor. Digitalisierung sei nicht nur eine Frage der Technik, sondern auch „eine Frage der Haltung“, so Knopp. Politik und Verwaltung sollten nicht alleine, sondern gemeinsam mit den Bürgern eine Verbreitung der Digitalisierung im ländlichen Raum anstreben.

#### RENAISSANCE DES LÄNDLICHEN RAUMS

Im Rahmen der Initiative „Smart Country – Digitale Strategien für Regionen“ entwickelten Expertinnen und Experten, unter ihnen Anke Knopp, gemeinsam konstruktive Vorschläge, wie eine „Renaissance“ des ländlichen Raums ermöglicht werden kann. Unter der Prämisse, überall Internet mit hoher Bandbreite zu haben, erarbeitete die Gruppe Empfehlungen und Best Practice Beispiele, die illustrieren, wie Internetbasierte Innovationen dazu beitragen können, die Landflucht zu bremsen, dem demographischen Wandel entgegen zu wirken, neue

#### BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung  
 Redaktion: Doris Kirchner  
 Fotos: Bayerische GemeindeZeitung  
 Bereichsleitung Anzeigen: Constanze von Hassel  
 Bereichsleitung Veranstaltungen: Theresa von Hassel  
 Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel  
 Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
 Postfach 825, 82533 Geretsried  
 Telefon 08171 / 9307-11, -12, -13  
 Telefax 08171 / 805 14  
 www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de  
 Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Formen der Wertschöpfung zu initiieren und die Lebensqualität im außerurbanen Raum zu steigern.

### BESSERE PFLEGE MIT DIGITALEN HILFSMITTELN

Ein wichtiger Baustein aus der Sicht der Demographie ist hier etwa die Pflege, die künftig durch digitale Hilfsmittel ermöglicht wird. Knopp berichtete von Roboter „Flobi“ und von „Kogni Home“, einem mitdenkenenden Zuhause, das durch künstliche Intelligenz so ausgestattet ist, dass es kranken älteren Menschen ein längeres Verbleiben im eigenen Zuhause ermöglicht.

Vor hundert Jahren hätten sich viele Stadtväter auch dafür entschieden, sich ans elektrische Licht anschließen zu lassen, erklärte die Projektmanagerin. Die Möglichkeiten für Strom hätten sich erst mit der Zeit ergeben. Gleiches gelte heute für das Netz: Je besser die Ausstattung, desto mehr Möglichkeiten könne man für sich nutzen – auch im SmartCountry, der an diese digitale Ader angeschlossen ist. Die Grundlage dafür werde jetzt geschaffen.

### WETTBEWERBSNACHTEILE DURCH ZU LANGSAMEN INTERNET-AUSBAU

Ein moderner Dienstleister und Spezialist im IT-Bereich, der modernste Entwicklungstechniken wie Cloud Computing einsetzt, ist das Augsburger Unternehmen alphasystems. Für Geschäftsführer Jörn Steinhauer stellt der langsame Internetausbau für deutsche Unternehmen generell einen Wettbewerbsnachteil dar. Kunden von alphasystems im Online-Shop-Bereich, häufig in ländlichen Gebieten angesiedelt, könnten hiervon ein Lied singen. Beispielsweise habe ein Anbieter von Naturkosmetikprodukten mit mehreren Produktionsstandorten in Deutschland massive Probleme, seine Daten unter diesen verschiedenen Standorten auszutauschen. Die vorhandene 6 Mbit-Leitung sei schlicht nicht ausreichend.

Tatsache sei: „Der Datenverkehr nimmt in den Unternehmen zu“, so Steinhauer. Gleichwohl stehe Deutschland, was die Internetgeschwindigkeit angeht, weltweit auf Platz 24, wobei Bayern und Baden-Württemberg etwas besser abschneiden. Auf Position 1 rangiere Südkorea, wie gerade die asiatischen Länder hier sehr stark positioniert seien.

### INTELLIGENTE INFORMATIONEN AUS GROßEN DATENMENGEN

„Deutschland ist ein Produktionsstandort und es wird seinen Vorteil verlieren, wenn nicht stärker an das Thema Digitalisierung herangegangen wird“, unterstrich Steinhauer. Der Vorteil werde letztlich darin liegen, aus

großen Datenmengen intelligente Informationen zu machen. Ein schnelles Internet sei in jeder Ecke Deutschlands absolute Voraussetzung, um als Industrienation weltweit wettbewerbsfähig zu bleiben.

### INTERNET FÜR DIE TELEMEDIZIN

Telemedizin ermöglicht es, unter Einsatz audiovisueller Kommunikationstechnologien trotz räumlicher Trennung z. B. Diagnostik, Konsultation und medizinische Notfalldienste anzubieten. Dass Telemedizin vor allem für den ländlichen Raum ein wichtiger Bestandteil der medizinischen Versorgung ist, zeigte Bernd Burkhardt, Sachgebietsleiter beim Landratsamt Aichach-Friedberg und IT-Leiter Kliniken an der Paar, auf.

Nach seinen Angaben ist im Krankenhaus Aichach ein großes Rechenzentrum angesiedelt. Die Klinik in Friedberg wiederum greift auf dieses Rechenzentrum zu. Daten flitzen in großen Mengen zwischen beiden Häusern hin und her. Gleichzeitig werden diese Daten auch ans Augsburger Zentralklinikum geschickt. „Das heißt: Alles muss extrem schnell passieren“, so Burkhardt.

Um sicherzustellen, dass alle Patienten jederzeit optimal versorgt sind, haben die Datenspezialisten von LEW TelNet vor einigen Jahren eine Richtfunkverbindung zwischen den Kliniken in Aichach und Friedberg mit einer Übertragungskapazität von 400 Megabit pro Sekunde aufgebaut. Hier sei man jedoch schnell an seine Grenzen gestoßen, bemerkte Burkhardt: „Wir haben zu viele und zu große Datenpakete, die wir hin- und herschieben. Wir verfügen nicht einmal über Voice over IP. Für eine vernünftige Kommunikation der Krankenhäuser wäre 1 Gigabit erforderlich.“

Da Landkrankenhäuser nicht alle medizinischen Experten vor Ort haben, gingen die Kliniken in Aichach und Friedberg „eine sehr gute Kooperation mit dem Zentralklinikum Augsburg“ ein. Wird beispielsweise ein Schlaganfallpatient eingeliefert, nimmt man über einen kleinen Roboter die Verbindung zum entsprechenden Ober- oder Chefarzt des Zentralklinikums auf, der wiederum direkt mit dem Patienten kommunizieren kann.

### STADT UND LAND VERNETZEN

„Anwendungen gibt es viele – und hier ist es eklatant wichtig, dass auch die ländlichen Bereiche mit den städtischen Bereichen vernetzt werden“, urteilte Burkhardt. Wir reden hier nicht über Standortvorteile, sondern über Gesundheit und letztlich über Menschenleben. Deshalb arbeiten wir mit Nachdruck an weiterführenden digitalen Lösungen.“



# LEW

TelNet

## Unser Produkt- und Dienstleistungsportfolio

- > Internet
- > Rechenzentrum
- > Netzwerk
- > Mobiles Arbeiten
- > IT-Sicherheit
- > Standortvernetzung
- > Telefonie

# BREITBAND FÜR IHRE KOMMUNE – IHR ANSCHLUSS AN DIE ZUKUNFT.

LEW TelNet zählt zu den führenden Anbietern für Datenkommunikation in Bayerisch-Schwaben. Zu unserem Kerngeschäft zählt die Konzeption und Umsetzung von professionellen Breitbandlösungen für Kommunen. Mit unserem eigenen Glasfasernetz bringen wir den ländlichen Raum mit Höchstgeschwindigkeit ins Internet. Profitieren Sie jetzt von Standortvorteilen für Ihre Kommune.